

HIGHLIGHTS 2015

Riskante Entscheidungen im „Gentlemen’s Club“

Warum reine Männergremien potenziell schlechtere Entscheidungen treffen **SEITE 18**

Griechenland: Rettung ohne Ende?

Dem hoch verschuldeten Land fehlt die nachhaltige Identifikation mit den Reformzielen **SEITE 40**

Im Dialog zu den Themen von Morgen

Hier setzt die Forschung am IfW an – für
fairen und nachhaltigen Wohlstand **SEITE 4**



Prof. Dennis Snower, Ph.D.
Präsident des Instituts
für Weltwirtschaft

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Ich freue mich, Ihnen die IfW Highlights 2015 präsentieren zu dürfen. In der Ausgabe 2014 hatten wir uns ausführlich unserem Jubiläum gewidmet und haben auf unsere lange Geschichte zurückgeblickt. Das war der ideale Ausgangspunkt, um jetzt noch intensiver nach vorne zu blicken: Welche Herausforderungen liegen vor uns? Wo müssen wir ansetzen, um die Zukunft für Menschen besser zu gestalten? Wie ist das in der ganzen Welt erreichbar?

Weil diese großen Fragen niemand alleine und ad hoc beantworten kann, habe ich gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Instituts einen Prozess angestoßen, um gemeinsam die größten Herausforderungen zu identifizieren. Wir haben diskutiert, gestritten, waren uns einig und haben alles noch einmal umgeworfen. In diesem Prozess gab es für uns alle viele neue Einsichten und den einen oder anderen „Aha-Moment“. Am Ende steht ein Leitmotiv, das all unserer Forschung eine zentrale Richtung gibt: *„Fairer und nachhaltiger Wohlstand für den Menschen“*. (Mehr dazu lesen Sie auf den Seiten 4/5.)

Vor diesem Hintergrund haben wir die Highlights 2015 geplant und umgesetzt. Dabei haben wir uns auch optisch bemüht, ein wenig zukunftsorientierter zu werden. Wir hoffen, damit ein informatives und leicht zugängliches Format gefunden zu haben, das langjährige Leser ebenso anspricht wie neue. Ich freue mich auf Ihre Rückmeldungen.

Herzlichst
Ihr

4 Zukunftsthemen am IfW

6 Forschung

- 8 Internationale Abkommen zum Investorenschutz: Demokratien als Vorreiter, selbst wenn es schadet?
- 10 Neues Projekt zu Managementpraktiken und Unternehmenserfolg in Deutschland – Erste Ergebnisse zu Leistungsboni
- 12 Regionales Wirtschaftswachstum auf einen Blick erfassen? Zu schön, um verlässlich zu sein
- 14 Frische Luft für China – wie die CO₂-Emissionen des Landes am besten reduziert werden können
- 16 Kooperation, Motivation und soziales Gleichgewicht: Wie wirtschaftspolitische Instrumente Gesellschaften formen
- 18 Gemeinsam sind wir stark – riskante Entscheidungen im „Gentleman's Club“
- 20 Kompensation für Energieexporteure gesucht
- 22 Auch mitten in der Stadt: Im Grünen lebt es sich besser – Eine ökonomische Analyse
- 24 Treibhausgasemissionen in der Agrar- und Lebensmittelindustrie: Die Relevanz der sozialen Unternehmensverantwortung



6 Forschung

Alle Bilder dieser Seite: © IfW / Christina Kloodt Fotografie

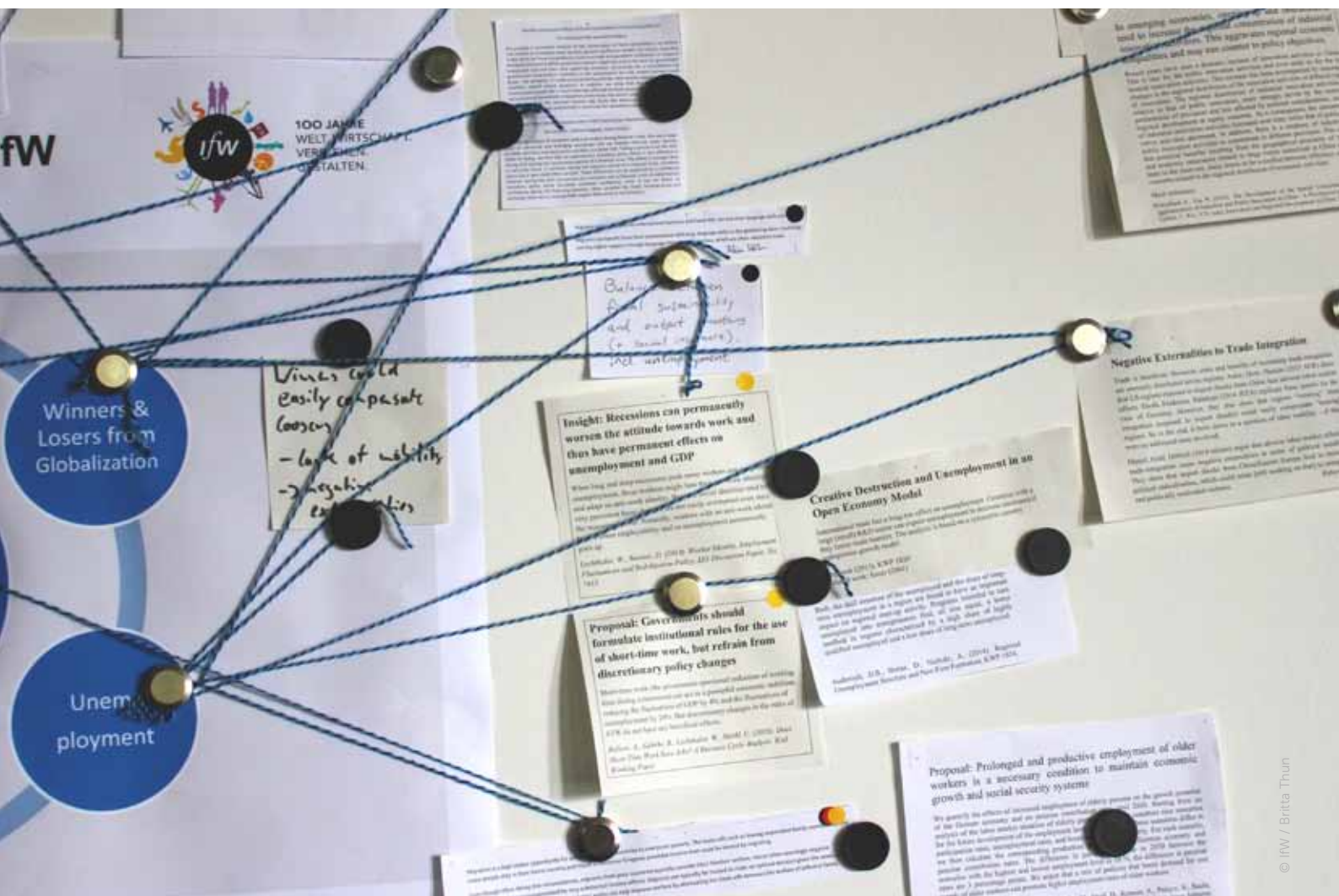
- 26 Entwicklungshilfe: Im Zweifel an der Regierung vorbei
- 28 Aktienmärkte: Lassen sich Risiken im Depot noch hinreichend diversifizieren?
- 30 Geldpolitik büßt im Anschluss an Finanzkrisen deutlich an Wirkung ein
- 32 Welthandel steigert Einkommensungleichheit – Ausgleichsmöglichkeiten gesucht
- 34 Wie der Großvater, so der Enkel? Bildungsmobilität in Deutschland über drei Generationen
- 36 **Beratung**
- 38 Treaty Shopping beim Investorenschutz
- 40 Griechenland: Rettung ohne Ende?
- 42 Quantitative Lockerung, Staatsanleihen und Inflation – IfW berät das Europäische Parlament
- 44 Routineaufgaben ade! – Ein Update für das BMF-Ländermonitoring
- 46 **Veranstaltungen**
- 48 Global Economic Symposium – Veranstaltungsbericht und Lösungen
- 52 Weltwirtschaftlicher Preis, Preisträger 2015
- 56 Tag der offenen Tür
- 58 GES Salon Hamburg / GES Taipeh Workshop
- 59 Excellence Awards, Kieler Woche-Vorträge
- 60 **Organisation**
- 62 Die internationale Arbeitsteilung
- 63 Wissensakkumulation und Wachstum
- 64 Sozial- und verhaltensökonomische Ansätze zur Lösung globaler Probleme
- 65 Umwelt und natürliche Ressourcen
- 66 Armutsminderung und Entwicklung
- 67 Makroökonomische Politik in unvollkommenen Märkten
- 68 Globalisierung und Wohlfahrtsstaat
- 69 Zentrum Wirtschaftspolitik
- 70 Prognosezentrum
- 71 Impressum

36 Beratung



46 Veranstaltungen





ZUKUNFTSTHEMEN AM INSTITUT FÜR WELTWIRTSCHAFT

Was sind die drängendsten Probleme von morgen? Wie sieht ökonomische Forschung aus, in der der Mensch im Mittelpunkt steht? Wie lässt sich **FAIRER UND NACHHALTIGER WOHLSTAND** erreichen?

Diese Fragen haben wir uns 2015 in einer Debatte am IfW gestellt, um unsere Forschung auf das Wesentliche zu fokussieren. In einem langen und ausführlichen Diskussionsprozess mit allen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und weiteren interessierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern haben sich fünf Schwerpunkte herauskristallisiert, die Treiber oder Hindernis für einen fairen und nachhaltigen Wohlstand sein können und daher besondere Aufmerksamkeit verdienen.

Am Institut für WeltWIRTSCHAFT liegt zwar ein starker Schwerpunkt auf der ökonomischen Komponente des Wohlstands, aber daneben spielen auch soziale und ökologische Aspekte eine wichtige Rolle. Außerdem ist uns nicht nur ökonomische Effizienz wichtig, sondern Verteilungsfragen sind es ebenso. All dies erfordert einen vermehrten Einsatz verhaltensökonomischer Ansätze sowie auch die intensive Zusammenarbeit mit anderen Disziplinen. In diesem Zusammenhang entwickelt das IfW Modelle, die über

den Homo oeconomicus hinausreichen und psychologische, soziale und kulturelle Motive in Entscheidungen berücksichtigen. Es verbindet generell ökonomische Phänomene mit kulturellen, politischen, sozialen und ökologischen Fragen.

Die wesentlichen Themenfelder der Forschung am IfW sind damit abgesteckt:

Makroökonomische Instabilitäten sind der Kern vieler multinationaler oder globaler Probleme, einschließlich der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise sowie der europäischen Staatsschuldenkrise. Um diesen Instabilitäten entgegenzuwirken, sind neue integrierte Politikansätze notwendig. Das IfW entwickelt und erweitert Analysemodelle, welche die Auswirkungen bestimmter Politiken untersuchen und leitet daraus Empfehlungen für eine optimale Gestaltung der Politik ab. Hier fließen auch Erkenntnisse aus der Verhaltensökonomie ein.

Soziale Fragmentierung: Arbeitslosigkeit, Armut und Ungleichheit rücken Verteilungsfragen und die menschliche Dimension in den Fokus. Arbeitslosigkeit ist eines der wesentlichen wirtschaftlichen Probleme in den Industrieländern, hat aber auch Auswirkungen auf soziale Stabilität und gesellschaftliche Teilnahme und schafft dadurch nichtmonetäre Ungleichheit. Das IfW analysiert verschiedene Aspekte der Arbeitslosigkeit: generationsübergreifende Mobilität, die Bewertung von spezifischen Arbeitsmärkten und Auswirkungen der Arbeitsmarktpolitik auf Globalisierung und Migration. Mit Blick auf die Entwicklungsländer befasst sich das IfW mit Armut. Ein Schwerpunkt ist hier die empirische Forschung, die sich auf die wesentlichen Einkommensquellen der Entwicklungsländer fokussiert: Landwirtschaft, Entwicklungshilfe, ausländische Direktinvestitionen und Geldüberweisungen in die Heimatländer. Ungleichheit ist darüber hinaus ein Querschnittsthema im gesamten Institut geworden.

Im Zusammenhang mit **Ressourcenknappheit** fokussiert sich das IfW auf die drei wichtigsten globalen Ressourcen: die Atmosphäre (Klimawandel), die global vorhandenen Flächen (Landnutzung) sowie die Ozeane und deren Wechselwirkung mit dem Klimasystem. Das IfW hat besondere Stärken in der integrierten angewandten Modellierung und konzentriert sich auf Effekte und Effizienz von umweltpolitischen Instrumenten sowie auf die Evaluierung nicht marktbestimmter Waren. Zudem analysiert das IfW die wichtigen Wechselbeziehungen zwischen landwirtschaftlicher Produktion, Klimawandel und Armut. Der wirtschaftliche Wert des Ozeans und seine Rolle im Klimaschutz wird im Rahmen des interdisziplinären Excellence Clusters „Future Ocean“ untersucht.



Hindernisse für Innovation und Wachstum finden sich insbesondere in Kernmechanismen der Globalisierung (ausländische Direktinvestitionen, Handel), die für Innovation und Wachstum förderlich sein können, aber das Gegenteil bewirken, wenn sie schlecht umgesetzt werden. Das IfW beschäftigt sich mit den Bestimmungsfaktoren und Auswirkungen von ausländischen Direktinvestitionen, der Rolle multinationaler Unternehmen und den wirtschaftlichen Folgen der internationalen Fragmentierung der Produktion. Outsourcing spielt ebenso eine wichtige Rolle wie Anpassungsprozesse, die in den Industrie- und Schwellenländern durch ausgedehnten Handel, neues Wissen und schnelle globale Wissensverbreitung sowie wissensbasiertes Wachstum entstehen.

Unzureichende Kooperation und Regieführung bzw. Governance ist ebenfalls ein Querschnittsthema am Institut. Viele globale Probleme wie der Klimawandel und die übermäßige Nutzung natürlicher Ressourcen, aber auch die finanzielle Instabilität und die derzeitigen europäischen Migrationsprobleme weisen auf eine grundlegend unzureichende Kooperation hin. Erkenntnisse aus Psychologie und Neurowissenschaften helfen am IfW, das Verständnis für wirtschaftliche Entscheidungen und Zusammenarbeit zu erweitern. In die Forschung fließt eine Vielzahl menschlicher Eigenarten und sozialer Verhaltensweisen mit ein. Antworten auf die Frage, wie Menschen mit sozialen Dilemmas, einschließlich ihrer Risiken und Unsicherheiten, umgehen, ermöglichen es, eine neue Generation von mikro- und makroökonomischen Modellen zu entwickeln. Traditionelle ökonomische Modelle lassen sich dadurch erweitern, um neue Erkenntnisse für politische Entscheidungen zu gewinnen.

FORSCHUNG

Von Satellitenbildern über Treibhausgasemissionen bis zu menschlichem Risikoverhalten ...





... blättern Sie sich durch eine Auswahl unserer Forschungsergebnisse 2015. Dank unserer sieben Forschungsbereiche mit ihren ganz unterschiedlichen Schwerpunkten sind die Themen breit gestreut. Als öffentlich finanziertes Forschungsinstitut haben wir besonderen Wert darauf gelegt, die Beiträge für eine breite Öffentlichkeit verständlich zu gestalten. Wissenschaftlich interessierte Leserinnen und Leser finden über die Highlights aber auch einen leichten Zugang zu weiterführenden und vertiefenden Veröffentlichungen und Informationen.

INTERNATIONALE ABKOMMEN ZUM INVESTORENSCHUTZ: DEMOKRATIEN ALS VORREITER, SELBST WENN ES SCHADET?

Internationale Vereinbarungen zum Schutz ausländischer Investoren sind, insbesondere durch die Debatte über TTIP, ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt, weil sie für die Gastländer mit hohen Kosten verbunden sein können.

TROTZDEM HABEN GERADE DEMOKRATIEN VERGLEICHSWEISE STRIKTE ABKOMMEN ZUM SCHUTZ AUSLÄNDISCHER INVESTOREN ABGESCHLOSSEN, wie aktuelle Studien zeigen. Die Kurzsichtigkeit demokratisch legitimer Entscheidungsträger könnte ein möglicher Grund dafür sein.

Demokratien kooperieren stärker als Autokratien. Das gilt insbesondere für die Vereinbarung von Abkommen zur Liberalisierung des internationalen Handels. Begründet wird dies häufig mit den Präferenzen des Medianwählers, der positive Wachstumsimpulse von der Handelsliberalisierung erwartet. Die Chancen einer Wiederwahl demokratisch legitimer Politiker steigen demgemäß, wenn sie internationalen Handelsabkommen zustimmen.

Ob auch internationale Vereinbarungen zum Schutz ausländischer Investoren, die manchmal Teil von Handelsabkommen sind, in die obige Argumentation passen, ist allerdings zu bezweifeln. Strittig ist schon, ob sich mit solchen Abkommen zusätzliche Direktinvestitionen ins Land locken lassen und in der Folge Wachstums- und Produktivitätsgewinne zu erzielen sind. Angesichts einer Welle von Streitschlichtungen zwischen privaten Investoren und Staaten (ISDS, Investor-State Dispute Settlement) vor internationalen Schiedsgerichten drohen den Gastländern zudem er-

hebliche Kosten. Es erscheint deshalb fragwürdig, dass der verstärkte Schutz ausländischer Investoren ein Instrument zur Wohlstandsmehrung durch internationale Kooperation bietet.

Trade and Investment Partnership) der EU mit den Vereinigten Staaten zeigt. Gleichwohl zeigen empirische Studien, dass Demokratien die Vorreiter beim Investorenschutz durch internationale Abkommen sind. Neumayer et al. konzentrieren sich auf die Bestimmungsgründe der Vielzahl bilateraler Investitionsabkommen (BITs), die im Zeitraum 1978 bis 2004 abgeschlossen wurden. Hühne et al. beschränken sich auf den Investorenschutz, der in entsprechenden Kapiteln als Teil präferenzzieller Handelsabkommen (PTAs) vereinbart wurde; diese Analyse deckt auch neuere Abkommen (bis 2013) ab. Beide Studien unterscheiden nicht nur zwischen Abkommen mit und ohne ISDS-Regeln; zugleich klassifizieren sie die Stärke und Verbindlichkeit vorhandener ISDS-Regeln in drei Stufen: von bloßen Versprechen über partielle Garantien für bestimmte Arten von Streitfällen bis zu umfassenden Garantien.

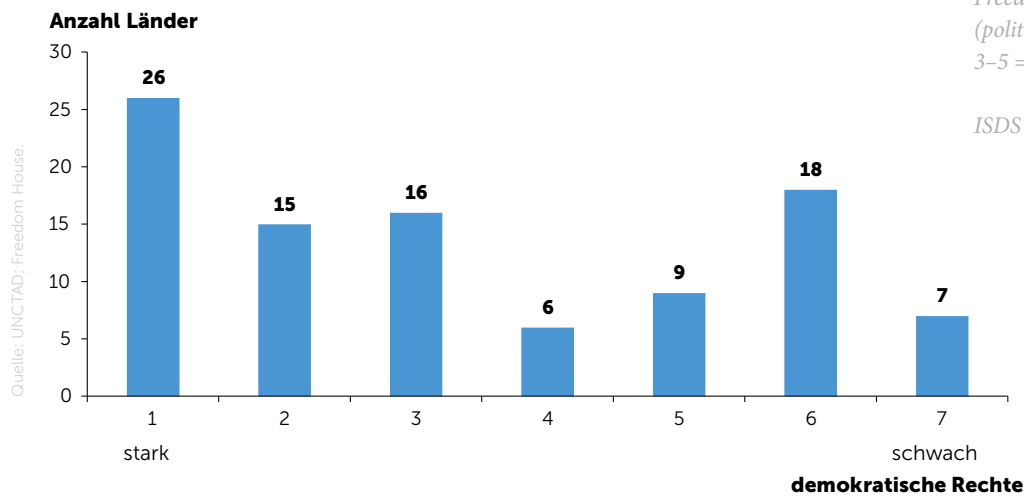
Über die frühere Erkenntnis hinaus, dass demokratische Regierungen generell stärker geneigt sind BITs abzuschließen als autokratische Regierungen, zeigen Neumayer et al., dass mit zunehmender Demokratisierung die Wahrscheinlichkeit strikter ISDS-Regeln steigt. Nach den Schätzergebnissen von Hühne et al. erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass PTAs die strikteste Form von ISDS enthalten, von zwei bis drei Prozent für stark autokratische Regimes bis auf etwa 36 Prozent für stark demokratische Regimes.

Schon die Beobachtung, dass Demokratien unabhängig vom Vertragsinhalt generell eher BITs abschließen als Autokratien, gab Rätsel auf. Das Binden der eigenen Hände, um Glaubwürdigkeits- und Zeitinkonsistenzprobleme durch internationale Verträge zu überwinden, sollte für Demokratien eigentlich weniger zwingend sein als für Autokratien, wo die lokalen Institutionen mit diesen Problemen stärker behaftet sind. Noch mehr mag es überraschen, dass insbesondere

”

Es erscheint fragwürdig, dass der verstärkte Schutz ausländischer Investoren ein Instrument zur Wohlstandsmehrung durch internationale Kooperation bietet.

hebliche Kosten. Es erscheint deshalb fragwürdig, dass der verstärkte Schutz ausländischer Investoren ein Instrument zur Wohlstandsmehrung durch internationale Kooperation bietet. Der Medianwähler scheint diese Form des nationalen Souveränitätsverzichts denn auch abzulehnen, wie insbesondere die öffentliche Debatte über das geplante TTIP-Abkommen (Transatlantic

Anzahl der von ISDS betroffenen Länder nach Regimtyp

Demokratische Rechte gemäß
Freedom in the World 2013
(political rights: 1,2 = free;
3–5 = partly free; 6,7 = not free).

ISDS Fälle: Stand April 2014.

Demokratien strikten ISDS-Regeln zustimmen, die mit sehr hohen Kosten verbunden sein können, sobald es zu Schadensersatzforderungen privater Investoren vor internationalen Schiedsgerichten kommt.

Tatsächlich sind demokratische Gastländer besonders häufig die Verfahrensgegner multinationaler Unternehmen, die letztere wegen vorgeblicher Verletzungen internationaler Vertragsverpflichtungen vor Schiedsgerichte gebracht haben. Über 40 Staaten, die von Freedom House als stark demokratisch eingestuft werden, sind bis 2014 in Fälle von ISDS involviert gewesen – im Vergleich zu nur 25 Staaten, die als undemokratisch gelten (siehe Abbildung). Auf stark demokratische Staaten entfiel fast die Hälfte aller Fälle von ISDS.

Die von Andrew Guzman vor fast 20 Jahren gestellte Frage, warum Länder internationale Abkommen zum Schutz von Auslandsinvestoren abschließen, die diesen Ländern schaden können (Guzman, 1997), scheint sich vor diesem Hintergrund insbesondere an demokratische Regierungen zu richten. Denkbar ist, dass die kurzfristige Ausrichtung auf die nächste (Wieder-)Wahl insbesondere demokratische Regierungen für eingeschränkt rationale Entscheidungen anfällig macht. Demgemäß würden die „high impact, low probability costs“ von Streitschlichtungsverfahren (Poulsen und Aisbett, 2013) gerade in Demokratien ignoriert.

AUTOR**Dr. Peter Nunnenkamp**

peter.nunnenkamp@ifw-kiel.de

Expertise

- Determinanten und Effekte ausländischer Direktinvestitionen
- Determinanten und Effekte von Entwicklungshilfe

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Guzman, Andrew T. (1997). Why LDCs Sign Treaties That Hurt Them: Explaining the Popularity of Bilateral Investment Treaties. *Virginia Journal of International Law* 38: 639–688.
- Hühne, Philipp, Birgit Meyer, Peter Nunnenkamp und Martin Roy (2015). Democracies Cooperate More—Even Where It Threatens to Bite? *Applied Economics Letters*. Im Erscheinen.
- Neumayer, Eric, Peter Nunnenkamp und Martin Roy (2016). Are Stricter Investment Rules Contagious? Host Country cCompetition for Foreign Direct Investment Through International Agreements. *Review of World Economics* 152 (1): 177–213.
- Poulsen, Lauge N. Skovgaard und Emma Aisbett (2013). When the Claim Hits: Bilateral Investment Treaties and Bounded Rational Learning. *World Politics* 65 (2): 273–313.

NEUES PROJEKT ZU MANAGEMENT-PRAKTIKEN UND UNTERNEHMENSERFOLG IN DEUTSCHLAND – ERSTE ERGEBNISSE ZU LEISTUNGSBONI

Der wirtschaftliche Erfolg von Unternehmen hängt auch stark von den angewandten Managementpraktiken ab – das zeigen neuere Forschungsergebnisse aus den USA. Für Deutschland gab es bisher keine geeigneten Daten, auf deren Basis man den **EINFLUSS VON MANAGEMENTPRAKTIKEN AUF DIE PRODUKTIVITÄT EINZELNER BETRIEBE** bestimmen konnte. Das Gemeinschaftsprojekt „gmop survey“ will dies ändern und liefert schon erste Ergebnisse zu Leistungsboni.

Das „gmop survey“ (german management and organizational practices survey) ist ein neues Instrument zur Untersuchung von Managementpraktiken und deren Auswirkungen auf den wirtschaftlichen Erfolg deutscher Unternehmen. Das Projekt wird gemeinsam von IfW, IAB Nürnberg und infas durchgeführt und von der Leibniz-Gemeinschaft finanziert. Auf Basis selbst erhobener Unternehmensdaten wird untersucht, welche Rolle Anreiz- und Motivationssysteme sowie Maßnahmen zur besseren

als 70 Prozent der befragten Führungskräfte geben an, dass monetäre sowie auch nicht-monetäre Anreize aus ihrer Sicht wichtig oder sehr wichtig sind, um die Produktivität von Beschäftigten zu erhöhen. Interessant ist hierbei, dass Führungskräfte weder monetäre noch nicht-monetäre Maßnahmen klar gegenüber der jeweils anderen Form favorisieren, sondern beiden Motivationswegen eine etwa gleich große Bedeutung beigemessen wird.

Hier fokussieren wir uns auf einen monetären Aspekt der Mitarbeitermotivation, nämlich Leistungsboni. Obwohl diese in der Öffentlichkeit kontrovers debattiert werden, ist wenig über deren Verbreitung bekannt. Die Abbildung stellt dar, wie häufig Betriebe im Jahr 2013 Leistungsboni für ihre Führungskräfte und Mitarbeiter auszahlten. Dabei werden drei verschiedene Betriebsgrößenklassen unterschieden: kleine Betriebe mit bis zu 49 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, mittelgroße Betriebe mit 50 bis 249 sowie Großbetriebe ab 250 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Insgesamt zeigt sich, dass im Durchschnitt etwa zwei von drei Betrieben Bonussysteme nutzen. Führungskräfte erhalten häufiger variable Vergütungsbestandteile als Mitarbeiter ohne Führungsverantwortung. Außerdem steigt die Wahrscheinlichkeit für die Zahlung von Boni mit der Betriebsgröße an.

Die Befragungsergebnisse zeigen außerdem, dass sich der Anteil der Betriebe, deren Führungskräfte einen Leistungsbonus erhielten, zwischen den Befragungsjahren 2008 und 2013 erhöhte. Im Durchschnitt haben 2008 61 Prozent der Betriebe Sonderzahlungen an eine oder mehrere Führungskräfte getätigt, 2013 sind dies bereits 70 Prozent der Betriebe.

Insgesamt gaben viele der befragten Führungskräfte an, dass sie sowohl monetären als auch nicht-monetären Anreizsystemen eine große Bedeutung beimessen.

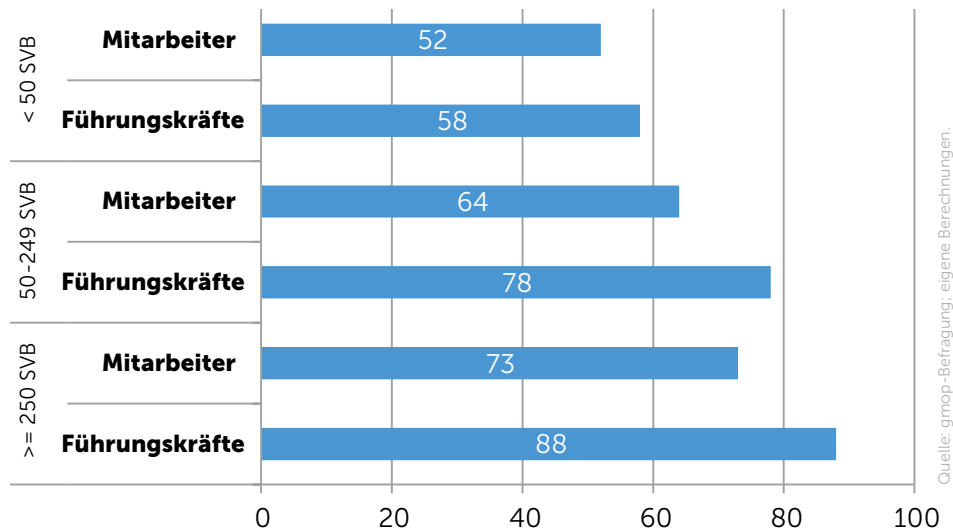
”

Mehr als 70 Prozent der befragten Führungskräfte geben an, dass monetäre sowie auch nicht-monetäre Anreize aus ihrer Sicht wichtig oder sehr wichtig sind, um die Produktivität von Beschäftigten zu erhöhen.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie für die Produktivität der Unternehmen spielen. Die Ergebnisse sollen in Empfehlungen an die Arbeitsmarktpolitik münden und konkretisieren, wie Arbeitsmarktpolitik an den Bedürfnissen von Beschäftigten und Unternehmen ausgerichtet werden kann. Anfang des Jahres 2015 haben die am Projekt beteiligten Forscher die Manager und Geschäftsführer von rund 1.900 Betrieben befragt.

Im Fokus stehen etablierte Managementpraktiken wie monetäre Anreizsysteme und Strategien zu Beförderungen und Entlassungen von Mitarbeitern. Auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und wie dies institutionalisiert werden kann wird abgefragt. Mehr

Anteil der Betriebe, deren Führungskräfte/Mitarbeiter im Jahr 2013 einen Leistungsbonus erhielten – nach Betriebsgröße (in Prozent)



sen, um die Produktivität ihrer Mitarbeiter zu erhöhen. In der Realität gelingt die Umsetzung jedoch nicht allen Betrieben gleichermaßen. Oft hat die Betriebsgröße oder die Branche einen entscheidenden Einfluss darauf, ob Managementpraktiken eingesetzt werden oder nicht.

Aus den verschiedenen abgefragten Managementpraktiken lässt sich ein aggregierter „Managementindikator“ für Unternehmen erstellen. Dieser fasst die gesamte Bandbreite der Managementpraktiken in einer Zahl zusammen. Vorläufige multivariate Studienergeb-

nisse deuten darauf hin, dass sich unabhängig von der Betriebsgröße, der Branche, der Qualifikationsstruktur im Unternehmen sowie weiteren Betriebsmerkmalen ein positiver Zusammenhang zwischen dem Einsatz von Managementpraktiken und dem wirtschaftlichen Erfolg der Betriebe zeigt. Firmen, die ein breites Angebot an verschiedenen Instrumenten nutzen, sind produktiver und zeichnen sich durch stärkeres Wachstum aus.

AUTOREN



Ursula Fritsch

ursula.fritsch@ifw-kiel.de

Expertise

- Offshoring
- Managementpraktiken
- angewandte Mikroökonomie



Prof. Holger Görg, Ph.D.

holger.goerg@ifw-kiel.de

Expertise

- Effekte der Globalisierung
- Aktivitäten multinationaler Unternehmen
- Internationales Outsourcing

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Bloom, Nicholas, Erik Brynjolfsson, Lucia Foster, Ron Jarmin, Megha Patnaik, Itay Saporta-Eksten und John van Reenen (2014). IT and Management in America. CEP Discussion Papers, CEPDP 1258. Centre for Economic Performance, LSE.
- Bloom, Nicholas, und John Van Reenen (2010). Why Do Management Practices Differ across Firms and Countries? *Journal of Economic Perspectives* 24 (1): 203–224.
- www.gmop-survey.de.

REGIONALES WIRTSCHAFTSWACHSTUM AUF EINEN BLICK ERFASSEN? ZU SCHÖN, UM VERLÄSSLICH ZU SEIN

Satellitenbilder bei Nacht sehen nicht nur gut aus, sie verraten uns auch einiges über die Welt, in der wir leben. Aber ist dieser Informationsgehalt tatsächlich so hoch, wie einige Wissenschaftler behaupten? Auf der Grundlage einer amerikanischen Studie, die anhand der sich ändernden Lichtintensität auf eben diesen Satellitenbildern auf Veränderungen im Sozialprodukt eines Landes schließt, haben IfW-Forscher **DEUTLICHE HINWEISE GEFUNDEN, DASS DER INFORMATIONSUMFANG BEGRENZT IST.**



P. Cinzano, F. Falchi (University of Padova), C. D. Elvidge (NOAA National Geophysical Data Center, Boulder). Copyright Royal Astronomical Society. Reproduced from the Monthly Notices of the RAS by permission of Blackwell Science.

Verlässliche Daten über die wirtschaftliche Entwicklung in Schwellen- und Entwicklungsländern sind schwer zu bekommen. Die verbreitete Schattenwirtschaft, die mangel- und fehlerhafte Erhebung statistischer Daten und eine zuweilen interessengeleitete politische Einflussnahme auf die offizielle Statistik machen offizielle statistische Daten hochgradig unzuverlässig. Auch die Versuche internationaler Organisationen wie der Weltbank, bessere Daten zu ermitteln, sind nur bedingt erfolgreich. Warum diese Bemühungen, dieses große Interesse an diesen Daten? Mit verlässlichen Daten über die Entwicklung der Wirtschaftstätigkeit in Schwellen- und Entwicklungsländern und ihren Regionen könnten Forscher nationale und lokale Hemmnisse für die wirtschaftliche Entwicklung verlässlicher ausmachen, wirtschaftliche Aufholprozesse frühzeitiger erkennen und die Wirtschaftlichkeit von Hilfsprojekten zuverlässiger evaluieren.

Vor diesem Hintergrund hat eine Studie dreier Wirtschaftsforscher von der angesehenen amerikanischen Brown University großes Aufsehen erregt. J. Vernon Henderson, Adam Storeygard und David N. Weil dokumentieren in ihrer Studie „Measuring Economic Growth from Outer Space“ (*American Economic Review*, 2012), dass die Lichtintensität in Satellitenaufnahmen bei Nacht ein zuverlässiger Indikator nicht nur für die Höhe des Sozialprodukts eines Landes ist, sondern auch für dessen Veränderung über die Zeit. Satelliten fotografieren seit 1992 praktisch jeden Ort der Welt. Nach einigen Bereinigungen veröffentlicht die National Oceanic and Atmospheric Administration der US-Regierung die jährlichen durchschnittlichen Lichtintensitäten für jeden Quadratkilometer. Das Problem der mangelnden Zuverlässigkeit offizieller Sozialproduktstatistiken in Entwicklungsländern schien damit gelöst.

So schön diese Lösung auch klingt – sie gilt leider wohl nur für Länder als Ganze. Das Wirtschaftswachstum in kleinräumigeren Gebieten innerhalb von Ländern spiegeln diese Lichtdaten dagegen nur unzuverlässig wider, wie die IfW-Studie zeigt. Anhand zweier großer Schwellenländer, Indien und Brasilien, wird deutlich, dass sich der Zusammenhang zwischen (statistisch gemessenem) Sozialproduktwachstum und Veränderung der Lichtintensität stark zwischen Regionen unterscheidet. Die Studie zeigt auch, dass dies nicht allein an der schlechten Qualität der Sozialproduktstatistiken dieser Länder liegt. Ähnlich starke regionale Unterschiede stellt sie auch für hochentwickelte Volkswirtschaften wie die der USA oder europäischer Länder fest, deren Sozialproduktstatistiken als verlässlich gelten.

Die Gründe dafür, dass die Intensität des künstlichen Lichts bei Nacht nicht in allen Regionen gleichmäßig mit dem Sozialprodukt ansteigt, dürften mannigfaltig sein: Urbanisierungsgrad, Wirtschaftsstrukturen, lokale Energiepreise, kulturelle Eigenheiten und vieles mehr. Die Studie kann zwar zeigen, dass Unterschiede zwischen Stadt und Land nicht ursächlich für die begrenzte Vorhersagekraft des Modells von Henderson et al. für kleinräumige Gebiete sind. Die meisten der potenziellen Einflussfaktoren können jedoch gar nicht berücksichtigt werden. Sie sind weder durch Satelliten beobachtbar noch gibt es für sie verlässliche Statistiken. Selbst wenn sie berücksichtigt werden könnten, ginge die willkommene Einfachheit des Modells verloren. Lichtdaten wären nur noch einer von vielen Einflussfaktoren. Die Unsicherheit bei der Identifikation lokaler Wachstumshemmnisse und der Evaluation von Hilfsprojekten in Entwicklungsländern bleibt mithin bestehen.

AUTOREN



Dr. Eckhardt Bode

eckhardt.bode@ifw-kiel.de

Expertise

- Europäische Wirtschaftsintegration
- Agglomerationseffekte
- Metropolregionen
- Humankapital
- Räumliche Ökonometrie



Frank Bickenbach

frank.bickenbach@ifw-kiel.de

Expertise

- Räumlicher und sektoraler Strukturwandel
- Europäische Integration
- Innovation und Hochschulbildung in China
- Institutioneller Wandel in China



Dr. Peter Nunnenkamp

peter.nunnenkamp@ifw-kiel.de

Expertise

- Determinanten und Effekte ausländischer Direktinvestitionen
- Determinanten und Effekte von Entwicklungshilfe



Dr. Mareike Söder

mareike.soeder@ifw-kiel.de

Expertise

- Bioenergie und Landnutzung
- Zertifizierung von Biokraftstoffen

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Henderson, J. Vernon, Adam Storeygard und David N. Weil (2012). Measuring Economic Growth from Outer Space. *American Economic Review* 102 (2): 994–1028.

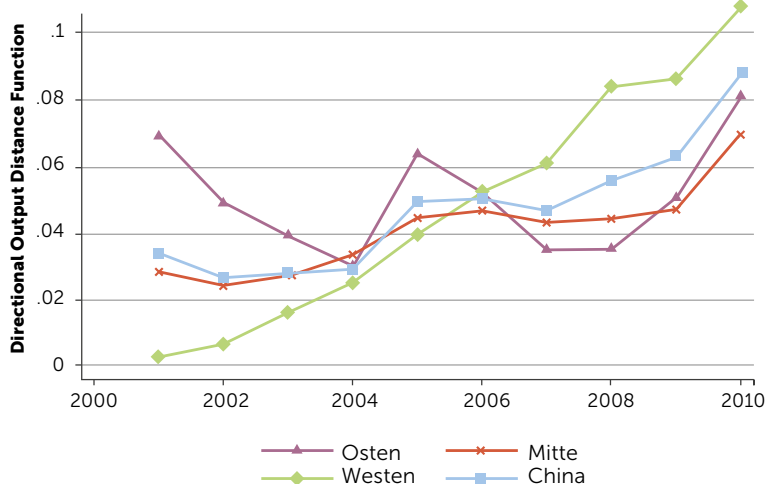
FRISCHE LUFT FÜR CHINA –

WIE DIE CO₂-EMISSIONEN DES LANDES AM BESTEN REDUZIERT WERDEN KÖNNEN

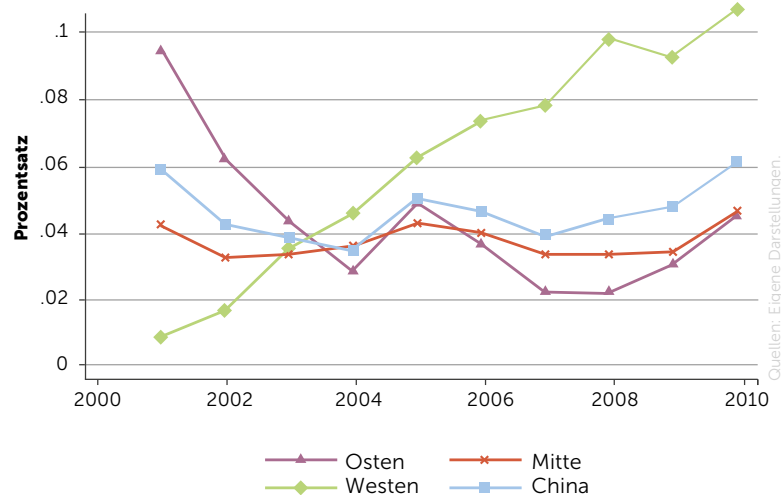
KANN CHINA ES SCHAFFEN, DAS IMAGE VOM KLIMASÜNDER ABZULEGEN UND IN ZUKUNFT SOGAR EIN KLIMAFREUNDLICHES LAND WERDEN?

In welchen Regionen der CO₂-Ausstoß am einfachsten reduziert werden kann und welchen Effekt Investitionen bei der Klimabilanz bewirken können, untersucht eine aktuelle Studie am IfW.

Durchschnittliche technische Ineffizienz nach Region



Durchschnittliches CO₂-Vermeidungspotenzial nach Region



Bei der Frage nach CO₂-Emissionen schaut die ganze Welt auf China und ob die überraschenden Zugeständnisse des Weltklimagipfels 2015 Früchte tragen. Laut Weltbank ist China mit rund neun Milliarden Tonnen der weltweit größte Produzent von CO₂-Emissionen. Chinas Emissionsbilanz hat sich seit dem vorherigen Jahrzehnt deutlich verschlechtert, der Anteil des Landes an den weltweiten Emissionen stieg von 11 Prozent 1990 auf 26 Prozent 2012. Daten für die Jahre ab 2013 stehen noch nicht zur Verfügung.

In der aktuellen Studie „Marginal Abatement Costs of Carbon Dioxide Emissions in China“ untersuchen wir die Frage, auf welchem Weg China seine CO₂-Emissionen am einfachsten reduzieren kann. Dazu bestimmen wir zunächst den Grad der technischen Effizienz von Industrieanlagen und die Kosten zur Vermeidung von CO₂ in verschiedenen Regionen Chinas. Unsere Ergebnisse zeigen, dass die Steigerung der Energieeffizienz in Industrieanlagen in Chinas am wenigsten entwickelten Regionen die kostengünstigste Möglichkeit ist, den CO₂-Ausstoß zu reduzieren. Investitionen führen hier proportional zur höchsten CO₂-Reduktion durch einen verbesserten Wirkungsgrad und verminderte Emissionen.

Wie in **Abbildung 1** zu sehen ist, hat die technische Ineffizienz über die Zeit zugenommen (ein Wert von Null steht dabei für vollständige Effizienz), am stärksten ist dies in Chinas abgelegenen Westen der Fall. Viele energieintensive Industrien wurden vom höher entwickelten Osten des Landes in den Westen umgesiedelt. Gleichzeitig nahm im Osten der Anteil an Dienstleistungsunternehmen und High-Tech-Firmen zu.

”

Investitionen können dazu beitragen, nicht nur den CO₂-Ausstoß zu reduzieren, sondern gleichzeitig den Wirkungsgrad der genutzten Energie zu erhöhen, ein doppelter Gewinn für die Klimabilanz.

Abbildung 2 zeigt das Potenzial zur Vermeidung von CO₂ nach Region und für China als Ganzes. Dieses kann aus den Effizienzwerten aus Abbildung 1 abgeleitet werden. Insgesamt bewegt sich das Vermeidungspotenzial zwischen vier und sechs Prozent. Wenn alle Regionen so effizient wie möglich produzieren, ließe sich der CO₂-Ausstoß also um vier bis sechs Prozent reduzieren. Wir fanden außerdem heraus, dass der Schattenpreis für CO₂ in der Zeit von 2006 bis 2010 stark angestiegen ist, von 1.200 Yuan/Tonne CO₂ auf 2.100 Yuan/Tonne CO₂. Am höchsten ist der CO₂-Schattenpreis im Osten Chinas, was sich mit dem vermehrten Vorhandensein von Dienstleistungs- und High-Tech-Unternehmen deckt. Im Osten Chinas ist es also verhältnismäßig teuer, den CO₂-Ausstoß weiter zu reduzieren.

Wenn alle Regionen am Limit produzieren, kann der CO₂-Ausstoß nur moderat reduziert werden. Investitionen können dazu beitragen, nicht nur den CO₂-Ausstoß zu reduzieren, sondern gleichzeitig den Wirkungsgrad der genutzten Energie zu erhöhen, ein doppelter Gewinn für die Klimabilanz. Die CO₂-Vermeidungskosten schwanken erheblich zwischen den einzelnen Regionen Chinas. Bei der Umsetzung der auf der Klimakonferenz beschlossenen Ziele sollten Politiker die Ziele zur CO₂-Reduzierung in den einzelnen Regionen daher an deren Vermeidungskosten ausrichten.

AUTORIN



Prof. Aoife Hanley, Ph.D.

aoife.hanley@ifw-kiel.de

Expertise

- Innovation
- Internationalisierung von Unternehmen
- Internationales Outsourcing
- Unternehmensproduktivität

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Du, Limin, Aoife Hanley und Chu Wei (2015). Estimating the Marginal Abatement Costs of Carbon Dioxide Emissions in China: A Parametric Analysis. *Environmental and Resource Economics* 61 (2): 191–216.
- Färe Rolf, Shawna Grosskopf, C.A. Knox Lovell et al. (1993). Derivation of Shadow Prices for Undesirable Outputs: a Distance Function Approach. *Review of Economics and Statistics* 75 (2): 374–380.
- Färe Rolf, Shawna Grosskopf, Dong-Woon Noh et al. (2005). Characteristics of a Polluting Technology: Theory and Practice. *Journal of Econometrics* 126 (2): 469–492.
- Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) (2006). IPCC Guidelines for National Greenhouse Gas Inventories.
- Buckley, Chris (2015). China Burns Much More Coal Than Reported, Complicating Climate Talks. *The New York Times*, 3. November.

KOOPERATION, MOTIVATION UND SOZIALES GLEICHGEWICHT: WIE WIRTSCHAFTSPOLITISCHE INSTRUMENTE GESELLSCHAFTEN FORMEN

Tennis macht uns zu Einzelkämpfern – Fußball zu Teamplayern. Was im sportlichen Kontext eher unspektakulär und nach Altbekanntem klingt, zeigt bezogen auf die Wahl von wirtschaftspolitischen Instrumenten viel weitreichendere Auswirkungen. **OB WIR EHER EIGENNÜTZIG HANDELN ODER UNS VON ALTRUISTISCHEN MOTIVEN LEITEN LASSEN, HÄNGT NICHT NUR VON UNSEREN PRÄDISPOSITIONEN AB, SONDERN AUCH VOM SOZIALEN UMFELD UND WIE DIESE BEIDEN MITEINANDER AGIEREN.** Die Wirtschaftspolitik schafft Rahmen in einer Gesellschaft, welche die sozialen Umfelder beeinflussen. Diese Auswirkungen können von Dauer sein und sich selbst verstärken, wie eine aktuelle Studie zeigt.

Menschliches Handeln wie auch ökonomische Aktivität findet immer vor einem bestimmten sozialen Hintergrund statt. Unterschiedliche Motive wie Eigennutz oder Altruismus können durch unterschiedliche soziale Umfelder aktiviert werden und vice versa. So wie ein Tennis-Match beispielsweise die Beziehung zwischen den Spielern definiert, so beeinflussen Teamentlohnung und Teamarbeit das Verhältnis zwischen den

Ökonomische Aktivität ist nicht nur durch monetäre Anreize (Preise und Kosten), welche auf strikt eigennutz-orientierte Agenten mit stabilen und konsistenten Präferenzen einwirken, bestimmt. Nahezu jede ökonomische Aktivität erfordert auch menschliche Kooperation und entsteht durch das reflexive Zusammenspiel zwischen individuellen Entscheidungen und sozialen Kräften: Individuelle Entscheidungen beeinflussen die Erträge aus sozialen Interaktionen, wodurch sich bei den handelnden Akteuren unterschiedliche Persönlichkeitsmerkmale entwickeln. Diese beeinflussen schließlich wieder die individuellen Entscheidungen.

Soziale Umfelder ermutigen oder entmutigen prosoziale Motive. Die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen sozialen Umfeldern formt jedoch die Ausprägung von Persönlichkeitsmerkmalen. Agenten, die häufig auf Umfelder stoßen, die Kooperation ablehnend gegenüberstehen, können eher selbstsüchtige Dispositionen entwickeln. Entsprechend fördert der häufige Umgang mit Umfeldern, in denen prosoziales Verhalten gefördert wird, eher prosoziale Dispositionen. Agenten hingegen, die auf einen Mix aus prosozialen und stark eigennutz-orientierten Umfeldern stoßen, können lernen, sich an das jeweilige Umfeld anzupassen, in dem sie agieren.

Dieser psychologische Kontext liefert ein breiteres Rahmenwerk für die Evaluierung von Wirtschaftspolitik als das konventionelle Rahmenwerk. Er erlaubt einen Blick darauf, wie man die Kooperation zwischen wirtschaftlichen Akteuren beeinflussen kann. Dort, wo die neoklassische Theorie auf den Einfluss von wirtschaftspolitischen Instrumenten auf ökonomische Anreize unter gegebenen Präferenzen fokussiert ist,

”

Nahezu jede ökonomische Aktivität erfordert auch menschliche Kooperation und entsteht durch das reflexive Zusammenspiel zwischen individuellen Entscheidungen und sozialen Kräften.

Angestellten in einer Firma anders als eine individuelle Entlohnung. Zusätzlich beeinflussen Persönlichkeitsmerkmale (Dispositionen) der handelnden Akteure, wie stark ihre Motive auf soziale Umfelder, zum Beispiel individuelle Anreizlöhne reagieren. Letztlich hat die Frage, wie oft bestimmte soziale Umfelder auftreten oder sich verändern, auch Einfluss auf die Verteilung unterschiedlicher Persönlichkeitsmerkmale in einer Gesellschaft. Die Verteilung der unterschiedlichen Dispositionen beeinflusst also, wie die Motivation der ganzen Population auf soziale Umfelder reagiert.

Der oben beschriebene psychologische Kontext hat direkte Auswirkungen auf wirtschaftliches Handeln.

ermöglicht unser Modell eine Betrachtung, wie sich wirtschaftspolitische Instrumente auf die sozialen Umfeld der Agenten auswirken. Dadurch verändern sich dann wiederum die Motive und somit die Präferenzen der Agenten. In der langen Frist kann die Wahl der wirtschaftspolitischen Instrumente sogar noch mehr Einfluss haben. Durch eine mögliche Veränderung der sozialen Umfeld durch wirtschaftspolitische Instrumente, kann sich auch eine andere Verteilung von Persönlichkeitsmerkmalen in der Bevölkerung ergeben. Dadurch kann sich wiederum die Reaktion der Gesellschaft auf ein soziales Umfeld und ein wirtschaftspolitisches Instrument verändern.

Unsere Analyse zeigt, wie wirtschaftspolitische Instrumente die intrinsische Motivation zur Kooperation verdrängen können. Dies geschieht, wenn Wirtschaftspolitik vermehrt Situationen hervorruft, in der Kooperation erschwert wird. In unserem Modell führt solch eine Wirtschaftspolitik zu einem Wechsel von altruistischen Motiven hin zu eigennutz-orientierten Motiven in den Akteuren. Es kann jedoch auch andersherum laufen, wenn die wirtschaftspolitischen Instrumente die Veranlagung zu altruistischen Motiven begünstigen.

Eine solche Analyse der Wirtschaftspolitik, die über ausschließlich monetäre Anreize hinweggeht, hat weitreichende Implikationen: Ökonomische Entscheidungen hängen nicht nur von monetären Anreizen ab, sondern auch die Organisation von sozialem Leben hat direkten Einfluss auf die wirtschaftliche Aktivität der Akteure. Beispiele, dass unser soziales Leben einen erheblichen Anteil an unseren wirtschaftlichen Entscheidungen hat, gibt es viele, man denke an Framing oder Nudging. Unsere Analyse bietet eine Erklärung für diesen Einfluss auf ökonomische Aktivitäten, zumindest im Hinblick auf soziale Auswirkungen dieser Phänomene.

Zusammengefasst beeinflussen wirtschaftspolitische Instrumente ökonomisches Verhalten also nicht nur durch ihren Effekt auf Entscheidungen unter gegebenen Präferenzen, sondern auch dadurch, dass sie Präferenzen direkt verändern. Diese Veränderungen in Präferenzen sind verknüpft mit Veränderungen in den Handlungsmotiven. Motive verändern sich, da unterschiedliche wirtschaftspolitische Instrumente die Erträge aus Entscheidungen verändern. In der langen Frist beeinflussen wirtschaftspolitische Instrumente außerdem die Dispositionen zu entweder prosozialen oder eigennutz-orientierten Typausprägungen in der Population.

AUTOREN



Dr. Steven Bosworth, Ph.D.

steven.bosworth@ifw-kiel.de

Expertise

- Verhaltensökonomische Theorie
- Kontextabhängige Präferenzen
- Öffentliche Güter



Prof. Dennis J. Snower, Ph.D.

dennis.snower@ifw-kiel.de

Expertise

- Arbeitslosigkeit
- Inflation
- Geld- und Fiskalpolitik
- Beschäftigungspolitik
- Reform des Wohlfahrtsstaates
- Organisatorischer Wandel
- Lohnbestimmung

CO-AUTORIN

Prof. Dr. Tania Singer, geschäftsführende Direktorin am Max-Planck- Institut für Kognitions- und Neurowissenschaften in Leipzig

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Bosworth, Steven, Tania Singer und Dennis J. Snower (2016). Cooperation, Motivation and Social Balance. *Journal of Economic Behavior and Organization*. Im Erscheinen.

GEMEINSAM SIND WIR STARK – RISKANTE ENTSCHEIDUNGEN IM „GENTLEMAN’S CLUB“

GLEICHBERECHTIGUNG BEDEUTET NICHT GLEICHHEIT: EMPIRISCHE FORSCHUNG ZEIGT, DASS MÄNNER UND FRAUEN SICH IN IHREM VERHALTEN UND IHREN VORLIEBEN UNTERSCHIEDEN.

Diese Unterschiede sollten ganz bewusst wahrgenommen werden. Ein bekanntes Beispiel dafür sind Risikopräferenzen. Wir zeigen in einer aktuellen Studie, dass gerade in Bezug auf ihr Risikoverhalten Gremien mit hohem Männeranteil in ihren Entscheidungen anfällig für geschlechterspezifische Verzerrung sein könnten. Eine heterogenere Zusammensetzung könnte die Qualität von Entscheidungen verbessern.

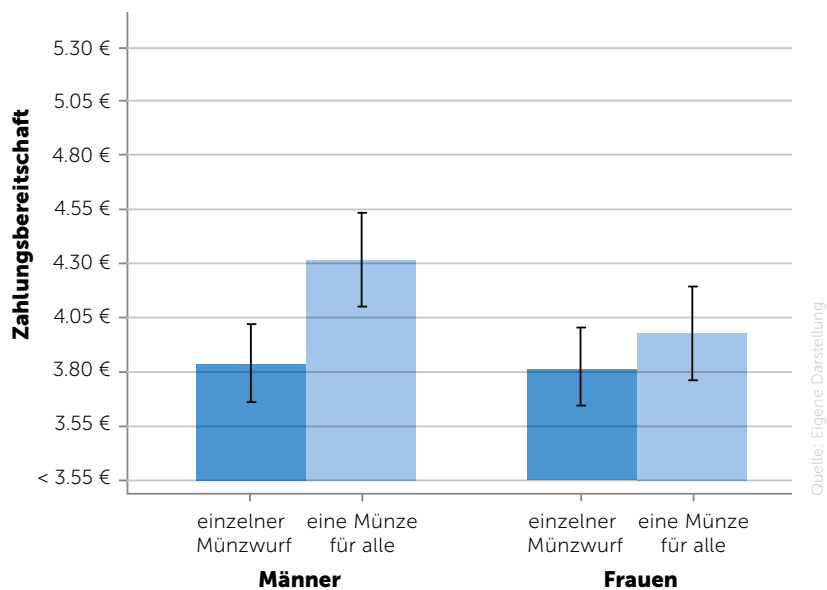
Menschen in Spitzenpositionen haben häufig eine Gemeinsamkeit: Sie sind Männer. In den Top 1.500 US-Börsenunternehmen teilen sogar mehr Männer in Führungspositionen den Vornamen John als insgesamt leitende Mitarbeiter weiblich sind, wie die New York Times im vergangenen Jahr spektakulär meldete. Auch in Deutschlands Führungsebene sieht es nicht viel besser aus, wie man diversen Statistiken entnehmen kann. Die Zahl der weiblichen Vorstandsmitglieder in den 200 deutschen Top-Unternehmen bleibt mit aktuell 5,4 Prozent gering. In großen deutschen Banken und Sparkassen betrug der Frauenanteil in Vorstand und Geschäftsführung im Jahr 2014 nur 6,7 Prozent, und unter den Vorständen großer Versicherungen in Deutschland sind ebenfalls weniger als ein Zehntel weiblich. Frauen stellen 15 Prozent der höchsten Beamten in Deutschland, 22 Prozent der Professoren und 36 Prozent der Bundestagsmitglieder.

Für diese ungleiche Repräsentation der Geschlechter in zentralen Positionen wird neben Geschlechterdiskriminierung und unflexibler Familienpolitik auch Selbstselektion als eine mögliche Ursache gesehen. Die Mehrheit der Berufe auf dem deutschen Arbeitsmarkt lässt sich noch immer in Männer- bzw. Frauen-domänen einteilen. Auch die Karriereentscheidungen nach der Berufswahl unterscheiden sich möglicherweise zwischen den Geschlechtern. Frauen verhalten sich im Durchschnitt häufiger risikoavers als Männer, und Studien zeigen, dass risikoaverse Menschen häufiger Jobs mit einer geringen Gehaltsvariabilität ausüben. So finden sich risikoaverse Menschen beispielsweise öfter im öffentlichen Dienst oder im Lehramt. Frauen, die eine Vorstandsposition innehaben, sind hingegen im Mittel besonders risikobereit. Risikopräferenzen könn-

ten also ein Kriterium für die Erreichung von Spitzenpositionen sein.

Im Hinblick auf die Repräsentation aller Geschlechter in gesellschaftlichen Funktionen ist die geringe Anzahl von Frauen in Spitzenpositionen als ungerecht anzusehen. Darüber hinaus könnte die unausgeglichene Besetzung auch für die in diesen Positionen getroffenen Entscheidungen problematisch sein. Menschliche Entscheidungen sind selten vollständig rational. Sie lassen sich durch verschiedene Faktoren vom rationalen Kalkül ablenken. Bestimmte Gruppen können davon stärker betroffen sein als andere. Kühl kalkulierende Akteure würden eine Risikoentscheidung unter Berücksichtigung des Erwartungswertes und persönlicher Risikopräferenz abwägen. Faktoren, die das Risiko nicht verändern, sollten auf die Entscheidung keinen Einfluss haben. Allerdings zeigt sich in verschiedenen Experimenten, dass Probanden ein höheres Risiko eingehen, wenn ihre Entscheidung von anderen Teilnehmern beobachtet werden konnte. Vor allem Männer waren von dieser Verzerrung betroffen.

Eine aktuelle IfW-Studie (Schmidt et al., 2015) ist ein Beispiel dafür, wie sich Risikoentscheidungen mit dem sozialen Vergleich verändern. Die Forscher bieten Gruppen studentischer Probanden eine Wette an. Ein Münzwurf entscheidet darüber, ob sie zehn Euro gewinnen. In einer Gruppe wird für alle Teilnehmer eine Münze geworfen, in der anderen Gruppe wird eine Münze für jeden einzeln geworfen. Die Probanden geben an, wie viel sie für die Teilnahme an der Wette zu zahlen bereit sind. Männer zahlen im Mittel 48 Eurocent mehr für die Wette, wenn das Ergebnis einer Münze gleichzeitig für alle im Raum gilt. Sie geben somit fast zehn Prozent des Erwartungswertes mehr aus, wenn nicht die Gefahr besteht, im Vergleich mit



anderen Spielern im Raum schlechter abzuschneiden. Bei Frauen hingegen unterscheidet sich der durchschnittliche gezahlte Preis zwischen den Gruppen nur minimal. Männer bewerten dem Anschein nach ein Risiko als weniger drastisch, wenn es andere in ihrem Umfeld gleichermaßen betrifft. Sie gehen gemeinsam mehr Risiko ein als sie es allein täten. Ob die Münze einzeln oder für alle gemeinsam geworfen wird, ändert nicht die Wahrscheinlichkeit, dass sie Kopf oder Zahl zeigt. Für ein verändertes Entscheidungsverhalten bei gemeinsamem Münzwurf gibt es also keine rationale Erklärung.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Männer und Frauen sich nicht nur bezüglich ihrer Risikopräferenz unterscheiden, sondern sich auch unterschiedlich stark in ihrer Risikoentscheidung beeinflussen lassen. In der Praxis könnte dies bedeuten, dass Gremien, die zum großen Teil aus Männern bestehen, verzerrte Entscheidungen treffen, etwa wenn sie unter sozialem Vergleich ein höheres Risiko eingehen. Eine diversere Besetzung von Spitzenpositionen könnte solche ungewollten Verzerrungen reduzieren. Dabei sollte nicht ignoriert werden, dass sich Risikopräferenzen möglicherweise auch auf Karriereentscheidungen auswirken. Letztlich könnten sie ein Grund dafür sein, dass Frauen seltener für Spitzenpositionen ausgewählt werden oder diese seltener anstreben. Dennoch sind Verhaltens- und Präferenzunterschiede keine Legitimation für die geringe Repräsentanz von Frauen in zentralen Positionen. Vielmehr sollten solche Unterschiede bewusst wahrgenommen und als Potenzial für die Entwicklung hoher Entscheidungskompetenz in Spitzenpositionen begriffen werden.

AUTOR



Andreas Friedl

andreas.friedl@ifw-kiel.de

Expertise

- Experimentelle Wirtschaftsforschung
- Verhaltensökonomik

CO-AUTORIN

Levke Jessen-Thiesen, Praktikantin am IfW.

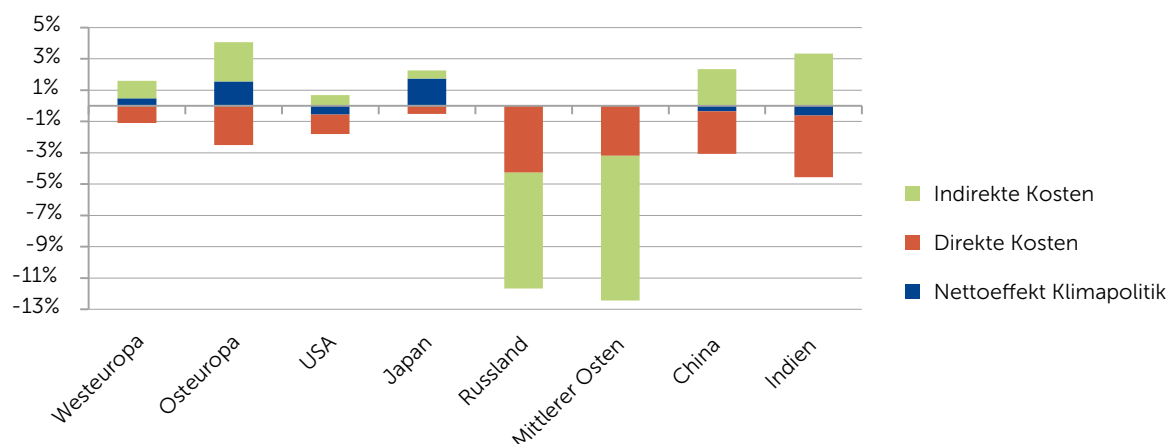
WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Schmidt, Ulrich, Andreas Friedl und Katharina Lima de Miranda (2015). Social Comparison and Gender Differences in Risk Taking. Kieler Arbeitspapiere 2011. IfW, Kiel.

KOMPENSATION FÜR ENERGIEEXPORTEURE GESUCHT

Das Wort „Dekarbonisierung“ war lange ein Unwort bei internationalen Verhandlungen über eine gemeinsame Klimapolitik. Der Begriff macht deutlich, **DASS SICH DIE WELTWEITE ENERGIEENTZUG VON FOSSILEN BRENNSTOFFEN VERABSCHIEDEN MUSS**. Die Leidtragenden sind dabei die Förderländer von Öl, Gas und Kohle. Die Frage, wie eine mögliche Kompensation aussehen kann, muss in den Vordergrund rücken, wie zwei aktuelle Analysen des Forschungsbereichs Umwelt und natürliche Ressourcen am IfW zeigen.

Direkte vs. indirekte (Energiemarkt-) Kosten internationaler Klimapolitik



Um eine gefährliche anthropogene Störung des Klimasystems (Artikel 2, Klimarahmenkonvention) mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu vermeiden, darf die globale Durchschnittstemperatur nicht um mehr als zwei Grad Celsius, verglichen zum vorindustriellen Niveau, steigen. Das wurde 2015 beispielsweise auf dem G7-Treffen in Elmau bekräftigt, und beim Klimagipfel im Dezember in Paris einigte man sich sogar auf eine angestrebte Erwärmung der Erde von maximal 1,5 Grad. Trotz der formalen Einigung in Paris auf ein internationales Abkommen, sind die meisten Experten nicht davon überzeugt, dass es tatsächlich ein weltweites gemeinsames Vorgehen geben wird, und die individuellen, nationalen Anstrengungen reichen nicht aus. Das liegt nicht zuletzt daran, dass Klimapolitik mit erheblichen Kosten verbunden ist, denen erst weit in der Zukunft liegende und vom Umfang her unsichere Klimaschäden

gegenüberstehen. Im Kern geht es insgesamt um eine akzeptable internationale Lastenteilung.

Die direkten Kosten von Klimapolitik sind erst einmal die Vermeidungskosten, die beispielsweise durch den Einsatz teurerer, energieeffizienterer Produktionstechnologien oder durch den Umstieg auf teurere erneuerbare Energien entstehen. Diese Kosten sind nicht unerheblich. Simulationen mit dem Klima-Ökonomiemodell DART des IfW (Peterson und Weitzel, im Erscheinen) zeigen zum Beispiel, dass bei einer Reduktion der globalen CO₂-Emissionen um 40 Prozent gegenüber 2010 durch eine einheitliche internationale Steuer – dieses stilisierte Szenario steht für eine effiziente Politik – die Wohlfahrt im Jahr 2050 im globalen Durchschnitt um etwa ein Prozent sinkt, gegenüber einem Szenario ohne zusätzliche Klimapolitik. Je nach Region können die Effekte deutlich höher sein (siehe Grafik, blauer Balken). Beispielsweise in Osteuropa

oder der ehemaligen Sowjetunion, wo Energie sehr ineffizient verwendet wird und die mit Klimapolitik einhergehenden höheren Gesamtenergiepreise zu Wettbewerbsnachteilen und hohen Anpassungskosten führen.

Entscheidender aber sind die Energiemarkteffekte oder, anders gesagt, die indirekten Kosten. Klimapolitik bedeutet immer, dass weniger fossile Energie verwendet wird. Darunter leiden Besitzer fossiler Energieressourcen. Sie können weniger Energie exportieren und bei gesunkener Nachfrage sinken die Preise (ohne CO₂-Kosten) erheblich. Im DART (Dynamic Applied Regional Trade Model)-Modell rechnen wir im Jahr 2050 mit deutlich gesunkenen Preisen für Öl (ca. –50 Prozent), Kohle (bis zu –70 Prozent) und Gas (–30 bis –40 Prozent). Entsprechend groß sind die Einbußen für die ehemalige Sowjetunion (Öl und Gas), den mittleren Osten (Öl), aber auch Australien und Neuseeland (Kohle) – siehe Grafik, roter Balken. Energieimporteure wie Westeuropa, China, Indien oder Japan profitieren dagegen von diesen Effekten. Die Gesamtkosten der Klimapolitik sind in diesen Ländern sehr gering; einzelne, zum Beispiel Japan, würden sogar profitieren.

Wenn man den direkten und indirekten Vermeidungskosten die Klimaschäden entgegenstellt (Kersting et al., 2015) zeigt sich mit Hilfe eines spieltheoretischen Modells, dass ein globales Abkommen zur Erreichung des 2-Grad-Ziels nur unter der Annahme relativ hoher Klimaschäden zustande kommt. Bei nur moderaten Klimaschäden sind es die Energieexporteure, die sich einem Abkommen verweigern. Gleichzeitig zeigen experimentelle Studien (Waichmann et al.), dass tendenziell eine Lastenverteilung als fair angesehen wird, die prozentual ähnliche ökonomische Kosten beinhaltet. Beides bedeutet: Es muss ein geeigneter Mechanismus gefunden werden, um die Energieexporteure zu kompensieren.

Dass in Elmau und in Paris tatsächlich über Dekarbonisierung gesprochen wurde, ist ein echter Fortschritt. Nur wenn es tatsächlich Ziel der Verhandlungen ist, die fossilen Brennstoffe im Boden zu lassen und die weltweite Energie wirklich zu dekarbonisieren, kann über Möglichkeiten der Kompensation, beispielsweise durch Emissionsrechte, Technologietransfer oder Entwicklungshilfe, verhandelt werden.

AUTORIN



Dr. Sonja Peterson

sonja.peterson@ifw-kiel.de

Expertise

- Internationale und europäische Klima- und Energiepolitik
- Bioenergie und Landnutzung
- Umweltpolitische Instrumente

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Kersting, Jan, Vicki Duscha und Mathias Weitzel (2015). Cooperation On Climate Change Under Economic Linkages—How the Inclusion of Macroeconomic Effects Affects Stability of a Global Climate Coalition. Diskussionspapier auf der European Association of Environmental and Resource Economists 21st Annual Conference im Juni in Helsinki/Finnland.
- Peterson, Sonja, und Mathias Weitzel. Reaching a Climate Agreement—Compensating For Energy Market Effects of Climate Policy. Climate Policy. Im Erscheinen.
- Waichman Israel, Till Requate, Markus Karde und Manfred Milinski (2014). Asymmetry and Coordination in Avoiding a Collective Catastrophic Event. Unveröffentlichtes Manuskript.

PROJEKTE

„CORE – Kooperative Ansätze zukünftiger Klimapolitik“ unter Leitung des Fraunhofer Institut für System- und Innovationsforschung (ISI) und in Zusammenarbeit mit dem Karlsruhe Institute für Technologie (KIT)

EXPECT: An experimental study of climate policy negotiations: implications for policy design and impact assessment unter Leitung des Lehrstuhls für Innovation und der Universität Kiel

Beide im Rahmen des Forschungsprogramms Klimaökonomie des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF)

AUCH MITTEN IN DER STADT: IM GRÜNEN LEBT ES SICH BESSER – EINE ÖKONOMISCHE ANALYSE

Die Welt lebt in der Stadt. Die UN projiziert, dass die städtische Bevölkerung im Jahr 2050 weltweit um weitere zweieinhalb Milliarden Menschen angewachsen sein wird. **DER HISTORISCH GRÖßTE UND SCHNELLSTE ANSTIEG DER URBANEN BEVÖLKERUNG.** Trotzdem fühlt der Mensch sich nur so richtig wohl, wenn im Grau der Stadt auch eine Menge Grün zu finden ist, wie eine aktuelle empirische IfW-Studie zeigt.

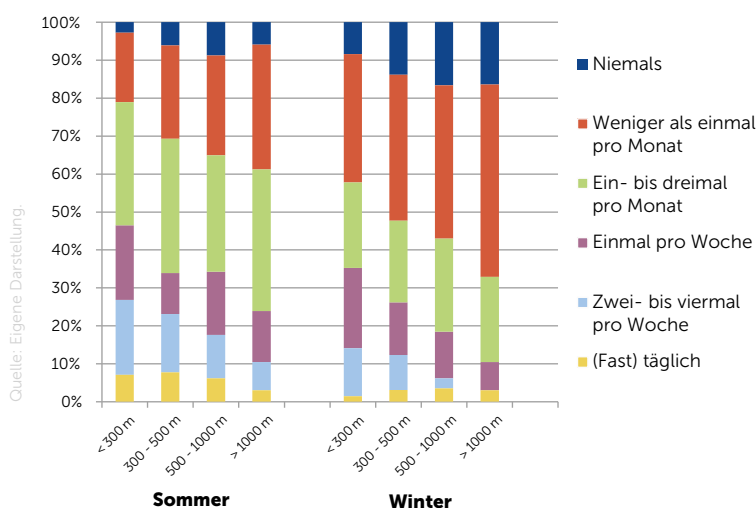
Der voranschreitende Urbanisierungstrend ist auch in Deutschland deutlich zu erkennen und eine Herausforderung für Städte und Kommunen. Wenn mehr Menschen in den Städten leben, werden auch die Grün- und Freiflächen innerhalb von Städten stärker beansprucht, insbesondere wenn eine Zersiedelung des Umlands (Urban Sprawl) vermieden werden soll.

vor, den Anteil von urbanem Grün in Städten zu erhöhen (BMU, 2007). Auch das Bundesnaturschutzgesetz schreibt fest, Grün- und Freiflächen in Städten zu erhalten und dort neu zu schaffen, wo sie nicht ausreichend zur Verfügung stehen (BNatSchG, 2009).

In einer Reihe von psychologischen und medizinischen Studien wurde der positive Einfluss von urbanem Grün auf die Lebensqualität nachgewiesen, wobei insbesondere Gesundheitseffekte betrachtet wurden (Tzoulas et al., 2007). Diese Studien liefern jedoch häufig nur qualitative Ergebnisse und bieten keine Grundlage für eine Abwägung von unterschiedlichen Interessen, Kosten und Nutzen. Ein Ziel des internationalen und interdisziplinären Projektes URBES (Urban Biodiversity and Ecosystem Services) war es, den Nutzen von urbanen Grünflächen für die Stadtbevölkerung zu quantifizieren. Zwei Umfragewellen in verschiedenen Städten in Deutschland und Europa bilden die empirische Grundlage für das Projekt. Für die anschließende Analyse wurden die erhobenen Umfragedaten mit räumlich hoch aufgelösten geografischen Daten zur Landbedeckung innerhalb der Städte verschnitten.

In einer ersten Analyse wurde der Einfluss von urbanen Grünflächen auf das individuelle Wohlbefinden der Befragten untersucht (Bertram und Rehdanz, 2015). Zu diesem Zweck haben wir die Angaben der Befragten zur Lebenszufriedenheit genutzt. Unsere Ergebnisse zeigen einen signifikanten, nicht-linearen Zusammenhang zwischen der Größe verfügbarer Grünflächen im Wohnumfeld der Befragten beziehungsweise der Distanz und der Lebenszufriedenheit. Der marginale Effekt der Fläche ist positiv, nimmt mit zunehmender Verfügbarkeit von Grünflächen ab und kann für sehr große bereits verfügbare Flächen negativ werden. Für Berlin zeigen unsere Ergebnisse, dass der größte positive Effekt auf die Lebenszufriedenheit bei einer Grünflächenverfügbarkeit von 36 Hektar innerhalb eines Umkreises von einem Kilometer um den Wohnort der Befragten liegt. Dies entspricht ca. 11,5

Nutzungshäufigkeit in Abhängigkeit von der Distanz zur nächstgelegenen Grünfläche



Für die Stadtplanung gilt es also, die möglicherweise widerstreitenden Interessen zwischen dem Ausbau der Siedlungsfläche und einer angemessenen Versorgung mit Grünflächen in Einklang zu bringen. Dies hat mittlerweile in vielen Ländern Eingang in die nationale Gesetzgebung gefunden. So sieht beispielsweise die deutsche nationale Strategie zur biologischen Vielfalt

Prozent der Fläche. In Berlin haben allerdings rund 75 Prozent der Befragten weniger Grünflächen in ihrem Wohnumfeld zur Verfügung.

Da die tatsächliche Nutzung von Grünflächen ein wesentlicher Transmissionskanal für die positiven Effekte von Grünflächen ist, wurde in einer zweiten Analyse der Einfluss verschiedener individueller Faktoren auf das Erholungsverhalten der Stadtbevölkerung untersucht (Bertram, 2015). Für Berlin zeigen die Ergebnisse beispielsweise, dass eine höhere Verfügbarkeit von urbanen Grünflächen in der Wohngegend beziehungsweise eine geringere Distanz zu Grünflächen die Wahrscheinlichkeit einer häufigen Nutzung erhöht (siehe Abbildung). Bezüglich der sozio-demographischen Charakteristika lässt sich ein positiver Effekt sowohl für das Einkommen als auch den Bildungsstand der Befragten feststellen. Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass Befragte mit einem höheren sozialen Status stärker von der Bereitstellung von urbanen Grünflächen profitieren als andere Befragte. Es gilt noch zu prüfen, ob Unterschiede in den Präferenzen der Befragten für Grünflächen oder die Qualität vorhandener Grünflächen dieses Ergebnis herbeiführen.

Insgesamt ist eine vermehrte und gleichmäßigere Bereitstellung von Grünflächen wünschenswert, um positive Gesundheitseffekte zu erhöhen. Darüber hinaus sollte besonders darauf geachtet werden, dass die bereitgestellten Flächen den Bedürfnissen der potenziellen Nutzergruppen entsprechen.

AUTORINNEN



Prof. Dr. Katrin Rehdanz

katrin.rehdanz@ifw-kiel.de

Expertise

- Umweltbewertung
- Energie- und Klimapolitik



Dr. Christine Bertram

christine.bertram@ifw-kiel.de

Expertise

- Ressourcenökonomik
- Umweltökonomische Bewertung

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Bertram, Christine (2015). Recreation Decisions in Urban Environments: Evidence From Participation and Choice Models. In: Christine Bertram (2015). Essays on the Economics of Ecosystems and Biodiversity. Dissertation: 15–64.
- Bertram, Christine, und Katrin Rehdanz (2015). The Role of Urban Green Space for Human Well-Being. *Ecological Economics* (120): 139–152.
- BMU – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2007). Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt. Berlin.
- BNatSchG – Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli (2009). (BGBl. I S. 2542). Last change via Art. 5 of the law of 6 February 2012 (BGBl. I S. 148). http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/bnatschg_2009/gesamt.pdf.
- Tzoulas, Konstantinos, Kalevi Korpela, Stephen Venn, Vesa Yli-Pelkonen, Aleksandra Kázmierczak, Jari Niemela und Philip James (2007). Promoting Ecosystem and Human Health in Urban Areas Using Green Infrastructure: A Literature Review. *Landscape and Urban Planning* 81: 167–178.

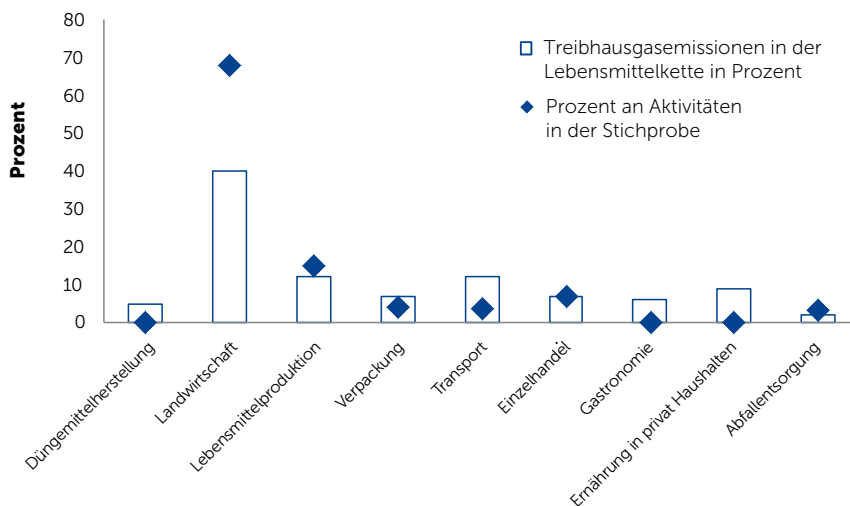
TREIBHAUSGASEMISSIONEN IN DER AGRAR- UND LEBENSMITTELINDUSTRIE: DIE RELEVANZ DER SOZIALEN UNTERNEHMENSVERANTWORTUNG

Für die meisten Firmen gehört es inzwischen zum guten Ton, soziale Verantwortung zu übernehmen. Klimaschutz ist ein in diesem Zusammenhang häufig genanntes Ziel. **WIE VIEL ABER TRAGEN DIESE SO GENANNTEN „CORPORATE SOCIAL RESPONSIBILITY“ (CSR)-STRATEGIEN TATSÄCHLICH ZUM KLIMASCHUTZ BEI?** Eine Studie von rund 40 Agrar- und Lebensmittelunternehmen, darunter die größten der Branche, zeigt: Selbstregulierung in Form von CSR reicht beim Thema Klimaschutz nicht aus.

Rund ein Viertel der globalen Treibhausgasemissionen werden direkt oder indirekt der Land- und Forstwirtschaft zugeordnet. Die Reduktion dieser Emissionen ist demnach ein

Anzahl und Art der Aktivitäten, die für die Reduktion von Treibhausgasemissionen der Firmen relevant sind, untersucht. Ergänzt wurde diese Analyse durch eine qualitative Betrachtung der verfügbaren Berichte zu diesen Aktivitäten.

Die Bedeutung von Treibhausgasemissionen in der Lebensmittelkette (in Großbritannien und Nordirland, Garnett 2011, 2008)



wichtiger Bestandteil von Konzepten zur unternehmerischen Verantwortung. Die Zahl der Unternehmen in der Lebensmittelindustrie und Landwirtschaft, die eine Corporate-Social-Responsibility-Strategie vorweisen, steigt rasch an. Vor diesem Hintergrund wurden anhand der CSR-Strategien von rund 40 globalen Unternehmen deren Beitrag zum Klimaschutz herausgearbeitet.

Die Analyse kombiniert quantitative und qualitative Ansätze. Für den quantitativen Teil wurden Daten aus der Dokumentation der Unternehmen über die

Die erste Grafik zeigt, dass dort, wo in der Wertschöpfungskette viele Emissionen entstehen, auch die meisten Anstrengungen zur Reduktion dieser Emissionen unternommen werden. An dieser Stelle besteht also ein gutes Matching von Emissionsquellen und Emissionsverhinderung. Zur Beurteilung der Wirkung dieser Aktivitäten haben die Autoren diese anhand von zwei Dimensionen bewertet: der Reichweite und dem Potenzial, den fundamentalen Wandel voranzutreiben. Die erste Dimension fragt nach der Reichweite der Anwendung der Aktivitäten zur Reduktion von Emissionen. Beschränken sich diese auf einzelne Produkte oder Prozesse, oder beziehen sie sich auf das ganze Unternehmen oder ganze Wertschöpfungsketten? Die zweite Dimension ordnet die Aktivitäten anhand ihres Veränderungspotenzials.

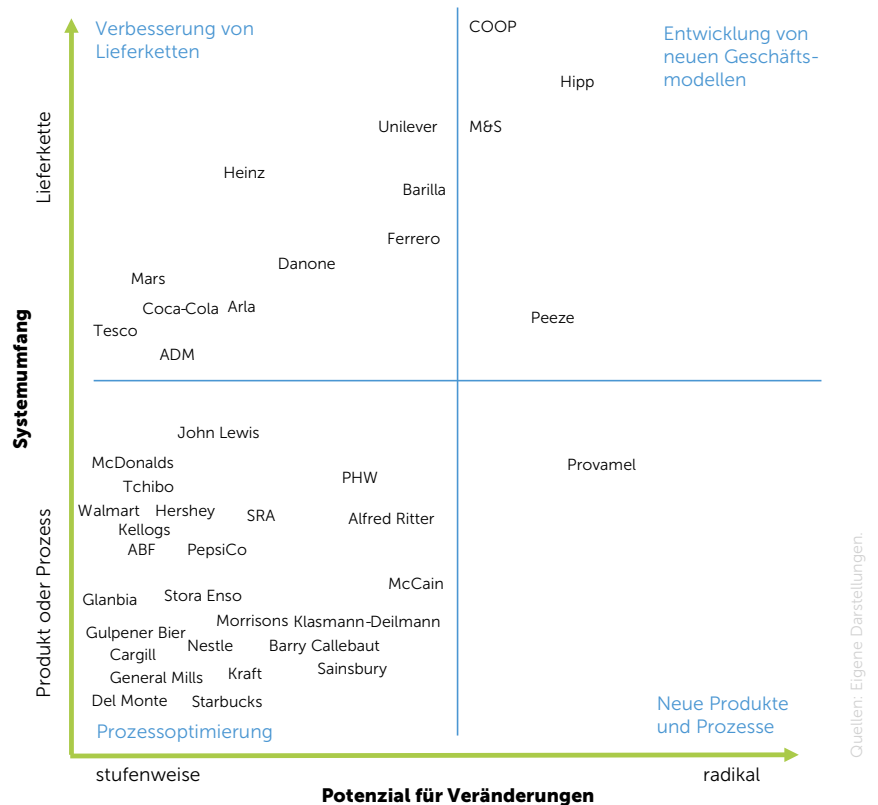
als. Werden neue Produkte, Technologien oder sogar neue Unternehmensmodelle entwickelt, oder wird eine stufenweise Verbesserung von bestehenden Prozessen oder Produkten verfolgt?

Abbildung 2 zeigt die Bewertung der untersuchten Firmen anhand der zwei Dimensionen in vier Quadranten. Sie zeigt sehr deutlich, dass die meisten Firmen aktiv auf eine stufenweise Verbesserung ihrer Produkte und Prozesse setzen. In diesen Quadranten sind die Treiber von Emissionsreduktionen Kosteneinsparungen (Win-win-Investitionen), Sicherung von

Lieferketten und Markenbildung. Win-win-Investitionen werden dabei deutlich bevorzugt gegenüber Maßnahmen, die rein öffentliche Güter bereitstellen. Wirklich weitreichende Maßnahmen finden sich nur bei einzelnen Firmen, vor allem in Nischenmärkten, beispielsweise im Bio-Sektor.

Wenig überraschend zeigt die Studie dementsprechend auch, dass Kosteneinsparungen, die Erschließung von neuen Märkten, die Minderung von finanziellen Risiken, insbesondere durch Schädigung der Reputation oder der Marke, und gesetzliche Regulierung die relevantesten Einflussfaktoren auf Strategien zur Verminderung von Treibhausgasemissionen sind.

Zusammenfassend zeigt die Studie, dass an allen wichtigen Punkten in landwirtschaftlichen Wertschöpfungsketten und in der Lebensmittelindustrie freiwillig für den Klimaschutz gehandelt wird, aber dass diese Aktivitäten beileibe nicht ausreichen. Die Autoren schlussfolgern, dass im Sinne des Klimaschutzes freiwillige CSR-Strategien strengere gesetzliche Regelungen nicht ersetzen können. Regierungen sind in der Verantwortung, ein entsprechendes Umfeld zu schaffen und damit für die öffentliche Wohlfahrt zu sorgen. Dazu müssen sich Regierungen und der Privatsektor auf ein gemeinsames Verständnis ihrer jeweiligen Rollen einigen, um gemeinsam neue Regulierungsansätze zu finden und neue Unternehmensmodelle zu fördern.



AUTORIN



Dr. Linda Kleemann
linda.kleemann@ifw-kiel.de

Expertise

- Internationale und europäische Klima- und Energiepolitik
- Bioenergie und Landnutzung
- Umweltpolitische Instrumente

CO-AUTOR

Dr. Donal Murphy-Bokern,
(donal@murphy-bokern.com), ein selbstständiger irischer Wissenschaftler, der von Deutschland aus über Themen aus Umwelt und Landwirtschaft forscht.

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Garnett, Tara (2011). Where are the Best Opportunities for Reducing Greenhouse Gas Emissions in the Food System (including the food chain)? *Food Policy* 36: S23–S32. doi:10.1016/j.foodpol.2010.10.010.
- Garnett, Tara (2008). *Cooking Up a Storm: Food, Greenhouse Gas Emissions and Our Changing Climate*. Food Climate Research Network, Centre for Environmental Strategy, University of Surrey, UK.
- Smith Pete, und Mercedes Bustamante et al. (2014). Agriculture, Forestry and Other Land Use (AFOLU). In: Edenhofer, O., R. Pichs-Madruga, Y. Sokona, E. Farahani, S. Kadner, K. Seyboth, A. Adler, I. Baum, S. Brunner, P. Eickemeier, B. Kriemann, J. Savolainen, S. Schlömer, C. von Stechow, T. Zwickel und J.C. Minx (Hrsg.) (2014). *Climate Change 2014: Mitigation of Climate Change. Contribution of Working Group III to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*. Cambridge University Press, Cambridge, United Kingdom and New York, NY, USA: 811–922.

ENTWICKLUNGSHILFE: IM ZWEIFEL AN DER REGIERUNG VORBEI

Korrupt, bestechlich, undemokratisch – auch wenn dies die herausstechenden Eigenschaften einer Regierung sind, bekommt das Land in etwa die gleichen Entwicklungshilfegelder wie Länder mit guten Regierungen und Institutionen. Häufig haben auch gerade die schlecht regierten Länder das Geld am Nötigsten. Das sich daraus ergebende Dilemma umgehen die Geberländer, indem sie Zahlungen an die schwachen staatlichen Einrichtungen vermeiden und **IHRE GELDER STATTDENEN ÜBER NGOS IM LAND VERTEILEN**, wie unsere aktuelle Studie zeigt.

Die „Assessing Aid“-Studie der Weltbank war der Wendepunkt. Die Studie zeigte, dass Geberländer durchaus zum wirtschaftlichen Wachstum in Entwicklungsländern beitragen können, was bis dahin eher kritisch gesehen wurde. Die Studie stellte aber auch eine entscheidende Bedingung auf: In den Empfängerländern sollten hinreichend funktionierende staatliche Strukturen existieren. Seitdem hat sich die Gemeinschaft der Geberländer

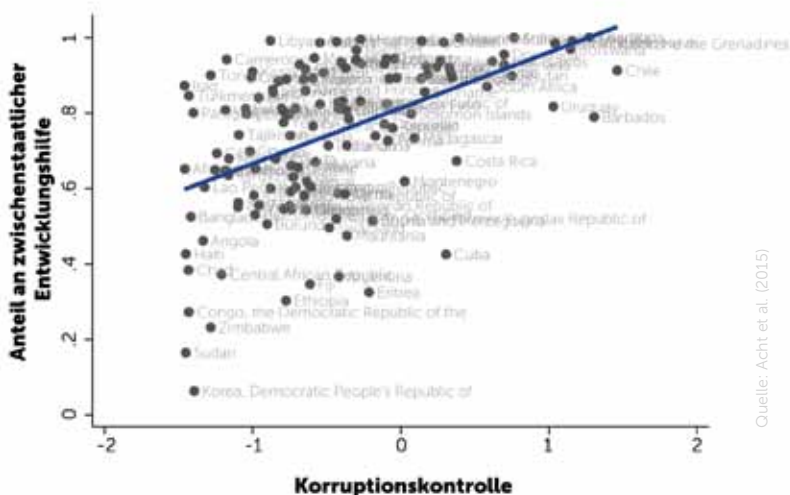
Höhe der Entwicklungshilfe ist, die ein Land bekommt. Vor allem korrupte Länder scheinen keine Nachteile zu haben, ganz im Gegenteil: Alesina und Weder (2002) finden eindeutige Hinweise, dass korrupte Länder sogar mehr Entwicklungshilfe bekommen.

Die häufigste Erklärung dafür ist, dass Geberländer vermeintlich aus Eigeninteresse handeln und beispielsweise auf vertiefende Handelsbeziehungen mit den Empfängerländern hoffen. Eine andere Erklärung ist, dass Geberländer ihre Unterstützung schlecht regierter Länder eher nicht zurückziehen, weil sie vor einem Dilemma stehen: Die Länder, die am meisten Hilfe brauchen, sind häufig auch die mit den schwächsten Institutionen. Ein Weg, dieses Dilemma aufzulösen ist, korrupte Regierungen in den Empfängerländern zu umgehen und Entwicklungshilfe über NGOs oder andere multilaterale Organisationen ins Land zu bringen. Daher untersuchen wir in unserer Studie explizit, welche Rolle die staatlichen Strukturen in den Empfängerländern bei der Entscheidung der Geberländer, ihre Gelder über staatliche oder nicht-staatliche Akteure ins Land zu bringen, spielen.

Unsere Analyse stützt sich auf Daten des OECD Development Assistance Committee's (DAC) Creditor Reporting System (CRS). Wir haben für alle DAC-Mitgliedsländer, die 2008 bilaterale Entwicklungshilfevereinbarungen hatten, den Teil der Entwicklungshilfe, der über staatliche bzw. nicht-staatliche Stellen an ein bestimmtes Empfängerland ausgegeben wurde, berechnet. Durchschnittlich 75 Prozent aller Entwicklungshilfe in 2008 wurde von Staat zu Staat gegeben. Mit anderen Worten: 25 Prozent wurde über nicht-staatliche Akteure verteilt.

Unser wesentliches Kriterium für die Qualität der staatlichen Institutionen der Empfängerländer ist der Korruptionsindex der Weltbank (World Bank's Worldwide Governance Indicators). Korruption erhöht das Risiko, dass Entwicklungshilfegelder von der Regierung unter-

Kontrolle der Korruption in Nehmerländern und Anteil der zwischenstaatlichen Entwicklungshilfe, 2008



sehr darum bemüht, die Bedeutung von guten staatlichen Strukturen hervorzuheben, wenn eine Entwicklungszusammenarbeit angestrebt wird. Trotzdem ist eine der wesentlichen Erkenntnisse der Entwicklungsforschung in den vergangenen Jahren, dass die Qualität der staatlichen Strukturen nicht entscheidend für die

”

Korruption erhöht das Risiko, dass Entwicklungshilfegelder von der Regierung unterschlagen werden, also sollten korrupte Staaten weniger Entwicklungshilfe direkt von staatlichen Akteuren bekommen.

schlagen werden, also sollten korrupte Staaten weniger Entwicklungshilfe direkt von staatlichen Akteuren bekommen. Die Abbildung zeigt, dass Länder mehr Entwicklungshilfe über nicht-staatliche Akteure bekommen, wenn sie die Korruption im Land weitgehend gedeihen lassen. Beispielsweise für Länder wie Somalia oder Sudan, in denen der Korruption kaum Einhalt geboten wird, lag der Anteil an Entwicklungshilfe, die über staatliche Akteure koordiniert wurde, nur bei 4 bzw. 16 Prozent. Im Gegensatz dazu lag dieser Anteil in Ländern wie Bhutan oder Namibia, in denen Korruption besser bekämpft wird, bei rund 90 Prozent.

Unser Ergebnis trägt auch zur Debatte über die Motive der Geberländer bei. Wir interpretieren das Umgehen von schlechten staatlichen Akteuren als Beweis dafür, dass Geberländer nicht so eigennützig handeln, wie man vermuten könnte. Staatliche Akteure im großen Stil zu übergehen ist nur plausibel, wenn zumindest ein gewisser Grad an Altruismus zugrunde gelegt wird, da sich eigene Vorteile durch die Gabe von Entwicklungshilfe am besten direkt mit anderen staatlichen Akteuren aushandeln lassen.

Wenn wir das Übergehen von staatlichen Akteuren aus einer allgemeinen Entwicklungsperspektive analysieren, sind die Motive der Geberländer gar nicht so relevant, sondern es steht vielmehr die Frage im Vordergrund, wie Entwicklungshilfe so eingesetzt werden kann, dass Wirtschaftswachstum entsteht. Unter den Geberländern gibt es den starken Konsens, dass sie sich fortlaufend bei den lokalen Regierungen einbringen sollten, um deren Leistungsfähigkeit zu erhöhen. Beweise dafür, dass Geberländer die institutionellen Strukturen verbessern können, gibt es bisher allerdings nicht. Diese Unsicherheit scheint das Übergehen staatlicher Stellen zu einer rationalen Strategie für Geberländer zu machen, die sich um das Wohl der Menschen in armen, schlecht regierten Ländern sorgen.

AUTOREN



Dr. Toman Barsbai

toman.barsbei@ifw-kiel.de

Expertise

- Internationale Migration
- Entwicklung
- Politische Ökonomie



Prof. Dr. Rainer Thiele

rainer.thiele@ifw-kiel.de

Expertise

- Landnahmen in Afrika
- Allokation und Effektivität der Entwicklungszusammenarbeit

CO-AUTOR

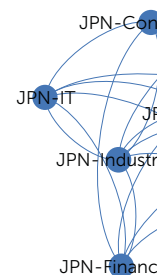
Martin Acht, Bonn Graduate School of Economics (BGSE)

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Acht, Martin, Toman Barsbai und Rainer Thiele (2015). Corrupt Governments Do Not Receive More State-to-State Aid: Governance and the Delivery of Foreign Aid through Non-state Actors. *Journal of Development Economics* 114: 20–33.
- Alesina, Alberto, und Beatrice Weder (2002). Do Corrupt Governments Receive Less Foreign Aid? *American Economic Review* 92 (4): 1126–1137.

AKTIENMÄRKTE: LASSEN SICH RISIKEN IM DEPOT NOCH HINREICHEND DIVERSIFIZIEREN?

Diversifizieren lautet das Zauberwort in wohl allen Anlagetipps zum Thema Aktien. Aber ist dies bei immer enger zusammenrückenden Märkten überhaupt noch möglich? Eine aktuelle IfW-Berechnung zeigt, **DASS ES LANGFRISTIG EIGENTLICH KAUM MÖGLICH IST, SEINE AKTIEN ÜBER DIE VERSCHIEDENEN MÄRKTE ZU STREUEN**, weil die Entwicklung der Märkte schon viel zu parallel läuft.



Aktien gelten grundsätzlich als eine sehr vernünftige Anlageform. Die Schwierigkeit ist, zu entscheiden, welche Aktien ins Depot gehören. Viele private Anleger besitzen nicht nur Aktien von deutschen Firmen, sondern auch Aktien von Unternehmen in anderen europäischen Ländern. Durch den Erwerb von Fonds oder Zertifikaten sind viele Anleger außerdem an der Entwicklung von Aktien in der ganzen Welt beteiligt.

Das ist auch gut so, denn je besser Risiken verteilt sind, desto sicherer ist das Geld insgesamt angelegt. Die Krisen der letzten Jahre haben allerdings gezeigt, dass Einbrüche auf den Aktienmärkten viel zu oft von einem zum anderen Markt überschwappen. Wenn sich also die Aktien in Spanien oder den USA ganz ähnlich verhalten wie hierzulande, was ist dann zu tun?

Um dieses Problem zu beleuchten, haben wir das Verhalten von knapp 4.000 Aktien aus 15 Ländern rund um den Globus untersucht. Dabei haben wir die Aktien nach Sektoren, also dem Betätigungsfeld der Unternehmen, eingeteilt und gemessen, welche Aktien aus welchen Sektoren und aus welchen Ländern sich wie oft ähnlich verhalten haben. Da die Breite der Preisschwankungen an Aktienmärkten im Zeitablauf variiert, mussten wir hierzu ein Verfahren anwenden, das die Korrelation der Preisschwankungen und die Breite der durchschnittlichen Schwankungen berücksichtigt.

Abschließend können wir schätzen, bei welchen Aktien aus allen 15 Ländern sich der Preis oft in die gleiche Richtung bewegt. Die Ergebnisse können wir über alle Aktien in einem Sektor mitteln, und wir können diese Betrachtung auch für unterschiedliche Zeitfenster durchführen. Die Abbildung zeigt die Ergebnisse für den gesamten Untersuchungszeitraum von Mitte 2006 bis Mitte 2013 in einer Darstellung als Netzwerk.

Jeder Punkt in der Abbildung stellt dabei die Aktien in einem der Sektoren in einem der Länder dar. Die Länder sind durch unterschiedliche Farben gekennzeichnet. Die Verbindungslinien zeigen, welche Sektoren sich grundsätzlich ähnlich verhalten. Außer-

dem sind in der Darstellung die Sektoren so angeordnet, dass sich ähnlich verhaltende Sektoren nah beieinander angeordnet sind. Dies erreichen wir durch die Verwendung eines komplexen Algorithmus, mit dessen Hilfe ein Computer die Anordnung berechnet. Sektoren die besonders großen Einfluss in diesem Netzwerk haben, sind etwas größer dargestellt.

Die Ergebnisse dieses Teils der Untersuchung sind eindeutig: Der Großteil der Aktien der westlichen Welt verhält sich, zumindest in der langen Frist, so, als würde es nur einen großen Aktienmarkt geben. Trotzdem sind regionale Strukturen erkennbar; die Sektoren gleicher Farbe, also Aktien aus demselben Land, befinden sich nah beieinander. Für die Aktien aus Indien, China aber auch Japan gilt dies nicht im selben Maße, diese Märkte entwickeln sich meist etwas eigenständiger.

In unserer Untersuchung haben wir noch zwei weitere Aspekte betrachtet: Zum einen haben wir untersucht, welche Sektoren sich bei dieser Analyse besonders hervortun. Wie die Abbildung schon erahnen lässt, sind es insbesondere Aktien aus den Bereichen Energie und Rohstoffe, die für eine schnelle Synchronisation von Aktienmärkten sorgen. Schaut man sich die etwas längere Frist an, gehören auch der Finanzsektor und große Unternehmen aus der Industrie in diese Kategorie, allerdings mit einigem Abstand.

Der zweite Aspekt ist die Frage, wie sich diese Zusammenhänge im Zeitablauf ändern. Hierzu können wir feststellen, dass in Krisenzeiten, also beispielsweise Ende 2008, regionale Strukturen fast vollständig verschwinden können. Das Aktienportfolio durch Diversifizierung zu sichern kann dann sehr schwierig werden. Die Eurokrise war in diesem Zusammenhang interessanterweise kein besonders guter Synchronisationsmechanismus. Die Aktienmärkte wurden von der griechischen Staatsschuldenkrise, zumindest in der mittleren bis langen Frist, zu unterschiedlich beeinflusst. Für den Anleger gab es also noch Möglichkeiten, Verluste im Depot anderweitig abzumildern.

GELDPOLITIK BÜBT IM ANSCHLUSS AN FINANZKRISEN DEUTLICH AN WIRKUNG EIN

Wie wirksam ist Geldpolitik während Finanzkrisen? Wohl kaum eine Frage hat Zentralbanker und die geldpolitische Forschung in den vergangenen Jahren mehr beschäftigt. **EINE AKTUELLE IFW-STUDIE LIEFERT NEUE ERKENNTNISSE:** Zu Beginn von Finanzkrisen wirkt eine expansive Geldpolitik besonders stabilisierend auf das Bruttoinlandsprodukt und die Inflation, vor allem weil Unsicherheit reduziert wird. Im weiteren Verlauf einer Finanzkrise nimmt die Wirksamkeit der Geldpolitik jedoch spürbar ab.

Die Zentralbanken in vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften haben mit einem raschen Absenken ihrer Leitzinsen – vielerorts an die sogenannte Nullzinsgrenze heran – auf die Finanzkrise reagiert. Zudem haben sie einige unkonventionelle Schritte, wie zum Beispiel weitreichende Ankündigungen über ihre zukünftige Geldpolitik sowie die Ausweitung ihrer Bilanzsummen durch den Kauf von Wertpapieren (Quantitative Lockerung), gemacht, um ihre Geldpolitik noch expansiver zu gestalten. Zuletzt hat die Europäische Zentralbank (EZB) ein Programm zur Quantitativen Lockerung aufgelegt und erweitert, um dem aus ihrer Sicht unzureichenden Preisauftrieb im Euroraum zu begegnen. Während die Geldpolitik wohl in erheblichem Maße dazu beigetragen hat, die Finanzmärkte zu Beginn der Finanzkrise zu stabilisieren und ein Abgleiten in eine noch tiefere Krise zu verhindern, besteht eine erhebliche Unsicherheit darüber, welche konjunkturstimulierenden Wirkungen die Geldpolitik seit dem Beginn der Krise insgesamt hatte. Empirische Studien zu diesem zentralen Thema sind bisher rar gesät, und unsere vorliegende Studie stellt den bisher umfassendsten Versuch dar, diese Frage nachzugehen.

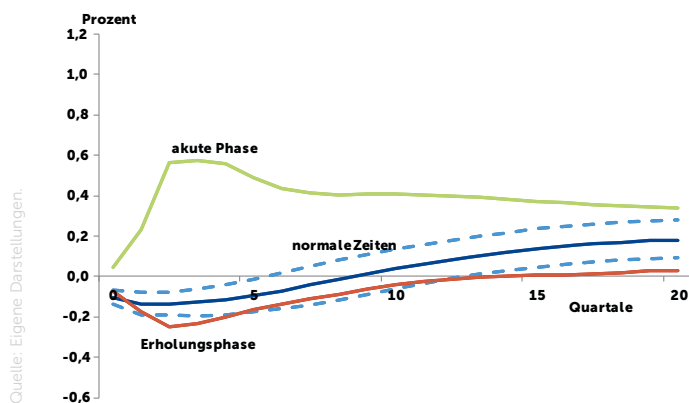
Unsere Analyse beruht auf einem großen Datensatz von 20 fortgeschrittenen Volkswirtschaften für den Zeitraum von 1984 bis 2013. Die Wirkung der Geldpolitik wird mit den in der Literatur etablierten und bewährten Methoden analysiert, allerdings richten wir unseren Blick darauf, ob sich die Wirkung im Verlauf von Finanzkrisen systematisch von der in normalen Zeiten unterscheidet. Zusätzlich unterscheiden wir zwischen zwei Phasen innerhalb von Finanzkrisen, einer akuten Phase und einer Erholungsphase, in der die Volkswirtschaft wieder wächst, aber die Finanzkrise noch nicht vollends überwunden ist. Aus theoretischer Sicht spricht eine Reihe von Gründen dafür, dass sich die geldpolitische Transmission, also die Wirkung auf Wirtschaftseinheiten außerhalb des Bankensektors, in

den unterschiedlichen Phasen von Finanzkrisen von der Transmission in normalen Zeiten unterscheidet. So weisen beispielsweise Finanzmärkte zu Beginn einer Finanzkrise (akute Phase) in der Regel erhebliche Instabilitäten auf, und die Unsicherheit ist in diesen Phasen besonders hoch. Andere Faktoren, wie die im Verlauf einer Finanzkrise für gewöhnlich einsetzenden massiven Anpassungs- und Entschuldungsprozesse, sind eher langwieriger Natur und kommen möglicherweise erst in den Jahren danach voll zum Tragen (Erholungsphase).

Unsere Ergebnisse zeigen, dass die Geldpolitik in der akuten Phase deutlich wirksamer ist als in normalen Zeiten; sie stimuliert das Bruttoinlandsprodukt und die Verbraucherpreisinflation in diesen Phasen signifikant stärker als in normalen Zeiten (siehe Abbildung). In den anschließenden Erholungsphasen zeigt sie dagegen kaum noch Wirkung. Zusätzliche expansive Maßnahmen der Geldpolitik haben keine signifikanten Effekte mehr auf das Bruttoinlandsprodukt und die Inflation. Ursache für diese stark unterschiedlichen Wirkungen der Geldpolitik ist unseren Ergebnissen zufolge, dass es der Geldpolitik in der akuten Phase gelingt, die Unsicherheit spürbar zu reduzieren und die Zuversicht zu stärken. Diese Transmissionskanäle spielen für die Geldpolitik in normalen Zeiten oder in Erholungsphasen von Finanzkrisen hingegen nur eine untergeordnete Rolle. In den Erholungsphasen spielen offenbar andere Faktoren, die die geldpolitische Transmission erheblich behindern, eine größere Rolle, beispielsweise die einsetzenden Entschuldungsprozesse. Mit unserer Studie können wir die scheinbar widersprüchlichen Ergebnisse früherer Studien, die sich zum Teil auf die akuten Phasen und zum Teil auf Erholungsphasen von Finanzkrisen fokussiert haben, miteinander in Einklang bringen.

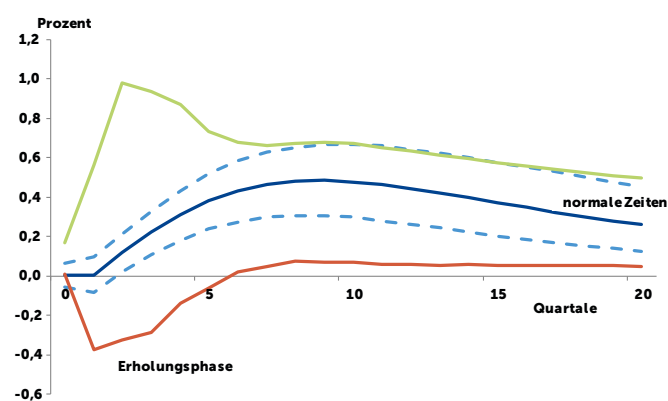
Alles in allem sprechen unsere Ergebnisse dafür, dass die Geldpolitik während der akuten Phase der jüngsten Finanzkrise in den Jahren 2008 und 2009

Wirkung der Geldpolitik auf die Verbraucherpreise



Auswirkungen eines 1-prozentigen negativen geldpolitischen Schocks auf den Verbraucherpreisindex in normalen Zeiten (blau), in der akuten Phase der Finanzkrise (grün) und in der Erholungsphase von Finanzkrisen (rot) in Prozent. Basierend auf einem Panel von 20 fortgeschrittenen Volkswirtschaften von 1984–2013. Die gestrichelten Linien zeigen 90-prozentige Konfidenzintervalle in normalen Zeiten.

Wirkung der Geldpolitik auf das Bruttoinlandsprodukt



Auswirkungen eines 1-prozentigen expansiven geldpolitischen Schocks auf das Bruttoinlandsprodukt in normalen Zeiten (blau), in der akuten Phase einer Finanzkrise (grün) und in der Erholungsphase einer Finanzkrisen (rot) in Prozent. Basierend auf einem Panel von 20 fortgeschrittenen Volkswirtschaften von 1984–2013. Die gestrichelten Linien zeigen 90-prozentige Konfidenzintervalle in normalen Zeiten.

signifikant zur Stabilisierung beigetragen hat und auch in zukünftigen Finanzkrisen in diesen Phasen aggressiv vorgehen sollte. Unsere Ergebnisse werfen allerdings auch Zweifel an der Wirksamkeit der von

vielen Zentralbanken ergriffenen, nachfolgenden Maßnahmen auf. Hier spricht vieles für eine vorsichtiger Vorgehensweise.

AUTOREN



Dr. Nils Jannsen
nils.jannsen@ifw-kiel.de

Expertise

- Geld- und Fiskalpolitik während Finanzkrisen
- Frühwarnmodelle für Finanzkrisen
- Sektorale Investitionen
- Investitionen und Unsicherheit
- Prognosefehler in Abhängigkeit vom Konjunkturzyklus



Galina Potjagailo, M.Sc.
galina.potjagailo@ifw-kiel.de

Expertise

- Geldpolitik in Finanzkrisen
- Transmission und internationale Übertragung von Geldpolitik



Prof. Dr. Maik Wolters
maik.wolters@ifw-kiel.de

Expertise

- Konjunkturmodelle
- Prognosen
- Geldpolitik
- Fiskalpolitik

WELTHANDEL STEIGERT EINKOMMENSUNGLEICHHEIT – AUSGLEICHSMÖGLICHKEITEN GESUCHT

Die Lohnschere zwischen hoch und gering qualifizierten Arbeitnehmern ist in den vergangenen Jahren durch den gestiegenen Handel mit Entwicklungsländern immer weiter aufgegangen. **INWIEWEIT STEUERN UND SUBVENTI-
ONEN DIESER ENTWICKLUNG ENTGEGENWIRKEN KÖNNEN** und welche Auswirkungen dabei zu beachten sind, untersuchen Forscherinnen und Forscher am IfW. Erkenntnisse aus aktuellen Studien zeigen, dass es nicht leicht ist, Lösungsansätze ohne Zielkonflikte zu entwickeln.

Im Laufe der vergangenen 20 Jahre gab es einen massiven Anstieg der Einkommensungleichheit in den Industrienationen. Beispielsweise stieg der Gini-Koeffizient, ein oft verwendetes Maß für Einkommensungleichheit, in den USA und Deutschland um vier Prozent. Viele Ökonomen und Politiker führen diesen Anstieg in der Einkommensungleichheit auf den massiv gestiegenen Handel zwischen Industrienationen und Entwicklungsländern zurück. Während 1980 gerade einmal ein Prozent der weltweiten Exporte in der Verarbeitenden Industrie aus China kamen, waren es 2010 mehr als 15 Prozent. Empirische Studien zeigen, dass durch den starken Handel mit China zwar die Produktion in den Industrienationen steigt, die Gewinne aus diesem Handel aber sehr ungleich auf die verschiedenen Bevölkerungsgruppen verteilt werden.

Lechthaler und Mileva (2013) zeigen, dass Handelsliberalisierung in einem Industrieland zu einem Anstieg der Einkommensungleichheit führt, wenn dieses aufgrund besserer Ausbildungsmöglichkeiten einen komparativen Vorteil bei der Produktion von wissensintensiven Gütern hat.

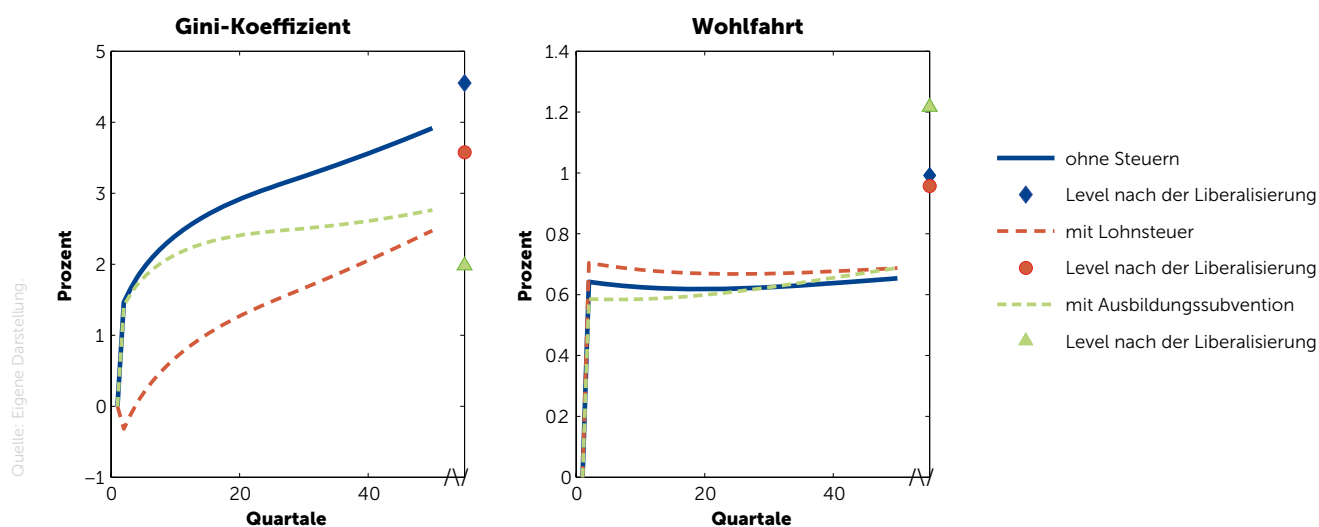
Der komparative Vorteil bewirkt, dass sich Industrieländer auf wissensintensive Sektoren spezialisieren und deren Produkte exportieren – zu Lasten von Sektoren, welche eine vergleichsweise geringe Qualifikation erfordern. In diesen geht die Produktion zurück und der Konsum wird teilweise durch vermehrte Importe gedeckt. Kurzfristig steigt die Nachfrage nach Arbeitskräften in den wissensintensiven Sektoren, während sie in den Importsektoren zurückgeht, so dass sich die Löhne in den Sektoren auseinanderentwickeln. Auf mittlere bis lange Sicht steigt die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften. Dies führt einerseits dazu, dass die Lohndifferenz zwischen qualifizierten und unqualifizierten Arbeitern zunimmt, andererseits dazu, dass mehr Arbeiter in Ausbildung investieren.

Trotz der gesamtwirtschaftlichen Vorteile durch

mehr globalen Handel wird die damit verbundene Zunahme bei der Einkommensungleichheit von Politikern und der allgemeinen Öffentlichkeit häufig als unerwünscht empfunden. Studien zeigen, dass Länder mit stärkerem Außenhandel tendenziell mehr Einkommen umverteilen. In einer aktuellen Studie untersuchen Lechthaler und Mileva (2014) eine Vielzahl von Politikinstrumenten, die den Anstieg der Ungleichheit reduzieren können. Die Ergebnisse zeigen, dass fast alle möglichen Instrumente einen Zielkonflikt beinhalten: Wenn es gelingt, die Ungleichheit unmittelbar zu verringern, verlangsamt dies den Anpassungsprozess nach der Handelsliberalisierung. Arbeiter haben dann geringere Anreize, in die expandierenden Exportsektoren zu wechseln.

Zwei prominente Beispiele für die untersuchten Politikmaßnahmen sind Sondersteuern auf höhere Löhne und Ausbildungssubventionen. Die Effekte der beiden Instrumente auf Einkommensungleichheit und die allgemeine Wohlfahrt sind in der Abbildung dargestellt. Die blaue Linie zeigt die Entwicklung ohne begleitende Politikmaßnahmen, so steigt der Gini-Koeffizient beispielsweise nach 5 Jahren um nahezu drei Punkte. Der Effekt der Politikmaßnahmen kann durch einen Vergleich der Kurven gemessen werden, so verschieben z.B. beide Politikmaßnahmen den Gini-Koeffizienten nach unten.

Für die Berechnungen wurde angenommen, dass die Regierung die Lohnsteuer für gut ausgebildete Arbeitnehmer um 0,63 Prozent erhöht und die generierten Einnahmen dazu verwendet, um unqualifizierten Arbeitnehmern eine Lohnsubvention zu zahlen. Naturgemäß verringert diese Maßnahme direkt die Lohnungleichheit, sie birgt allerdings einen gewichtigen Nachteil: Wenn Ausbildung weniger gut entlohnt wird, reduziert dies den Anreiz, in die eigene Bildung zu investieren. Daher ergeben sich in Bezug auf die Gesamtwohlfahrt zwei gegensätzliche Effekte. Einer-

Effekt einer Lohnsteuer und einer Ausbildungssubvention

Beide Variablen werden in prozentualer Veränderung gegenüber dem Level vor der Handelsliberalisierung dargestellt. Wohlstand wird durch den durchschnittlichen Gegenwartswert pro Arbeiter gemessen. Auf der horizontalen Achse ist die Zeit abgetragen, auf der vertikalen Achse die relative Veränderung von Ungleichheit und Wohlfahrt im Vergleich zum Zustand vor dem Abkommen zur Handelsliberalisierung.

seits erhöht die Umverteilung der Einkommen die allgemeine Wohlfahrt, weil die Konsummöglichkeiten gleichmäßiger verteilt sind. Andererseits reduziert die Umverteilung die allgemeine Wohlfahrt, weil Bildungsinvestitionen zu gering ausfallen. Wie zu sehen ist, dominiert langfristig der zweite Effekt: Eine Umverteilung über eine Lohnsteuer auf höhere Löhne reduziert die Wohlfahrt.

Obwohl beide Instrumente in die gleiche Richtung zielen, wirken Ausbildungssubventionen grundsätzlich anders. Dargestellt werden die Effekte einer permanenten Ausbildungssubvention von fünf Prozent der Kosten der Ausbildung. Kurzfristig hat eine solche Subvention wenige Auswirkungen auf die Lohnungleichheit. In der mittleren Frist steigt der Anteil an gut ausgebildeten Arbeitern. Das führt zu einer Reduktion des Lohnzuschlags für eine gute Ausbildung und damit zu einer Reduktion der Einkommensungleichheit. In der ganz kurzen Frist verringert sich die Wohlfahrt, da etwas zu viel in Ausbildung investiert wird und der Effekt auf Lohnungleichheit sehr gering ist. Mittel- bis langfristig führt die Ausbildungssubvention aber zu höheren Wohlfahrtsgewinnen.

Eine Herausforderung bei Politikinstrumenten zur Reduktion von Einkommensungleichheit ist, dass sie kurz- und langfristig sehr unterschiedliche Auswirkungen haben können und der ganze Anpassungsprozess berücksichtigt werden muss. Um die Ungleichheit sowohl auf kurze als auch auf lange Sicht zu reduzieren, ist der Einsatz mehrerer Instrumente notwendig.

AUTOREN

Wolfgang Lechthaler, Ph.D.
wolfgang.lechthaler@ifw-kiel.de

Expertise

- Geldtheorie und Geldpolitik
- Arbeitsmarktkonomik
- Außenhandelstheorie



Dr. Mariya Mileva, Ph.D.
mariya.mileva@ifw-kiel.de

Expertise

- Internationale Makroökonomie, internationaler Handel, internationale Finanzen
- Makroökonomische Geldpolitik
- Arbeitsmärkte

WIE DER GROßVATER, SO DER ENKEL? BILDUNGSMOBILITÄT IN DEUTSCHLAND ÜBER DREI GENERATIONEN

Mein Opa der Tellerwäscher, ich der Millionär? In Deutschland ist dieses Szenario eher unwahrscheinlich, wie eine neue Datenanalyse zur intergenerationalen Mobilität zeigt. Bei dieser Arbeit, die Daten aus drei Generationen auswertet, zeigt sich, **DASS DER ZUSAMMENHANG ZWISCHEN DEM BILDUNGSNIVEAU DER GROßELTERN UND DEM DER ENKEL DEUTLICH HÖHER IST**, als Studien, die nur je zwei Generationen vergleichen, vermuten lassen.

Je höher die Bildung der Großeltern, desto höher die Bildung der Enkel. Zu diesem Ergebnis kommt unsere aktuelle Studie (Braun und Stuhler, 2015), für die wir detaillierte Daten über Lebensverläufe in Deutschland ausgewertet haben. Der Zusammenhang zwischen der Bildung von Großeltern und Enkeln ist dabei deutlich stärker als bislang vermutet. Für jedes zusätzliche Jahr, das der Großvater zur Schule gegangen ist, steigt die Schulzeit der Enkel um durchschnittlich 0,42 Jahre.

Bisherige Studien zur intergenerationalen Mobilität betrachten zumeist nur zwei Generationen: Eltern und ihre Kinder. Dagegen wissen wir wenig darüber, ob Ungleichheiten im Arbeitsmarkt- oder Bildungserfolg auch nach mehreren Generationen noch sichtbar sind. Der Grund dafür ist einfach: Nur sehr wenige Datensätze zeichnen den Arbeitsmarkt- oder Bildungserfolg von drei oder mehr Generationen einer Familie nach.

”

Für jedes zusätzliche Jahr, das der Großvater zur Schule gegangen ist, steigt die Schulzeit der Enkel um durchschnittlich 0,42 Jahre.

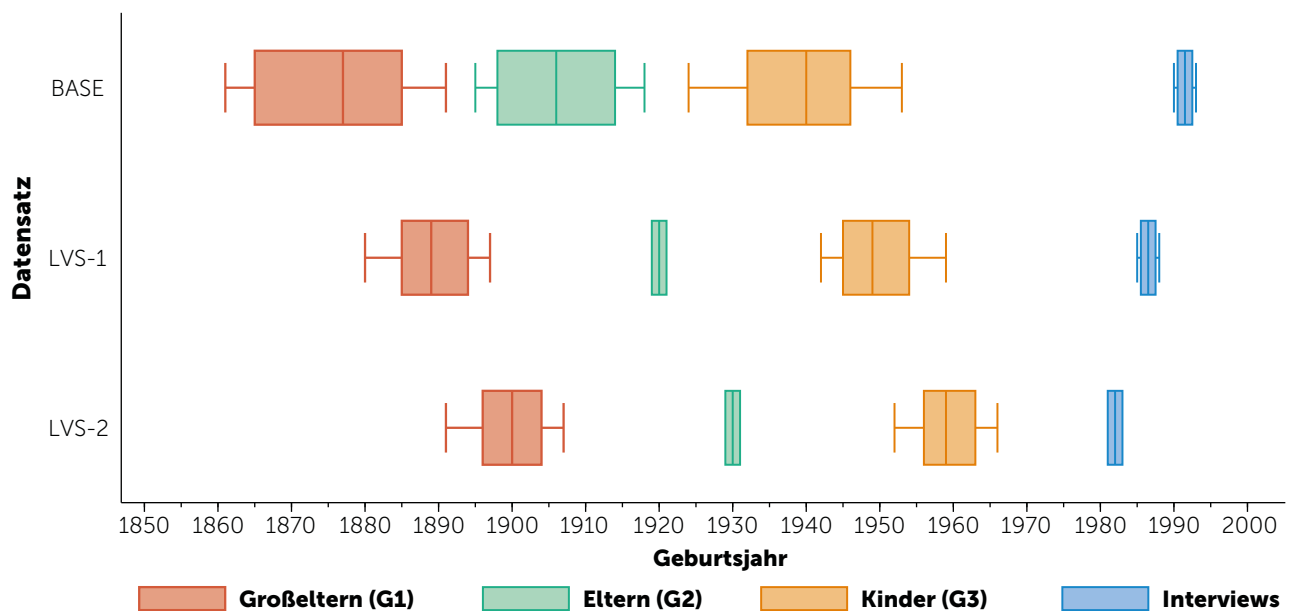
Um trotzdem etwas zur langfristigen Mobilität aussagen zu können, wurden bislang die Erkenntnisse zur Mobilität zwischen zwei Generationen herangezogen. Ein Beispiel: Hertz (2006) berichtet, dass die intergenerationale Einkommenselastizität, die den Zusammenhang zwischen dem Einkommen der Eltern und ihrer Kinder misst, in den USA 0,47 und in Dänemark 0,15

beträgt. Dies bedeutet, dass sich in den USA 47 Prozent und in Dänemark 15 Prozent der Einkommensunterschiede der Eltern auf ihre Kinder überträgt. Was folgt daraus für die Enkelgeneration? Hertz rechnet vor, dass in den USA nach drei Generationen noch 22 Prozent (oder $0,47 \text{ mal } 0,47$) der ursprünglichen Einkommensunterschiede sichtbar sind. In Dänemark sind es lediglich 2 Prozent ($0,15 \text{ mal } 0,15$).

Aber geht diese Rechnung auf? Und wie hoch ist die langfristige Mobilität in Deutschland? Um diese Fragen zu beantworten, haben wir Daten der Berliner Altersstudie (BASE) und der Deutschen Lebensverlaufsstudie (LVS) ausgewertet. Beide Studien befragen die TeilnehmerInnen nicht nur nach ihrem eigenen Arbeitsmarkt- und Bildungserfolg, sondern auch nach dem ihrer Eltern und Kinder. Uns stehen daher Daten zu drei Generationen zur Verfügung: Die erste Generation (G1) sind die Eltern der Befragten, die zweite Generation (G2) sind die Befragten selber und die dritte Generation (G3) sind ihre Kinder (siehe Grafik).

Die Berliner Altersstudie und die Deutsche Lebensverlaufsstudie betrachten dabei unterschiedliche Geburtskohorten. Die Berliner Altersstudie befragte in den Jahren 1990–93 Menschen, die zwischen 1883 und 1922 geboren wurden und zum Befragungszeitraum in Westberlin wohnten. Die Lebensverlaufsstudie betrachtet nicht nur Westberlin, sondern ganz Westdeutschland. Die erste Welle (LVS-I) befragte Menschen der Geburtskohorte 1919–21, die zweite Welle (LVS-2) Menschen der Geburtskohorte 1929–31. Entsprechend unterscheiden sich auch die Geburtsjahre der ersten und dritten Generation (siehe Grafik).

Unsere Ergebnisse zeigen, dass für alle betrachteten Geburtskohorten der Zusammenhang zwischen der Bildung von Großeltern und Enkeln hoch ist. In den

Datensätze und Geburtskohorten

Quelle: Eigene Darstellung.

BASE-Daten steigen die Schuljahre der Enkel mit jedem Schuljahr des Großvaters um 0,34 Jahre, im LVS-I um 0,43 Jahre und im LVS-II sogar um 0,48 Jahre. Vergleichbare Schätzungen für Schweden, die Lindahl et al. (2015) kürzlich veröffentlicht haben, sind deutlich geringer. Mit anderen Worten: Der Zusammenhang zwischen der Bildung von Großeltern und Enkeln ist in Deutschland deutlich stärker als in Schweden.

Und noch etwas zeigt sich: Schätzungen zur Mobilität zwischen zwei Generationen lassen nur sehr bedingt Rückschlüsse auf die langfristige Mobilität zu. So steigen in unseren Daten die Schuljahre der Kinder mit jedem Schuljahr der Eltern um durchschnittlich 0,56 Jahre. Würden wir, wie in Studien mit Daten aus nur zwei Generationen üblich, diesen Wert einfach mit sich selbst multiplizieren, kämen wir auf einen Wert, der deutlich niedriger liegt als der tatsächlich beobachtete Zusammenhang zwischen der Bildung von Großeltern und Enkeln.

AUTOR**Dr. Sebastian T. Braun**

sebastian.braun@ifw-kiel.de

Expertise

- Internationale Wirtschaft
- Arbeitsmarktkonomie
- Wirtschaftsgeschichte

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Braun, Sebastian, und Jan Stuhler (2015). The Transmission of Inequality Across Multiple Generations: Testing Recent Theories with Evidence from Germany. Unveröffentlichtes Manuskript.

BERATUNG

Fakten, Zahlen und Einordnungen zu den Schlagzeilen: QE, TTIP und Griechenland – die Themen 2015 unserer Politikberatung ...





... unsere Aufgabe ist nicht nur die reine wissenschaftliche Forschung, sondern auch die Einordnung von politischen Entscheidungen mit allen Konsequenzen – positiven wie negativen, langfristigen und kurzfristigen. Dafür kooperieren wir eng mit Ministerien und anderen Entscheidungsträgern, beteiligen uns an Konferenzen und sind in wirtschaftspolitischen Netzwerken aktiv. Dazu kommen regelmäßige Analysen und Prognosen sowie spezielle Studien zu aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen.

TREATY SHOPPING BEIM INVESTORENSCHUTZ

Nachdem sich die öffentliche Debatte um die Transatlantische Handels- und Investitions-Partnerschaft (TTIP) zunächst auf das Chlorhühnchen konzentriert hatte, rückt mittlerweile das sogenannte Investor State Dispute Settlement (ISDS) in den Vordergrund – und das zu Recht.

Das Zentrum Wirtschaftspolitik zeigt in einer aktuellen Studie, **DASS DIE IN INVESTITIONSSCHUTZABKOMMEN VEREINBARTEN PRIVATEN SCHIEDSGERICHTE ZUNEHMEND DURCH MULTINATIONALE UNTERNEHMEN MISSBRAUCHT WERDEN.**

Das Ziel der Unternehmen ist dabei eindeutig: Sie wollen ungerechtfertigte Schadensersatzzahlungen gegen die Gastländer ihrer Investitionen durchsetzen. Eine bevorzugte Methode dabei ist das sogenannte „Treaty Shopping“, also die Klageerhebung über Tochtergesellschaften, die selbst nicht geschädigt sind, die aber in einem Land residieren, das mit dem beklagten Land ein Investitionsschutzabkommen abgeschlossen hat.

Einen intensiv diskutierten Fall von Treaty Shopping bietet das US-Unternehmen Philip Morris, das sich gegen ein australisches Gesetz zur Wehr setzt, nach dem Verpackungen von Zigaretten einheitlich sein müssen und keinen Hinweis auf den Hersteller enthalten dürfen. Philip Morris kann seine Klage nicht auf ein Investitionsschutzabkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Australien stützen, weil es ein solches Abkommen gar nicht gibt. Deshalb verlagerte Philip Morris seine Markenrechte für Australien an ein Tochterunternehmen in Hongkong, und zwar erst nachdem das Plain-Packaging-Vorhaben der australischen Regierung bekanntgeworden war. Jetzt kann sich Philip Morris auf ein älteres Investitionsschutzabkommen zwischen Hongkong und Australien stützen, das für solche Fälle nie gedacht war.

Offen geblieben war in der Literatur bisher, ob dieser und zwei bis drei weitere viel zitierte Fälle die Spitze des Eisberges darstellen oder bereits den ganzen Eisberg ausmachen. Um nähere Aufschlüsse darüber zu erlangen, haben wir für unsere Studie zahlreiche, vor internationalen Schiedsgerichten ausgefochtene Fälle daraufhin überprüft, ob bei ihnen eindeutige Hinweise auf missbräuchliches Treaty Shopping vorliegen. Dabei haben wir nach intensiver Recherche etwa ein Dutzend Fälle herausgegriffen, in denen der Schaden, den die klagende Unternehmenseinheit geltend macht, eindeutig nicht am Sitz dieser Einheit angefallen ist. Für diese Fälle ergaben sich folgende Ergebnisse:

In der deutlichen Mehrzahl der Fälle konnten die Unternehmen ihr Treaty Shopping erfolgreich vor den privaten Schiedsgerichten durchsetzen. Nur in wenigen Fällen haben sich die Schiedsrichter die Unternehmensstruktur genauer angeschaut und wegen offenkundigen Missbrauchs ihre Zuständigkeit verneint.

Missbräuchliches Treaty Shopping scheint eher ein Problem von bilateralen als von multilateralen Investitionsschutzabkommen zu sein.

Im Rahmen der NAFTA (North American Free Trade Agreement) beispielsweise konnten wir nur einen einzigen Fall identifizieren, während die unter anderem auch von Deutschland ratifizierte Energie-Charta intensiv für Schadensersatzklagen genutzt wird.

Die Niederlande mit ihrem weitreichenden Netz an Schutzabkommen und vorteilhaften Regelungen scheinen den Investoren besonders günstige Bedingungen für Treaty Shopping zu bieten. Von unseren Fallstudien beziehen sich immerhin fünf auf dieses Land. Auch im entsprechenden Register bei den Vereinten Nationen (UNCTAD-Register) über ISDS-Streitfälle kommen auffällig viele klagende Investoren aus den Niederlanden; das Land liegt dort an zweiter Stelle hinter den Vereinigten Staaten.

Als Ersatz für die privaten Schiedsgerichte, die hinter verschlossenen Hotelzimmertüren tagen, halten wir die Gründung eines internationalen Investitionsgerichtshofs für sinnvoll. Dieser wäre in der Lage, mit international anerkannten und allgemein akzeptierten Richtern zu abgewogenen Urteilen zu gelangen und eine Kontinuität in der Rechtsprechung zu entwickeln. Auf diese Weise könnte das Treaty Shopping, das zunehmend dazu beiträgt, den internationalen Investorenschutz zu diskreditieren, besser im Zaum gehalten werden.



Umstrittenes Abkommen: Auch bei Sitzungen des Europäischen Parlaments ist es zu Protesten gegen TTIP gekommen. Der Investorenschutz ist hierbei immer mehr in den Fokus gerückt.

AUTOR



Prof. Dr. Henning Klodt

Leiter des Zentrums
henning.klodt@ifw-kiel.de

Expertise

- Ursachen und Auswirkungen der Globalisierung
- Strukturwandel und Arbeitsmarkt

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Klodt, Henning, und Stefanie Lang (2015). Treaty Shopping beim Investorenschutz. *Wirtschaftsdienst* 95 (7): 482–486.
<http://www.wirtschaftsdienst.eu/archiv/jahr/2015/7/treaty-shopping-beim-investorenschutz/>

GRIECHENLAND: RETTUNG OHNE ENDE?

Déjà-vu: Auch mit dem mittlerweile dritten Rettungspaket für Griechenland bestehen **ERHEBLICHE ZWEIFEL AN EINER WIRKLICHEN RETTUNG DES HOCHVERSCHULDETEN LANDES.**

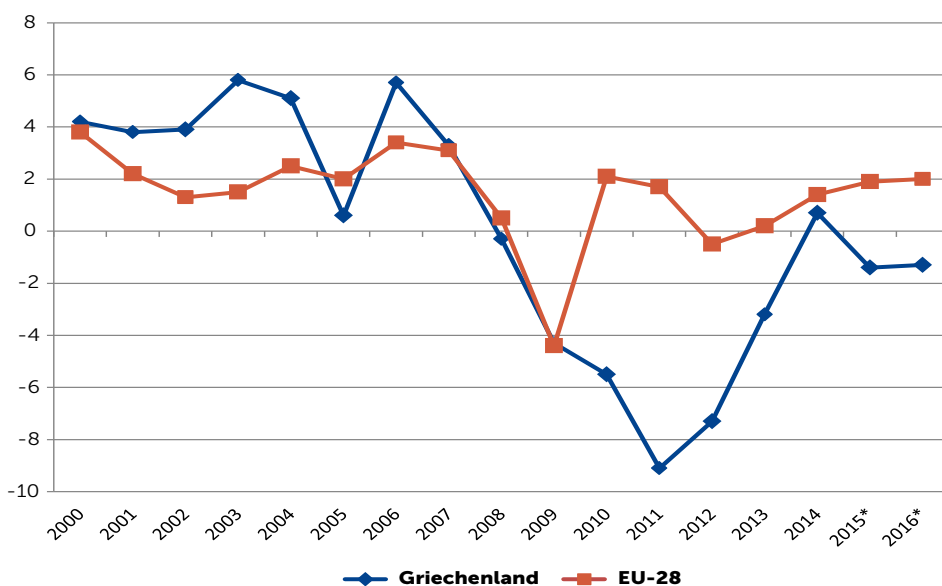
„Ownership“ – eine wirkliche und nachhaltige Identifikation mit den Reformzielen – und „Outsourcing“ – die Bereitschaft, Hilfe von ausländischen Experten bei der Umsetzung anzunehmen – könnten die Griechen aus dem endlosen Rettungsprozess befreien.

Die Rettungsbemühungen von Euroländern und dem Internationalen Währungsfond (IWF) für Griechenland waren angesichts der dramatischen Zuspitzungen im Jahr 2015 erneut ein Schwerpunktthema des Zentrums Wirtschaftspolitik. Noch im Jahr 2014 hatte sich die Lage in Griechenland langsam stabilisiert. Für 2015 wurde sogar ein Wachstum von fast drei Prozent prognostiziert. Mit dem Amtsantritt des Regierungsbündnisses aus Syriza und Anel wurde der Reformprozess allerdings weitgehend ausgesetzt. Der politische Stillstand und der Konfrontationskurs der neuen Regierung gegenüber den Kreditgebern beendete die Hoffnung auf baldige Erholung. 2015 wurde allenfalls ein Nullwachstum erreicht und die EU-Kommission geht in ihrer Winter-

Seit Ausbruch der Krise im Jahr 2010 haben wir immer wieder in mehreren Analysen zur griechischen Wirtschaft auf die grundlegenden Strukturschwächen und Reformdefizite Griechenlands hingewiesen, die das Land in den letzten 30 Jahren nicht überwinden konnte. Auch 2015 waren die Befunde ernüchternd: Griechenland fehlen nach wie vor international wettbewerbsfähige Wirtschaftsstrukturen. Das Land leistet sich weiterhin einen überdimensionierten öffentlichen Dienst, während wertschöpfungsstarke Güter- und Dienstleistungsbranchen kaum vorhanden sind. Die wieder gestiegene Nachfrage nach touristischen Dienstleistungen ändert an dieser Strukturschwäche nichts. In- und ausländische Investoren machen unverändert einen Bogen um den Standort Griechenland.

Das griechische Dilemma besteht darin, dass die vorhandenen Strukturen nicht geeignet sind, ein Wohlstandsniveau aufrechtzuerhalten, an das sich die griechische Bevölkerung seit dem nachfragegetriebenen Boom in den 2000er Jahren gewöhnt hat. Die Tsipras-Regierung hatte noch zu Beginn des Jahres 2015 eine Rückkehr zu den guten Jahren ohne Reformen und Einschnitte versprochen, dabei die anhaltende Strukturschwäche und die de facto Zahlungsunfähigkeit des griechischen Staates ausgeblendet. Letztendlich musste die griechische Regierung auf Druck der Gläubiger und der akuten Zahlungsprobleme in ein drittes Rettungsprogramm mit frischem Geld, aber nicht minder strengen Auflagen einwilligen.

Wirtschaftswachstum in Griechenland und der EU 2000–2016



Quelle: European Commission (2015), European Economic Forecast, Autumn 2015, European Economy Institutional Paper 11/2015, Brussels.

prognose 2016 weiterhin von einer Schrumpfung der griechischen Wirtschaft für 2016 aus. Die für 2017 prognostizierte Erholung ist hingegen mit einem großen Fragezeichen zu versehen.

Doch der Erfolg des im August 2015 vereinbarten dritten Rettungsprogramms erscheint fraglich. Die neuen Vereinbarungen vermitteln Déjà-vu-Erlebnisse:

”

Das griechische Dilemma besteht darin, dass die vorhandenen Strukturen nicht geeignet sind, ein Wohlstandsniveau aufrechtzuerhalten, an das sich die griechische Bevölkerung seit dem nachfragegetriebenen Boom in den 2000er Jahren gewöhnt hat.

Es finden sich alle Reformbaustellen der letzten fünf Jahre wieder. Der Reformbedarf Griechenlands betrifft nach wie vor die Steigerung der Wettbewerbsintensität auf den Güter- und Dienstleistungsmärkten, die Flexibilisierung und Öffnung der Arbeitsmärkte sowie die Vereinfachung des Steuersystems. Eine finanzielle Entlastung des Staates bei den Altersbezügen, die fehlende Durchsetzbarkeit von Verträgen und das unzulängliche Katasterwesen sind ebenfalls Reformbaustellen geblieben. Auch für den Privatisierungsprozess soll ein neuer Anlauf mit ehrgeizigen Erlöszielen genommen werden. Die völlige Überforderung der griechischen Staatsverwaltung bei der Durchführung komplexer Reformen wurde als Problem erkannt, weshalb erneut eine Verwaltungsstrukturreform in die Agenda aufgenommen wurde.

Doch bleibt Skepsis: Entscheidend für einen Reformersfolg wäre die Identifikation der griechischen Regierung mit den Reformzielen und -maßnahmen – „Ownership“ wäre gefragt. Dieses politische Signal fehlt bislang. Aber selbst bei politischer Unterstützung des Reformprozesses bliebe das Problem der überforderten Staatsverwaltung. Deshalb haben wir die Idee eines „Outsourcing“ des Reformprozesses wiederholt. Trotz der erklärten Bereitschaft, ausländische Experten für die einzelnen Reformprojekte heranzuziehen, beharrt die griechische Politik unverändert auf ihrer Souveränität bei der Steuerung und Umsetzung der Reformmaßnahmen. Daher sollte ein Entgegenkommen der Gläubiger bei der Wiederherstellung der griechischen Schuldentragfähigkeit eng mit einem überprüfbaren und nachhaltigen Reformprozess verknüpft bleiben. Sonst wird die Rettung Griechenlands auch im dritten Anlauf nicht gelingen.

AUTOREN



Dr. Klaus Schrader

klaus.schrader@ifw-kiel.de

Expertise

- Krisenländer in der EU
- Aussenwirtschaftliche Integration in der erweiterten EU
- Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsentwicklung



David Benček

david.bencek@ifw-kiel.de

Expertise

- Schuldentragfähigkeit
- Institutioneller Wandel

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Schrader, Klaus, David Benček und Claus-Friedrich Laaser (2015). Die griechische Tragödie: Neue Episode oder Exodus? Kiel Policy Brief 89. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.

QUANTITATIVE LOCKERUNG, STAATSANLEIHEN UND INFLATION – IFW BERÄT DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT

Das IfW sitzt mit am Tisch: Viermal im Jahr tritt das Europäische Parlament in einen geldpolitischen Dialog mit der Europäischen Zentralbank (EZB). Seit vergangenem Jahr wird dieser Dialog durch das IfW wissenschaftlich begleitet. Unsere Experten erstellen im Vorfeld Expertisen zu aktuellen geld- und währungspolitischen Fragestellungen und präsentieren die Ergebnisse bei Anhörungen in Brüssel. Je nach Thema stellen wir für die einzelnen Gutachten Expertenteams vor allem aus dem Prognosezentrum sowie dem Forschungsbereich „Makroökonomische Politik“ zusammen. **IM JAHR 2015 HAT DAS IFW VIER EXPERTISEN VORGELEGT.** – Eine Zusammenfassung von Nils Jannsen.

Klaus-Jürgen Gern, Nils Jannsen, Stefan Kooths und Maik Wolters (März 2015) zum Thema

ERFAHRUNGEN ZUR QUANTITATIVEN LOCKERUNG IN ANDEREN LÄNDERN (USA, UK, JAPAN)

Mehrere Zentralbanken, zuletzt die EZB, haben Programme zur Quantitativen Lockerung eingeleitet, um ihre Geldpolitik nach Erreichen der Nullzinsgrenze nochmals expansiver auszurichten. Diese Programme sehen in der Regel den Aufkauf von Staatsanleihen oder anderen Wertpapieren vor. Aus theoretischer Sicht kann Quantitative Lockerung über mehrere Kanäle wirken. Hierzu müssen allerdings bestimmte Bedingungen erfüllt sein. Ein wichtiger Kanal besteht in der Abwertung der heimischen Währung; dies gelingt nur, wenn nicht zugleich andere Zentralbanken einen ähnlichen Kurs verfolgen. Andernfalls können problematische Abwertungswettläufe die Folge sein. Aus empirischer Sicht ist die Unsicherheit über die Wirkung der Programme zur Quantitativen Lockerung sehr hoch. Alles in allem spricht einiges dafür, dass die Programme zu den Hochzeiten der Finanzkrise am wirksamsten waren und spürbar zur Stabilisierung der Konjunktur beitragen konnten, insbesondere weil sie die Unsicherheit an den Finanzmärkten reduziert haben. Jüngere Programme haben aber wohl deutlich an Wirkung verloren. Gleichzeitig bietet die Quantitative Lockerung nicht nur Chancen, sondern birgt auch Risiken, die zu einem Gutteil denen von ausgeprägten Phasen sehr niedriger Zinsen ähneln. Diese Risiken sind noch schwieriger zu quantifizieren als die konjunkturstimulierende Wirkung und würden sich zudem wohl erst in der mittleren bis langen Frist materialisieren. Angesichts der zweifelhaften positiven Wirkungen der fortgesetzten Programme zur Quantitativen Lockerung dürften diese einer Kosten-Nutzen-Rechnung jedoch nur schwerlich standhalten.

Jens Boysen-Hogrefe, Salomon Fiedler, Nils Jannsen, Stefan Kooths, Claire A. Reicher und Stefan Reitz (Juni 2015) zum Thema

STAATSANLEIHEKÄUFE UND RISIKOVERTEILUNG

Die Europäische Zentralbank hat im März 2015 ein umfassendes Programm zur Quantitativen Lockerung eingeführt. Dieses sieht vor, Wertpapiere, insbesondere Staatsanleihen, im Wert von mehr als einer Billion Euro aufzukaufen, um so ihre Geldpolitik noch expansiver zu gestalten. Mit der Aufnahme dieser Wertpapiere in ihre Bilanzen geht die EZB erhebliche Risiken ein. Diese sind zum einen finanzieller Natur, da sie erhebliche Verluste erleiden könnte, wenn einige dieser Wertpapiere an Wert einbüßen oder gar ausfallen. Zum anderen sind sie politischer Natur, insbesondere wenn sich die EZB in ihrer Geldpolitik davon leiten ließe, größere Verluste zu vermeiden oder gar im Falle massiver Verluste ihre Unabhängigkeit in Gefahr geriete. Brisant sind die Käufe staatlicher Wertpapiere vor allem, weil sie das Eurosystem dem Vorwurf der monetären Staatsfinanzierung aussetzen. Durch verschiedene Richtlinien versucht die EZB diesen Problemen zu begegnen. So sollen 80 Prozent der Risiken von den jeweiligen nationalen Zentralbanken übernommen werden. Im Falle eines Staatsbankrottes würden dann die Ausfälle nicht unmittelbar auf alle Länder verteilt, sofern die Reserven der Zentralbank des insolventen Landes groß genug sind. Unsere Simulationen zeigen, dass das Eurosystem durch den Aufkauf in realistischen Szenarien zwar erhebliche Verluste erleiden könnte; allerdings wären die Reserven des Eurosystems selbst für den Extremfall eines Totalverlustes ausreichend. Hiermit würde allerdings ein einmaliger Ewigkeitswert aufgezehrt. Die EZB hat ferner angekündigt, Staatsanleihen nur am Sekundärmarkt und nur bis zu einem solchen Anteil der jeweiligen Tranchen aufzukaufen, der ihr keine Sperrminorität im Insolvenzfall gäbe. Inwiefern hierdurch dem Vorwurf der monetären Staatsfinanzierung begegnet werden kann, ist indes zweifelhaft. Trotz der von der EZB erlassenen Einschränkungen für die in Frage kommenden



Blick auf das Gebäude des Europäischen Parlaments an der Ill in Straßburg

Wertpapiere ergibt eine Analyse des Marktes für Staatsanleihen, dass das bisher angekündigte Programm mit all seinen Risiken im Großen und Ganzen gestemmt werden kann. Eine deutliche Ausweitung – wie sie derzeit diskutiert wird – erforderte jedoch eine Aufweichung der bisherigen Regularien, wodurch auch die Risiken zunehmen.

Salomon Fiedler, Nils Jannsen, Stefan Reitz und Maik Wolters (November 2015) zum Thema

GLOBALISIERUNG UND INFLATIONSKONTROLLE DURCH DIE ZENTRALBANKEN

Die Globalisierung kann die Inflation und die Wirkung der Geldpolitik auf die Inflation auf vielfältige Art und Weise beeinflussen. So beeinflusst ein intensiverer internationaler Wettbewerb die Preissetzung von Unternehmen und damit auch die Inflation. Auch nimmt die Bedeutung des internationalen Handels und weltumspannender Wertschöpfungsketten für die Konjunktur zu, und Wechselkurse, internationale Kapitalströme sowie Fragen der Finanzmarktstabilität gewinnen zunehmend an Bedeutung für die Geldpolitik. Diese Faktoren wirken zum Teil in entgegengesetzte Richtungen. Alles in allem ist es für Zentralbanken jedoch eher schwieriger geworden, die Inflation kurzfristig auf ihrer Zielmarke zu halten. Zum einen werden ihre Werkzeuge in der Tendenz stumpfer. Zum anderen treten zunehmend Fragen der internationalen Kapitalströme und der Finanzstabilität bei geldpolitischen Entscheidungen in den Vordergrund, so dass die Zentralbanken das Preisstabilitätsziel de facto in einem etwas flexibleren Rahmen verfolgen dürften. Praktisch bedeutet dies, dass die Geldpolitik eher dazu bereit ist, Abweichungen vom Inflationsziel zu akzeptieren. Dies gilt zumindest so lange, wie die Inflationserwartungen fest verankert sind. Freilich werden die fundamentalen Mechanismen der Geldpolitik zur längerfristigen Inflationssteuerung durch die Globalisierung nicht in Frage gestellt. Inflation bleibt in letzter Konsequenz ein monetäres Phänomen. Für die aktuelle ausgeprägte Phase niedriger Inflation im Euroraum dürfte die Globalisierung als solche keine größere Rolle spielen; wohl aber globale Faktoren

wie insbesondere der Einbruch der Notierungen für Rohöl. Hinzu kommt eine Reihe anderer Faktoren, wie lang anhaltende Anpassungsprozesse im Anschluss an schwere Wirtschaftskrisen, die zunächst inflationsdämpfend wirken, sowie die zunehmende Evidenz, dass die Geldpolitik im Anschluss an solche Krise spürbar an Wirkung verliert (siehe IfW-Forschungshighlights Geldpolitik, S.30/31).

Wolfgang Lechthaler, Claire A. Reicher und Mewael F. Tesfaselassie (September 2015) zum Thema

INFLATIONSZIEL VERSUS ZIEL FÜR DAS NOMINALE BIP

Aufgrund der im Allgemeinen als enttäuschend schwach wahrgenommenen Erholung nach der Finanzkrise hat sich die Debatte intensiviert, ob Zentralbanken ausschließlich ein Inflationsziel verfolgen sollten, oder ob ein Ziel für das nominale Bruttoinlandsprodukt (BIP) erstrebenswerter ist. Letzteres hätte den Zentralbanken in den vergangenen Jahren möglicherweise zusätzlichen Spielraum gegeben, um ihre Geldpolitik noch expansiver zu gestalten. Grundsätzlich unterscheiden sich beide Konzepte nicht allzu sehr, da die Zentralbanken, auch wenn sie ein Inflationsziel anvisieren die Entwicklung des BIPs im Blick haben, und auch ein bestimmtes BIP-Ziel langfristig mit stabilen Preisen einhergehen sollte. Ein Vorteil vom BIP-Ziel ist allerdings, dass sich nicht nur eine bestimmte Wachstumsrate anpeilen lässt, sondern auch eine bestimmte Höhe des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Dadurch können die Erwartungen über künftige Entwicklungen besser gesteuert werden, was insbesondere an der Nullzinsgrenze vorteilhaft ist. Bei der praktischen Umsetzung gibt es sowohl Vorteile als auch Nachteile, wobei die Unsicherheit über das trendmäßige Wachstum des Bruttoinlandsprodukts und Datenrevisionen hier stärker ins Gewicht fallen dürften. Zusammenfassend ist der Fokus auf das BIP-Ziel ein interessantes Konzept, das weiter untersucht werden sollte. Allerdings spricht derzeit wenig für eine rasche Einführung, insbesondere wenn dies vor allem mit der Hoffnung verbunden wäre, kurzfristig stärkere Impulse für die Konjunktur erzielen zu können.

ROUTINEAUFGABEN ADE! – EIN UPDATE FÜR DAS BMF-LÄNDERMONITORING

Kaum eine Volkswirtschaft ist so stark in die Weltwirtschaft integriert wie die deutsche – der gesamtwirtschaftliche Blick über den nationalen Teller- rand ist auch für die Finanzpolitik unverzichtbar. Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) erstellt daher regelmäßig makroökonomische Analysen für zahlreiche Länder. Im Jahr 2015 hat das **IFW-PROGNOSEZENTRUM HIER EINGEGRIFFEN UND DIE IM BMF VORHANDENEN SYSTEME ZUM LÄNDERMONITORING WEITERENTWICKELT**. Grundlage dafür war die im IfW eingesetzte Konjunkturanalysesoftware. Manuelle Routineaufgaben sind damit passé, und die Experten können sich ganz auf die Interpretation der Zahlen konzentrieren, die durch das neugestaltete Kennzahlensystem noch aussagekräftiger sind.

Die Analysen des BMF für die wichtigsten Industrie- und Schwellenländer berücksichtigen aktuelle wirtschaftliche und politische Entwicklungen mit dem Ziel, die Lage und Aussichten in den jeweiligen Volkswirtschaften präzise zu bewerten und frühzeitig Stabilitätsgefahren zu erkennen. Angesichts der großen Bedeutung außenwirtschaftlicher Einflüsse auf die deutsche Wirtschaft sind derartige Länderanalysen auch für die Einschätzung der wirtschaftlichen Aussichten hierzulande besonders wichtig. Zudem kommt Deutschland als viertgrößter Volkswirtschaft der Welt hohe internationale Verantwortung zu. So werden etwa verstärkt aktive

Im Mittelpunkt steht die Bereitstellung eines Systems von Indikatoren und Analyseinstrumenten, das ein einheitliches, benutzerfreundliches und regelmäßig aktualisierbares Ländermonitoring möglich macht. Zudem musste das Lösungskonzept so flexibel sein, dass Erweiterungen ohne großen Aufwand innerhalb der bestehenden Systematik möglich sind. Das Ländermonitoring ist in die Expertensystemsoftware DIWAX eingebunden, die im Prognosezentrum bereits für die regelmäßigen IfW-Konjunkturprognosen im Einsatz ist. Dieses System verbindet die unterschiedlichsten Datenquellen in einer wohlgeordneten Umgebung, übernimmt Routineaufgaben und bietet den Zugriff auf alle relevanten Daten, Indikatoren und Analyseverfahren.

Die zentrale Funktion besteht in der laufenden vergleichenden Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes. Hierzu dient ein Benchmarking-Verfahren, mit dem sich aktuelle Entwicklungen in einem Land durch den Vergleich mit unterschiedlichen Referenzgrößen – abgeleitet aus der eigenen Historie, der Situation in anderen Ländern sowie normativen Vorgaben – einordnen lassen. Ein darauf aufsetzendes Signalsystem ermöglicht die Identifikation von Auffälligkeiten, die gegebenenfalls auf den Bedarf zu vertiefenden Analyse hinweisen.

Zusätzlich soll das Ländermonitoring eine frühzeitige Identifikation von Fehlentwicklungen ermöglichen, die in schweren Wirtschaftskrisen münden können. Die hierzu implementierten Frühwarnmodelle basieren im Wesentlichen auf den Erkenntnissen der Literatur zu Banken- und Staatsschuldenkrisen, bei deren Bewältigung die Finanzpolitik typischerweise be-

”

Zusätzlich soll das Ländermonitoring eine frühzeitige Identifikation von Fehlentwicklungen ermöglichen, die in schweren Wirtschaftskrisen münden können.

Beiträge der deutschen Finanzpolitik zur Stabilisierung der Weltwirtschaft und insbesondere des Euroraums erwartet. Die Krisen der letzten Jahre haben deutlich gemacht, wie wichtig die Früherkennung makroökonomischer Risiken ist. Insgesamt ist daher ein Analyserahmen gefragt, mit dem sich auf theoretisch und methodisch solidem Fundament wirtschaftspolitische Maßnahmen beurteilen lassen.



Detailansicht des Scoreboards der
im Prognosezentrum eingesetzten
Expertensystemsoftware DIWAX

© IfW / Michael Stefan

sonders gefordert ist. Die Spezifikation dieser Modelle ist eigens auf den betrachteten Länderkreis angepasst worden. Zudem wurde das Scoreboard, das dem europäischen „Makroökonomischen Ungleichgewichteverfahren“ zugrunde liegt, als Indikatoren-Batterie aufgenommen.

Da die Datenbereitstellung möglichst nah an den aktuellen Rand heranreichen soll, werden jeweils die mit der höchsten Frequenz vorliegenden Zeitreihen herangezogen. So werden beispielsweise für das Scoreboard nicht nur die amtlichen jährlichen Ergebnisse berichtet, sondern die dort verwendeten Indikatoren wurden nachgebaut, um aus vorab hereinkommenden unterjährigen Daten frühzeitig Tendenzen ablesen zu können. Dies unterstreicht den vorausschauenden und analytischen Charakter des BMF-Ländermonitoring.

Die Gesamtlösung soll den Experten unterstützen, nicht ersetzen. Während die Software Routineaufgaben erledigt, kann sich der Länderanalyst mittels der verschiedenen Analysewerkzeuge unmittelbar auf die ökonomische Interpretation konzentrieren. Die Software kann helfen, schneller und systematischer auf Auffälligkeiten aufmerksam zu werden – die Expertise des Ökonomen bleibt gleichwohl weiterhin unerlässlich.

AUTOR



Prof. Stefan Kooths

stefan.kooths@ifw-kiel.de

Expertise

- VGR-gestützte Konjunkturanalyse
- Makroökonomik offener Volkswirtschaften
- Geld- und Währungssysteme
- Marktfunktionsfähigkeitsdiagnostik
- Volkswirtschaftsinformatik

VERANSTALTUNGEN

Preisverleihungen an Nobelpreisträger, Diskussionsrunden mit Politikern, öffentliche Vorträge zu aktuellen Themen und das Global Economic Symposium ...





Global Economic Symposium

... am IfW organisiert unser Event-Zentrum zahlreiche Veranstaltungen im Jahr. Dabei sind die jedes Jahr wiederkehrenden Klassiker wie die Verleihung des Weltwirtschaftlichen Preises oder das Global Economic Symposium, aber auch für uns neue Formate wie der Tag der offenen Tür im Jahr 2015. Auf den Gästelisten stehen mal Nobelpreisträger und CEOs und mal die interessierte Öffentlichkeit. Hier gilt es, für alle Veranstaltungen den richtigen Ton, die richtige Lokalität und das geeignete „Gesamtpaket“ zu finden.

GLOBAL ECONOMIC SYMPOSIUM

Wie lässt sich Europas Flüchtlingskrise bewältigen? Was kann die Eurozone dauerhaft stabilisieren? Gibt es globale, gemeinsame Werte, die Grundlage für die Lösung von Problemen ohne Grenzen sein können? Hier hat das Global Economic Symposium (GES) 2015 angesetzt:

Unter dem Motto „Values to Guide Economies“ tagten rund 400 Experten vom 12. bis 14. Oktober in Kiel. „Je globaler und vernetzter unsere Welt wird, desto globaler und vernetzter werden auch unsere Probleme“, so Prof. Dennis Snower, Präsident des GES und des Instituts für Weltwirtschaft. Nur wenn es gelingt, sich auf gemeinsame Werte zu verständigen, sei der Weg frei für Kooperation und Zusammenarbeit, um globale Probleme wie Klimawandel, Flüchtlingskrise und Finanzkrisen zu bewältigen. Zu den zahlreichen renommierten Gästen zählten unter anderem der Wirtschaftsnobelpreisträger George Akerlof, der türkische Finanzminister, Mehmet Şimşek, die Vizepräsidentin der Deutschen Bundesbank, Claudia Buch, sowie führende Religionsvertreter wie der ehemalige Großmufti Mustafa Ceric.

Ziel des Symposiums ist es, unbequemen Fragen Raum zu geben, Probleme zu benennen, Diskussionen zu initiieren und weltweit Menschen aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft die Gelegenheit zu geben, miteinander in den Dialog zu treten und Kontakte auf- und auszubauen. Das Ergebnis aus diesem Jahr sind rund 60 konkrete Lösungsvorschläge zu globalen Problemen, die an Entscheidungsträger aus Wirtschaft und Politik herangetragen werden. Dabei waren Lösungen für die Flüchtlingskrise einer der Schwerpunkte des GES. Philippe Legrain, Ökonom, Journalist und Autor, appellierte an die Europäer, Migranten und Flüchtlinge als wirtschaftliche Chance nicht als Belastung anzusehen, die innerhalb der EU geteilt werden muss. In der Diskussion sagte er, es sei „pervers, dass die meisten europäischen Länder Asylsuchende vom Arbeitsmarkt fernhalten“. Weiter warnt er davor, dass ohne Migration die arbeitende

Bevölkerung in Deutschland bis 2030 um ein Sechstel schrumpfen wird. Ein weiteres Diskussionsthema war die Konsolidierung öffentlicher Haushalte. Der Lösungsvorschlag von Christian Kastrop, Leiter Wirtschaftspolitische Studien bei der OECD, beschreibt, dass es von entscheidender Bedeutung ist, welche Ausgaben gekürzt und an welcher Stelle Steuern erhöht werden. Ausgabenkürzungen bei Subventionen und Renten sowie eine Anhebung der Erbschaftssteuer sind am wenigsten schädlich für das Wirtschaftswachstum. Problematisch dagegen ist die Erhöhung von Sozialversicherungsbeiträgen sowie Kürzungen im Bereich Bildung und Gesundheitswesen.

2016 zieht das GES zum zweiten Mal an den Bosphorus: Vom 25. bis 27. Oktober findet das Symposium in Istanbul statt. Die Türkei spielt bei vielen internationalen Herausforderungen unserer Zeit eine zentrale Rolle, und das GES kann in der Türkei eine Plattform bieten, auf der ideologiefrei, unabhängig, wissenschaftsbasiert und im Geiste eines Weltbürgertums Lösungen für länderübergreifende Probleme entwickelt werden.

🌐 www.global-economic-symposium.org



VIDEO: WHY THE GES IS DIFFERENT
Nobelpreisträger George Akerlof, Präsident des GES und des IfW, Dennis Snower, und andere Teilnehmer des GES 2015 zu der Frage: Was macht dieses Symposium so besonders?

🌐 <https://youtu.be/i8kXebgGV74>



Alle GES-Bilder dieser Seite sind urheberrechtlich geschützt. Fotografie



Dennis Snower begrüßt Teilnehmer und Gäste des GES im Kieler Hotel Atlantic.



Matthieu Ricard im Gespräch mit Andreas Becker von der Deutschen Welle (DW).



Eröffnungsrede von Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Torsten Albig



Nobelpreisträger George Akerlof diskutiert mit Edward Lazear, US-amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler und ehemaliger Vorsitzender des Wirtschaftsbeirates der US-Regierung.



Auftaktsession: The Financial System and Public Value mit Claudia Buch, Pablo Guidotti, Christian Kastrop und Jörg Kukies; Moderation Stefan Kooths.



YES! Auftaktveranstaltung im IfW

YES! YOUNG ECONOMIC SUMMIT 2015

Das GES-Schülerprojekt ist gewachsen und zum YES! geworden. Unter der Schirmherrschaft von Sigmar Gabriel begleitete das YES! in einer eigenständigen Konferenz das GES. 200 Jugendliche aus 15 Schulen konnten ihre Lösungsansätze zu globalen Problemen untereinander und mit ausgewählten GES-Teilnehmern diskutieren. Hauptorganisator ist die ZBW – Leibniz Informationszentrum Wirtschaft. Auch 2016 haben Jugendliche aus der Region wieder die Chance, neue Lösungsansätze beim YES! vorzustellen.

www.young-economic-summit.org



Alle Bilder dieser Seite: © IW / Christina Kloodt Fotografie

Tania Singer in der Session „Reflexivity: The Interplay between Caring Decisions and Caring Societies“

GES LÖSUNGEN

Vor und während des GES 2015 wurden viele ausgezeichnete Vorschläge zur Bewältigung globaler Herausforderungen gemacht. Einige von ihnen haben wir während des GES als „Lösungsvorschläge des Tages“ veröffentlicht. Sie wurden zu Prüfsteinen für lebhaft Debatten – auf dem Symposium und darüber hinaus. Natürlich wurden auch alle anderen eingegangenen Lösungsvorschläge gelesen, bewertet und in den verschiedensten Formaten veröffentlicht. Um eine Implementierung zu forcieren, werden die Vorschläge Politikern und Forschern auf der ganzen Welt zugänglich gemacht.

WERTE – MEHR ALTRUISMUS, UM DEN KRISEN DER WELT ZU BEGEGNEN

Die psychische Gesundheit der Bürger zu verbessern, könnte helfen, wirtschaftliche und ökologische Krisen zu mildern, den wachsenden Raten von Stress und Depression zu begegnen und die negativen Auswirkungen von Individualismus und Egoismus zu verringern, schreibt Tania Singer. Anstatt Institutionen oder Regeln neu zu gestalten, befürwortet sie ein wissenschaftlich fundiertes Trainingsprogramm, um jedem Einzelnen zu helfen.

Singer hält ein solches Trainingsprogramm für notwendig, weil viele soziale und wirtschaftliche Probleme globaler geworden sind. Es würde helfen, Bürgern das Konzept von Altruismus näher zu bringen, die Zusammenarbeit zu stärken und Konflikte in der Folge zu verringern. Schulen, Universitäten, Büros und Fabriken könnten von der Einführung von kontemplativen Techniken profitieren. Soziale Einstellungen könnten neu konfiguriert werden und dadurch Teamarbeit und Zusammenarbeit als Gegenkonzept zu Wettbewerb betonen.

Neun Monate lang hat Singer die Auswirkungen eines neuen, wissenschaftlich fundierten Programms für säkulares mentales Training auf das Wohlbefinden, das Gehirn, die Gesundheit und das Verhalten untersucht. Erste Ergebnisse deuten darauf hin, dass das tägliche Training tatsächlich Stress reduziert und auf der anderen Seite pro-soziales Verhalten und Vertrauen, Körperbewusstsein und subjektives Wohlbefinden erhöht.



Redisa Session „Re-assessing Waste Management and the Circular Economy“

RECYCLING – KREISLAUFWIRTSCHAFT: DIE PRODUZENTEN ZAHLEN

Erzeugerfirmen sollten im Voraus eine Gebühr zahlen, um Recyclingkosten zu decken, wenn ihre Produkte weggeworfen werden, fordert Hermann F. Erdmann. Dies würde zum ersten Mal Produzenten und Konsumenten einen wirtschaftlichen – und nicht nur einen ethischen – Anreiz geben, verantwortungsvoll zu produzieren und zu konsumieren.

Freiwillige Regelungen zur Abfallvermeidung, haben nur begrenzten Nutzen gezeigt. Vor allem, weil es versäumt wurde, sicherzustellen, dass alle Beteiligten ihren entsprechenden Beitrag hierzu leisten. Stattdessen plädiert Erdmann dafür, eine unabhängige nationale oder supranationale Institution zu gründen, die die sozialen Kosten der Produkte – sobald sie in den Müll geworfen werden – berechnet und eintreibt.

Eine solche Organisation für eine erweiterte Erzeugerverantwortung (Extended Producer Responsibility Organization, EPRO) würde Produzenten eine Gebühr pro Produkteinheit berechnen und dann die Verantwortung für das Recycling übernehmen. Wenn die Hersteller gezwungen wären, für die versteckten sozialen Kosten der Abfallwirtschaft zu zahlen, würde es sie ermutigen, Produkte zu entwerfen, die einfacher zu recyceln sind und die Verbraucher wiederum, diese auch zu kaufen. Während die Grundstruktur einer solchen Institution relativ einfach ist, könnten ihre Führung sowie die Preisfindung problematisch werden, räumt Erdmann ein.



Hitze Debatte: „Migrants Knocking on Europe's Doors: Towards a Coherent Response to Irregular Immigration“

FLÜCHTLINGSKRISE – DIE WELT MUSS EIN NEUES PARADIGMA ANNEHMEN

Politische Entscheidungsträger müssen sich mit den Ursachen der irregulären Migration abfinden, um einen dringend benötigten Paradigmenwechsel im Umgang mit dem Problem anzunehmen, argumentiert William L. Swing. Nur wenn sie die wirtschaftlichen und sozialen Treiber akzeptieren, die Nachfrage nach Arbeitsmigranten einkalkulieren und die Auswirkungen der globalen Kommunikation sehen, können sie sich von der Masse absetzen.

Was Swing „die größte Migration von Menschen in der aufgezeichneten Geschichte nennt“, sollte uns daran erinnern, wie wichtig Mobilität in der modernen Welt geworden ist. Wenn die Aufnahmeländer diese Tatsache annehmen, können sie den aktuellen Krisenmodus überwinden und gemeinsam mit anderen Regierungen längerfristige Strategien entwickeln.

Swing betont, dass nur ein wirklich umfassender Ansatz auf lange Sicht erfolgreich sein kann. Regierungen müssen auch weiterhin grundsätzlich den Schutz von Flüchtlingen gewährleisten. Aber zur gleichen Zeit müssen neue Wege gefunden werden, um sichere regelmäßige Migration zu gewährleisten – für Arbeitnehmer aller Qualifikationsstufen und zur Familienzusammenführung. In armen oder vom Krieg zerrissenen Ländern können Entwicklungsprogramme und die Stabilisierung von lokalen Gemeinschaften den Migrationsdruck verringern.



WELTWIRTSCHAFTLICHER PREIS

„Eine weltoffene Denkweise, um die globalen Probleme unserer Zeit zu lösen – das ist das zentrale Anliegen des Weltwirtschaftlichen Preises. Ausgezeichnet wird, wer den Blick in die Zukunft wagt und dabei über den lokalen Tellerrand hinausschaut.“ Mit diesen Worten begrüßte IfW-Präsident Prof. Dennis Snower die Gäste bei der Verleihung im Juni 2015.

Am 21. Juni hat das Institut für Weltwirtschaft gemeinsam mit seinen Partnern, der Landeshauptstadt Kiel und der IHK Schleswig-Holstein, im Kieler Rathaus zum elften Mal den Weltwirtschaftlichen Preis verliehen. Für die Veranstaltung kommen seit mehr als zehn Jahren regelmäßig renommierte Persönlichkeiten aus der ganzen Welt nach Kiel. Damit ist sie längst eine wichtige Plattform für den intellektuellen Dialog zwischen Wirtschaftswissenschaft, Politik, Unternehmen und Gesellschaft geworden. Auch in diesem Jahr haben die Preisträger auf ihre ganz individuelle Art und Weise Antworten zu Fragen von globaler Bedeutung gegeben.

Die Preisträger des Jahres 2015 sind **Michail Gorbatschow**, ehemaliger sowjetischer Politiker und

Friedensnobelpreisträger, **Jeffrey Immelt**, CEO von General Electric und Wirtschaftsberater von US-Präsident Barack Obama, **Kristine und Douglas Tompkins**, Textilunternehmer-Ehepaar und Gründer privater Nationalparks und **Sir Christopher A. Pissarides**, zypriotisch-britischer Wissenschaftler und Professor für Volkswirtschaftslehre und Politik sowie Wirtschaftsnobelpreisträger.

Alle Preisträger hatten den Mut, für ihre Werte einzustehen und haben ihr gewohntes, sicheres Umfeld verlassen und mit ihrem Vordenken und ihrer Dialogbereitschaft etwas gegen die globalen Probleme bewirkt. Das Ehepaar Tompkins hat sich für den Umweltschutz eingesetzt, Michail Gorbatschow für die Freiheit von Millionen von Menschen, Jeffrey Immelt für eine



Die Preisverleihung 2015 im
Ratssaal des alten Kieler Rathauses.



Dennis Snower überreicht die WWP-Medaille
an Sir Christopher Pissarides.

moderne Unternehmensstruktur und Sir Christopher A. Pissarides für die interdisziplinäre Wissenschaft (weitere Informationen zu den Preisträgern auf den Seiten 54/55).

Leider konnte Preisträger Michail Gorbatschow aus gesundheitlichen Gründen nicht persönlich an der Preisverleihung in Kiel teilnehmen. Sein Berater und Präsident des von Gorbatschow gegründeten internationalen Grünen Kreuzes, Alexander Likhotal, hat den Preis für ihn entgegengenommen.

Nur wenige Monate nach der Preisverleihung musste das IfW den Tod von Douglas Tompkins betrauern. Er verunglückte Anfang Dezember 2015. „Ich habe ihn als Menschen erlebt, der die Natur liebte und uns nachdrücklich aufforderte, das Richtige zu tun, nämlich die Natur, das Klima und die Erde zu schützen“, würdigt Prof. Dennis Snower den leidenschaftlichen Naturschützer.

www.ifw-kiel.de/konfer/wwwp



VIDEO: DER WELTWIRTSCHAFTLICHE PREIS

Mit dem WWP werden einflussreiche Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft ausgezeichnet, die einen besonderen Beitrag zu einer sozial verantwortungsvollen Gesellschaft geleistet haben.

<https://youtu.be/QKjAQGPvVw>

DIE TRÄGER DES WELTWIRTSCHAFTLICHEN PREISES 2015



SIR CHRISTOPHER A. PISSARIDES

ZYPRIOTISCH-BRITISCHER
WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTLER

Sir Christopher Antoniou Pissarides, geboren am 20. Februar 1948 auf Zypern, ist ein zypriotisch-britischer Wirtschaftswissenschaftler. Er ist Professor für Volkswirtschaftslehre und Politik an der London School of Economics (LSE) und Professor für Europäische Studien an der University of Cyprus. Sein besonderes Forschungsinteresse gilt der Arbeitslosigkeit. 2010 erhielt er für seine Arbeiten, die sich mit den ökonomischen Problemen der Arbeitsplatzsuche (Analyse von Märkten mit Friktion) befassen, den Alfred-Nobel-Gedächtnispreis für Wirtschaftswissenschaften (gemeinsam mit Peter Diamond und Dale Mortensen).



JEFFREY ROBERT IMMELT

VORSTANDSVORSITZENDER VON
GENERAL ELECTRIC (GE)

Jeffrey Robert Immelt, geboren am 19. Februar 1956 in Cincinnati, Ohio (USA), ist ein amerikanischer Manager und seit 14 Jahren Vorstandsvorsitzender von General Electric (GE). Immelt richtete das Unternehmen wieder auf das traditionelle Kerngeschäft mit Industrieanlagen aus, nachdem es durch eine immer größer gewordene Finanzsparte im Zuge der Finanzkrise beinahe Bankrott ging. In einem spektakulären Deal einigte sich Immelt mit der französischen Regierung auf die Übernahme der Energiesparte des Alstrom-Konzerns, die er damit seinem größten Rivalen Siemens vor der Nase wegschnappte. In jüngster Zeit setzte Immelt vor allem auf die Entwicklung eigener Software für den Betrieb der Industrieanlagen und eine stärkere Internationalisierung von GE, etwa durch Produktionsstandorte in den Absatzmärkten und einheimische Fach- und Führungskräfte. GE zählt zu den bekanntesten und wertvollsten Marken der Welt.

Alle Bilder dieser Seite: © IW / Tobias Rückler



© Gorbatschow Foundation, Elena Golosovskaya

MICHAIL SERGEJEWITSCH GORBATSCHOW

EHEMALIGER POLITIKER
UND PRÄSIDENT DER UDSSR

Michail Sergejewitsch Gorbatschow, geboren am 2. März 1931 in Priwolnoje (Nordkaukasus, Russland) ist ein ehemaliger Politiker der UdSSR und war von 1990–1991 deren Staatspräsident. Mit seiner Politik der Transparenz (Glasnost) und der Umgestaltung (Perestroika) beendete er den Kalten Krieg und ermöglichte die deutsche Wiedervereinigung. Seine Reformen zur Demokratisierung der UdSSR führten schließlich zu deren Zusammenbruch und zur Gründung zahlreicher unabhängiger Nachfolgestaaten. Weltweit wird er für seine Verdienste hoch geschätzt und erhielt 1990 den Friedensnobelpreis.



© Tompkins Conservation

KRISTINE UND DOUGLAS(†) TOMPKINS

NATURSCHÜTZER UND UNTERNEHMER (THE NORTH FACE, ESPRIT UND PATAGONIA)

Kristine (geboren 1950) und Douglas Tompkins (geboren 1943) waren erfolgreiche Unternehmer, die ihren Erfolg und ihr Vermögen für den Umweltschutz eingesetzt haben. Mit den Bekleidungsfirmen The North Face, Esprit und Patagonia verdienten beide ein Vermögen. Den Erlös aus dem Verkauf der Unternehmen setzten sie zum Aufbau riesiger Nationalparks und Naturreservate in Chile und Argentinien ein. Gemeinsam besaß das Ehepaar Tompkins mehr geschütztes Land als jede andere Privatperson weltweit. Douglas Tompkins verstarb bei einem Unfall im Dezember 2015. Kristine Tompkins führt die Initiativen fort.

*Preisverleihung 2015 (von links nach rechts):
Dennis Snower, Douglas Tompkins, Jeffrey Immelt,
Kristine Tompkins, Christopher Pissarides und
Alexander Likhotal, der als Berater von Michail
Gorbatschow den Preis entgegengenommen hat.*



© IfW / Tobias Ruckler





TAG DER OFFENEN TÜR

Zum Abschluss des Jubiläumsjahres zum 100. Geburtstag des IfW haben wir unsere Türen weit geöffnet und der interessierten Öffentlichkeit Einblicke in unsere Forschung und unsere tägliche Arbeit gegeben. Neben den inhaltlichen Aspekten standen

Führungen durch das historische Gebäude, eine Podiumsdiskussion zur interdisziplinären Forschung und ein spannendes Wissensquiz auf dem Programm. Ministerpräsident Torsten Albig stimmte mit einer Rede auf die Podiumsdiskussion ein.





© IRW / Mathias Rauck

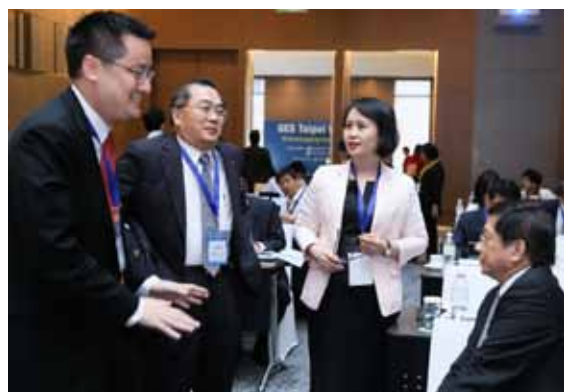


© Pixabay - Mitmac

GES SALON HAMBURG / GES TAIPEH WORKSHOP

Mit einer Reihe von kleineren Workshops und Diskussionsveranstaltungen haben wir das GES 2015 über das Jahr vorbereitet. In Hamburg diskutierten im September Prof. Dennis J. Snower, Ph.D., Dr. Thomas Mirow, Aufsichtsratsvorsitzender der HSH-Nordbank AG und Jakob von Weizsäcker, Abgeordneter im Europäischen Parlament, über die Zukunft der Europäischen Währungsunion.

Im Juni fand der GES-Workshop „Encouraging Inclusive Growth“ im Industrial Technology Research Institute in Taipeh statt. Arno Metzler, Vize-Präsident des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses hielt die Eröffnungsrede.



© ITRI (Industrial Technology Research Institute)





© IfW / Tobias Rücker

Dennis Snower überreicht die Urkunden beim Vorabenddinner des Weltwirtschaftlichen Preises an Camille Landais und Stelios Michalopoulos. Die beiden weiteren Preisträger waren aus privaten Gründen verhindert.



EXCELLENCE AWARDS IN GLOBAL ECONOMIC AFFAIRS

Mit den Preisen des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel werden Nachwuchsökonominnen bis zu einem Alter von 35 Jahren für Forschungsarbeiten zu weltwirtschaftlichen Fragen ausgezeichnet. Die Preisträger im Jahr 2015 waren: **Amit Khandelwal** (Columbia University), **Camille Landais** (London School of Economics), **Stelios Michalopoulos** (Brown University), **Jonathan Vogel** (Columbia University). Der Preis beinhaltet jeweils einen Forschungsaufenthalt am Institut für Weltwirtschaft, der durch verschiedene Stipendien (Horst Siebert Fellowship, Porsche Fellowship, Landeshauptstadt Kiel Fellowship und Birke Hospitality Fellowship) finanziert wird.



© IfW / Tobias Danklefsen

KIELER WOCHENVORTRÄGE

Jedes Jahr zur Kieler Woche setzt das IfW wissenschaftliche Highlights im Programm mit unseren Vorträgen zu aktuellen wirtschaftspolitischen Themen. 2015 waren folgende Themen und Wissenschaftler vertreten:

- Russlandsanktionen: Abhängigkeiten und Risiken (Klaus Schrader)
- Dauerbrenner Euro-Krise (Jens Boysen-Hogrefe)
- Schürt Globalisierung den Extremismus? (Robert Gold)
- Sanfte Stupse statt Vorschriften und Verbote: Mit der Nudges-Theorie zu einer besseren Politik (Menusch Khadjavi)
- Zeit, Zinsen, Zentralbanken – Geldpolitik am Scheideweg (Stefan Kooths)



ORGANISATION

**Sieben Forschungsbereiche, zwei Beratungszentren
und ein starkes Support-Team dahinter ...**





... rund 180 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus mehr als 15 Ländern arbeiten am IfW. Damit sich die wissenschaftlichen Beschäftigten auf die Inhalte konzentrieren können, werden sie von engagierten Kolleginnen und Kollegen unterstützt: IT, Eventmanagement, Ausbildung, Kommunikation, Fundraising und Drittmittelwerbung sowie in der Verwaltung. Präsidium und Managementboard geben die Leitlinien vor. Externe Unterstützung kommt vom wissenschaftlichen Beirat und vom Wirtschaftsbeirat. Der Stiftungsrat trifft grundsätzliche Entscheidungen. Die institutionellen Mittel stellen je zur Hälfte der Bund und die Gemeinschaft der Bundesländer.

**Prof. Holger Görg, Ph.D.**

Forschungsbereichsleiter
holger.goerg@ifw-kiel.de

Dipl.-Volksw. Frank Bickenbach
 Dr. Eckhardt Bode
 Ursula Fritsch
 Gritta Jeglewski
 Olivier N. Godart, Ph.D.
 Dr. Dennis Görlich
 Dipl.-Volksw. Christiane Krieger-Boden
 Dr. Peter Nunnenkamp
 Michaela Rank
 Dr. Tillmann Schwörer (bis 10/2015)
 Lucia Perez Villar (bis 06/2015)
 Prof. Gerald Willmann, Ph.D.

Assoziiert:
 Prof. Dr. Dierk Herzer
 Prof. Horst Raff, Ph.D.

DIE INTERNATIONALE ARBEITSTEILUNG

Wer gewinnt und wer verliert durch Outsourcing?

Wo investieren Firmen im Ausland und warum?

Wie wirken sich ausländische Direktinvestitionen auf Ungleichheit aus?

Zu welchen strukturellen Anpassungen führt die Globalisierung in Unternehmen, Regionen und Ländern?

Welche Managementmethoden benutzen erfolgreiche Unternehmen?

Das übergeordnete Ziel der Forschung im Bereich „Internationale Arbeitsteilung“ besteht darin, wesentliche Aspekte der internationalen Arbeitsteilung bei fortschreitender Globalisierung empirisch zu analysieren. Auf diese Weise wollen wir dazu beitragen, zu überzeugenderen Antworten auf globalisierungsbedingte Herausforderungen zu kommen. Der Schwerpunkt der Forschung liegt auf den Determinanten und Effekten von Outsourcing, internationalem Handel und ausländischen Direktinvestitionen auf weltweiter und regionaler Ebene, das heißt auf Aspekten der Globalisierung, die sowohl in Wissenschaft als auch in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert werden.

Im Jahr 2015 war das Drittmittelprojekt „Managementmethoden und Unternehmensperformance in Deutschland“ von besonderer Relevanz. Das Projekt ist eine Zusammenarbeit mit dem IAB Nürnberg und infas und wird durch die Leibniz-Gemeinschaft finanziert. Die im Rahmen des Projektes erhobenen Unternehmensdaten stellen ein neues Instrument zur Untersuchung von Managementpraktiken und deren Auswirkungen auf den wirtschaftlichen Erfolg deutscher Unternehmen dar. Erste Ergebnisse der Studie wurden im Oktober bei einem am IfW veranstalteten akademischen Workshop vorgestellt. Ein weiteres, von der Fritz Thyssen Stiftung finanziertes, Drittmittelprojekt beschäftigt sich mit den Auswirkungen des Offshoring für Beschäftigte in Deutschland. Es zeigt sich, dass anders als vielleicht erwartet, Niedrigqualifizierte nicht negativ vom Offshoring von Dienstleistungen betroffen werden.



WISSENSAKKUMULATION UND WACHSTUM

Welche Faktoren fördern und welche Faktoren behindern Wissensentstehung und Wachstum in Industrie- und Schwellenländern?

Welche Rolle spielt das institutionelle und kulturelle Umfeld für Innovation und Wachstum? Welche Rolle spielen standortgebundene Faktoren?

Wie verändern sich globale Wissensströme und welche Auswirkungen hat diese Veränderung auf die internationale Arbeitsteilung?

Welche Konsequenzen hat der Aufstieg von Schwellenländern wie China und Indien zu Forschungs- und Entwicklungsstandorten für Einkommen und Beschäftigung in den Industrieländern?

Eine der wichtigsten weltwirtschaftlichen Entwicklungen der Gegenwart ist die zunehmende Verlagerung von Forschung und Entwicklung sowie anderer wissens- intensiver Aktivitäten aus hochentwickelten Industrieländern in rasch wachsende Schwellenländer. Da neues Wissen langfristig zu den bedeutsamsten Quellen von Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung gehört, ziehen globale Verlagerungen der Wissensproduktion und Veränderungen der internationalen Wissens- flüsse globale Verschiebungen von Einkommen und Wohlstand nach sich. Das über- geordnete Ziel der Forschung in diesem Bereich besteht darin, zu einem besseren Verständnis der Bestimmungsgründe von Wissensentstehung, Wissensausbreitung und wissensbasiertem Wachstum in Industrie- und Schwellenländern beizutragen.

Zu den wichtigsten Forschungsthemen im Jahr 2015 gehörten der Zusammenhang von Firmenorganisation und Innovation, die Bedeutung schulischer Bildung für die Gründungsintention von Studierenden sowie die veränderte Rolle Chinas und Indiens im internationalen Technologiewettbewerb. Der Forschungsbereich war (Mit-) Organisator der Kiel Institute Summer School zum Thema „Innovation, Employment and Growth in the Global Economy“ und der Sommerkonferenz der Gesellschaft für Regionalforschung zum Thema „Infrastructure, Trade and Regional Development“. Im Juni 2015 fand in Kooperation mit der Harvard University und dem Chinazentrum der Universität Kiel ein internationaler Workshop zum Thema „Creativity – What Really Matters“ statt.



Dr. Dirk Christian Dohse

Forschungsbereichsleiter
dirk.dohse@ifw-kiel.de

Carmen Andersson
 Dipl.-Volksw. Frank Bickenbach
 Dr. Eckhardt Bode
 Dr. Robert Gold
 Prof. Aoife Hanley, Ph.D.
 Dr. Wan-Hsin Liu
 Prof. Dr. Ingrid Ott
 Andrea Schäfer
 Dr. Andrea Vaona, Ph.D.

Assoziiert:
 Limin DU





Prof. Dr. Dr. Ulrich Schmidt

Forschungsbereichsleiter
ulrich.schmidt@ifw-kiel.de

Simon Bartke
Steven Bosworth, Ph.D.
Dr. Tamas David-Barrett
Andreas Friedl
Felix Gelhaar
Christiane Gebühr
Dr. Gianluca Grimalda
Prof. Dr. Menusch Khadjavi
Dr. Levent Neyse
Patrick Ring
Prof. Dennis Snower, Ph.D.
Dr. Philipp C. Wichardt

Assoziiert:
Prof. Dr. Christian Kaernbach
Catharina Probst
Prof. Dr. Thilo van Eimeren

SOZIAL- UND VERHALTENS- ÖKONOMISCHE ANSÄTZE ZUR LÖSUNG GLOBALER PROBLEME

Wie beeinflussen sozialer Kontext und körperliche Reaktionen wirtschaftliche Entscheidungen?

Welche Rolle spielt die Motivation für menschliche Kooperation, und wie können wir sie verändern?

Welchen Beitrag können Persönlichkeitsmerkmale und der Dopaminhaushalt zur Erklärung exzessiver Risikoübernahme leisten?

Der Forschungsbereich vertritt die Auffassung, dass die Konzeption menschlicher Motivation und menschlichen Entscheidungsverhaltens in der traditionellen Volkswirtschaftslehre überholt und nicht konsistent mit Ergebnissen anderer Fachrichtungen wie zum Beispiel den Neurowissenschaften, Kognitionswissenschaften, der kognitiven Psychologie, der Entwicklungspsychologie, der Verhaltensökonomie und anderer Disziplinen ist. So sind Menschen nicht ausschließlich eigennützig, da sie die Fähigkeit zu Fairness, Empathie, Mitgefühl und Fürsorge besitzen. Sie sind nicht ausschließlich rational, da menschliches Verhalten zu einem großen Teil durch Emotionen und Heuristiken beeinflusst wird. Sie sind nicht ausschließlich individualistisch, da ihre Präferenzen stark durch ihre soziale Gruppe bestimmt werden. Ihre Entscheidungen sind keine Reaktion auf propositionales Wissen unter Risikobedingungen, da ihre Entscheidungsfindung ein reflexartiger Prozess (sowohl kognitiv als auch kausativ) unter Unsicherheit ist. Auf dieser Grundlage analysiert der Forschungsbereich die Bedeutung von sozialer Interaktion und Verhaltensprozessen einzelner Agenten für die Entstehung von globalen wirtschaftlichen Problemen und für die Konzeption möglicher Lösungen.

Zurzeit verfolgt der Forschungsbereich zwei größere Projekte. Zum einen „Motivational Systems and Global Cooperation“: Auf der Erkenntnis basierend, dass jegli-

ches Verhalten von Motivationen ausgeht, erforscht dieses Projekt, wie externe und interne Stimuli unterschiedliche Motivationssysteme aktivieren können. Diese aktivierten Motivationssysteme können starken Einfluss auf die Präferenzen und damit auf die Entscheidungen haben. In diesem Rahmen hat das Projekt Modelle von kontextabhängigen Präferenzen formuliert und mithilfe dieser Modelle Vorhersagen abgeleitet, wie unterschiedliche Motivationen die Bereitschaft von Menschen beeinflussen, zu öffentlichen Gütern beizutragen. Eine Reihe von Experimenten, die diese Vorhersagen testen sollen, befindet sich in der Vorbereitung.

Das zweite Projekt ist „Neurobiological Foundations of Decision Making under Uncertainty“: Globale wirtschaftliche Probleme wie die Minderung des Klimawandels, die Bekämpfung von Armut oder insbesondere die Regulierung von Spekulation an den Kapitalmärkten können nicht analysiert werden, ohne die Verhaltensreaktionen auf die involvierten Unsicherheiten zu betrachten. Exzessive Risikobereitschaft konnte als einer der wichtigsten Gründe für die jüngste Finanzkrise identifiziert werden. Unser Ziel ist es, zu einem besseren und umfassenderen Verständnis des menschlichen Verhaltens unter Unsicherheit beizutragen. Unsere Analyse befasst sich besonders mit Personen, welche viel Erfahrung im Umgang mit Risiken haben, wie zum Beispiel professionelle Investoren und pathologische Spieler.



UMWELT UND NATÜRLICHE RESSOURCEN

Was sind die Auswirkungen unterschiedlicher internationaler klimapolitischer Szenarien?

Welcher nationale Mix von energie- und klimapolitischen Instrumenten kann am besten die Energiewende hin zu erneuerbaren Energien unterstützen?

Welche Auswirkungen haben die neuen Interventionen des Climate Engineering, und wie werden diese in der Gesellschaft bewertet?

Kann die zunehmende Nachfrage nach Biomasse befriedigt werden, gleichzeitig die Emissionen von Treibhausgasen in Grenzen gehalten und die Weltbevölkerung mit Nahrungsmitteln versorgt werden?

Welche Risiken entstehen bei dem Abbau von natürlichen Ressourcen in arktischen Regionen?

Was sind entscheidende Einflussfaktoren für die Nutzung von öffentlichen Grünanlagen und wie Grün sollte eine Stadt sein?

Dieser Forschungsbereich untersucht einzel- und gesamtwirtschaftliche Anpassungsprozesse an globale und länderspezifische Knappheiten natürlicher Ressourcen. Natürliche Ressourcen umfassen energetische und nicht-energetische Rohstoffe sowie Umweltqualität. Gegenstand der Forschung ist dabei sowohl die Analyse der Bestimmungsgünde für die zunehmende Knappheit natürlicher Ressourcen als auch der Auswirkungen dieser Knappheit auf die Allokation von Faktoren und Gütern in der Weltwirtschaft. Besonderes Gewicht wird dabei auf die Wertung der nationalen und internationalen Aspekte von Umweltpolitik und die Erarbeitung von Vorschlägen für den Einsatz rationaler und effizienter umweltpolitischer Instrumente gelegt. Zu unserem Themenbereich zählen auch die nachhaltige Landnutzung und der zunehmende Einsatz von Biomasse. Gemeinsam mit dem Exzellenzcluster der DFG „Future Ocean“ forschen wir zu ökonomischen Fragen des Ozeans. Die Bewertung von Leistungen der Natur (sogenannte Ökosystemdienstleistungen) sowie der Trade-

off zwischen Nutzung und Schutz sind weitere Schwerpunkte der Forschung. Wir verknüpfen dabei eng die wissenschaftliche Forschung mit unseren Beratungsaktivitäten.

Ein wichtiger Schwerpunkt im Jahr 2015 war die wissenschaftliche Vorbereitung der UN-Klimakonferenz COP 21 in Paris im Dezember. Auch unsere zukünftige Forschung und Politikberatung wird vor dem Hintergrund der Pariser Ergebnisse stattfinden. Der Forschungsbereich ist vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) mit der Koordination des Dialogs zur Klimaökonomie betraut. Die Ergebnisse von 27 durch das BMBF geförderten Projekten zur Klimaökonomie wurden 2015 in einer Reihe von Veranstaltungen in Berlin mit Vertretern aus Politik, Unternehmen und Zivilgesellschaft diskutiert. Auch die neu definierten Sustainable Development Goals (SDGs) standen bei uns 2015 im Fokus, beispielsweise im Hinblick auf den Zielkonflikt zwischen Ernährungssicherheit und dem Erhalt von Biodiversität.



Prof. Gernot Klepper, Ph.D.

Forschungsbereichsleiter
gernot.klepper@ifw-kiel.de

Prof. Dr. Katrin Rehdanz
Angela Husfeld
Dr. Christine Bertram
Johannes Burmeister
Dr. Alvaro Calzadilla
Dr. Ruth Delzeit
Dr. Lena-Katharina Döpke
Carola Braun
Dr. Mareike Söder (geb. Lange)
Christine Merk
Dr. Sonja Peterson
Gert Pönitzsch (bis 11/2015)
Andreas Pondorfer
Dr. Wilfried Rickels

Gast:
Swantje Sundt
Hendrik Goll

Assoziiert:
Ph.D. Daiju Narita
Dr. Sebastian Petrick (bis 01/2015)



Prof. Dr. Rainer Thiele
Forschungsbereichsleiter
rainer.thiele@ifw-kiel.de

Dr. Esther Ademmer
Dr. Joscha Beckmann
David Benček
Christiane Gebühr
Dr. Linda Kleemann
Prof. Dr. Matthias Lücke
Dr. Peter Nunnenkamp
Dr. Toman Barsbai
Dr. Rainer Schweickert
Kacana Sipangule
Tobias Stöhr
Prof. Dr. Manfred Wiebelt

Assoziiert:
Dr. Marcus Böhme
Prof. Dr. Jann Lay
Prof. Dr. Lukas Menkhoff (bis
03/2015)

ARMUTSMINDERUNG UND ENTWICKLUNG

Verbessern die Geber mit ihrer Entwicklungshilfe die Lebensbedingungen in den Empfängerländern?

Wie wirkt sich Migration auf zurückbleibende Familienangehörige und die Bevölkerung der Heimatländer aus?

Wie stark wird die Entwicklung in Transformationsökonomien durch externe Akteure wie die EU oder Russland beeinflusst?

Welchen Einfluss haben großflächige Landinvestitionen in Afrika auf die Wohlfahrt der lokalen Bevölkerung

Im Oktober 2015 hat die Staatengemeinschaft die so genannten Sustainable Development Goals (SDGs) verabschiedet. Da immer noch mehr als 2 Milliarden Menschen von weniger als 3 Dollar pro Tag leben, bleibt die Armutsbekämpfung ein wichtiges Ziel. Sie wird jetzt aber ergänzt durch ökologische Ziele – etwa der Schutz und die nachhaltige Nutzung knapper Ressourcen wie Wasser, Land und Wälder – sowie Wachstums-, Beschäftigungs- und Verteilungsziele. Darüber hinaus wird die Bedeutung von Frieden und guter Regierungsführung für nachhaltige Entwicklung hervorgehoben. Vor diesem Hintergrund analysiert der Forschungsbereich aktuelle entwicklungspolitische Fragestellungen. Ein Schwerpunkt der Forschungsarbeit liegt auf den Armutseffekten öffentlicher und privater Ressourcentransfers im Rahmen der Entwicklungshilfe und der internationalen Migration. Ein weiterer Schwerpunkt beschäftigt sich mit dem Einfluss regionaler und globaler Integration auf die institutionelle und wirtschaftliche Entwicklung in Transformationsländern. Die Mitglieder des Forschungsbereichs analysieren außerdem Fragestellungen, die sich aus der Spezialisierung vieler Entwicklungsländer auf die Landwirtschaft ergeben.

In den wissenschaftlichen Veröffentlichungen des Jahres 2015 wurde zum Beispiel gezeigt, dass auch bei Emigration in großem Stil Familiennetze zur Pflege zurückgebliebener älterer Mitglieder aufrechterhalten werden können, und dass die Geberkoordinierung innerhalb der Empfängerländer von Entwicklungshilfe zu wünschen übrig lässt. Weit gefächert waren die Aktivitäten des Forschungsbereichs in der Politikberatung. Aus aktuellem Anlass wurden in mehreren Medienbeiträgen Optionen zur Lösung der gegenwärtigen Flüchtlingskrise in der EU erörtert. Weitere Beispiele sind ein Meinungsartikel in der Zeitschrift *Rural21* zu den Auswirkungen des Klimawandels auf die Ernährungssicherheit und ein Gutachten für das BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) zu den Entwicklungsperspektiven in Afrika. Wie schon in den Jahren zuvor diente das vom Forschungsbereich unterhaltene Netzwerk PEGNet dem Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis. Aus Anlass des 10-jährigen Jubiläums des Netzwerks fand die PEGNet-Jahreskonferenz in diesem Jahr in Berlin statt.



MAKROÖKONOMISCHE POLITIK IN UNVOLLKOMMENEN MÄRKTEN

Was treibt die Schwankungen von gesamtgesellschaftlicher Produktion, von Arbeitslosigkeit und von Inflation über den Konjunkturzyklus?

Welche Rolle spielen Arbeitsmarktfriktionen für Konjunkturschwankungen?

Wie wirken sich Geld- und Fiskalpolitik auf den Konjunkturzyklus aus?

Sollen Geld- und Fiskalpolitik stabilisierend auf die Konjunktur einwirken?

Wie wirken sich Geld- und Fiskalpolitik auf Nachbarländer aus?

Im Zentrum der Forschung dieses Bereichs stehen die Erklärung von Konjunkturschwankungen und die Wirkung von Geld- und Fiskalpolitik auf den Konjunkturzyklus. Unsere Forschungsthemen werden dabei durch die aktuelle wirtschaftspolitische Diskussion beeinflusst. So haben uns im letzten Jahr zum Beispiel die Wirkung von Fiskalregeln und von Geldpolitik in Finanzkrisen beschäftigt. Anhand von Fiskalregeln wollen Regierungen die Entwicklung der staatlichen Schuldenlast in den Griff bekommen und das Vertrauen auf den Finanzmärkten erhöhen. Wir untersuchen, wie sich diese Regeln auf Konjunkturschwankungen und die Stabilität der Volkswirtschaft auswirken. Bei der genaueren Analyse von Geldpolitik zeigt sich, dass diese während Finanzkrisen besonders wirkungsvoll ist, weil sie das Konsumentenvertrauen stützen kann. Während der Erholungsphase nach einer Finanzkrise hat Geldpolitik jedoch kaum mehr eine stimulierende Wirkung.

Neben der Forschung sind wir auch in der Organisation von wissenschaftlichen Konferenzen aktiv. Vor sechs Jahren haben wir ein internationales Netzwerk gegründet, welches sich mit den Kernfragen des Forschungsbereichs beschäftigt. Mitglieder dieses Netzwerks sind unter anderem die Deutsche Bundesbank und die Europäische Zentralbank. Im November 2015 haben wir gemeinsam mit der Niederlassung der amerikanischen Zentralbank in Richmond (Virginia, USA) und CREI (Centre de Recerca de Economia Internacional), einer renommierten spanischen Forschungseinrichtung, eine Konferenz in Barcelona ausgerichtet.



Wolfgang Lechthaler, Ph.D.

Forschungsbereichsleiter
wolfgang.lechthaler@ifw-kiel.de

Claire Boeig-Reicher, Ph.D.
Dr. Jens Boysen-Hogrefe
Maren Brechtefeld (bis 09/2015)
Sanjay Chugh, Ph.D.
Salomon Fiedler
Christian Freund (bis 09/2015)
Dr. Dominik Groll
Philipp Hauber
Ute Heinecke
Dr. Nils Jannsen
Philipp Kolberg
Prof. Dr. Christian Merkl (bis 07/2015)
Dr. Mariya Mileva, Ph.D.
Inske Pirschel (bis 08/15)
Martin Plödt
Galina Potjagailo, M.Sc.
Dr. Matthias Raddant
Prof. Dr. Stefan Reitz
Tim Schwarzmüller (bis 07/2015)
Prof. Dennis J. Snower, Ph.D.
Dr. Ulrich Stolzenburg
Mewael F. Tesfaselassie, Ph.D.
Dr. Björn van Roye (bis 06/2015)
Dr. Henning Weber (bis 11/2015)
Prof. Dr. Maik Wolters (stellv. Leiter)
Andrea Vaona, Ph.D.





Dr. Sebastian T. Braun

Forschungsbereichsleiter
sebastian.braun@ifw-kiel.de

Andreas Friedl
Ute Heinecke
Richard Franke
Michael Kvasnika (bis 07/2015)
Wolfgang Lechthaler, Ph.D.
Dr. Mariya Mileva, Ph.D.
Ignat Stepanok (bis 08/2015)
Dr. Michael Stolpe

Assoziiert:
Vincenzo Capori, Ph.D.
Rainer Eppel
Prof. Dr. Mario Larch

GLOBALISIERUNG UND WOHLFAHRTSSTAAT

Welche Auswirkungen hat der zunehmende Welthandel auf den Arbeitsmarkt? Wer gewinnt, wer verliert?

Ist Migration eine Chance oder ein Risiko für den Wohlfahrtsstaat?

Kann die Politik helfen, die negativen Folgen des Globalisierungsprozesses abzumildern? Und wenn ja, wie?

Wie können ökonomische Effizienz und soziale Gerechtigkeit im Zugang zu Gesundheitsleistungen vereinbart werden?

Die öffentliche Debatte um die ökonomischen Auswirkungen der Globalisierung ist von Ängsten vor massiven Arbeitsplatzverlusten und steigender Ungleichheit geprägt. Da der Globalisierungsprozess nicht nur Gewinner, sondern auch Verlierer kennt und daher Ungleichheiten verstärken kann, stellt er Wohlfahrtsstaaten vor enorme Herausforderungen. Der Forschungsbereich identifiziert diese Herausforderungen und analysiert, wie Wohlfahrtsstaaten darauf reagieren können. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf den Herausforderungen der Globalisierung für den Arbeitsmarkt. Ein zweiter Schwerpunkt beschäftigt sich mit den Herausforderungen für das Gesundheitswesen.

Der Forschungsbereich hat 2015 eine Reihe von Forschungsaufsätzen veröffentlicht. Diese befassen sich unter anderem mit den kurz-, mittel- und langfristigen Auswirkungen von Zuwanderung auf den Arbeitsmarkt und mit den Folgen von Arbeitsmarktreformen in globalisierten Volkswirtschaften. Jüngste Politikveröffentlichungen des Forschungsbereichs zeigen, dass die Klassifizierung in sichere und nicht sichere Herkunftsstaaten einen deutlichen Einfluss auf die Zahl der gestellten Asylanträge hat. Ferner wurde thematisiert, welche wirtschaftlichen Herausforderungen der demografische Wandel mit sich bringt und wie diese zu lösen sind.



ZENTRUM WIRTSCHAFTSPOLITIK

Politikwerkstätten mit Wissenschaftlern des Instituts und externen Experten

Wirtschaftspolitische Veröffentlichungen in der eigenen Publikationsreihe „Kiel Policy Briefs“, in Fachzeitschriften, Online- und Printmedien

Wirtschaftspolitische Gutachten

Vorträge und Präsentationen auf wirtschaftspolitischen Veranstaltungen

Mitarbeit in wirtschaftspolitischen Netzwerken und Gremien

Die wirtschaftspolitische Beratungstätigkeit des IfW wird durch das Zentrum Wirtschaftspolitik koordiniert und organisiert. Das Zentrum ist als Querschnittsbereich eng verzahnt mit der Forschung des Instituts und seinen nationalen und internationalen Netzwerken. In Kooperation mit den Forschungs- und Servicebereichen des Instituts werden wirtschaftspolitische Beratungsprodukte entwickelt und realisiert. Zahlreiche nationale und internationale Politikthemen waren 2015 Gegenstand von Veröffentlichungen, Workshops oder Beratungsrunden, an denen das Zentrum Wirtschaftspolitik federführend beteiligt war.

Drei Themen standen besonders im Fokus.

Das geplante **Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen (TTIP)** bietet Potenziale für substanzielle Wohlstandsgewinne durch intensiverte Handelsbeziehungen zwischen Nordamerika und Europa, birgt aber beträchtliche Risiken aus den geplanten Regeln zum Investorenschutz (mehr dazu auf den Seiten 38/39).

Vor dem Hintergrund der **Ukraine-Krise und der Sanktionen** gegen und von Russland sind unsere Experten der Frage nach-

gegangen, in welchem Ausmaß die EU-Mitglieder Estland, Lettland und Litauen von russischen Gegensanktionen betroffen wären, und ob sie höhere Sanktionskosten als andere EU-Mitglieder zu tragen hätten. Die baltischen Staaten waren in die intra-sowjetische Arbeitsteilung integriert, und möglicherweise weiterhin wirkende Pfadabhängigkeiten könnten diese Länder eher erpressbar machen.

Anhaltende **Strukturschwäche in Griechenland**: Die Euroländer haben sich mit Griechenland auf ein weiteres Rettungspaket geeinigt. Darin vereinbarte Reformen werden allerdings nur schleppend umgesetzt. Um dieses dritte Rettungsprogramm erfolgreich abzuschließen, fehlen unseren Analysen zufolge zwei Dinge: Die ausdrückliche Identifikation der griechischen Regierung mit den Reformzielen sowie ein verstärkter Rückgriff auf ausländische Experten in einzelnen Reformprojekten.

Weitere Themen waren die Möglichkeiten zum Schließen von Steuerschlupflöchern der so genannten Patentboxen, die Auswirkungen der „kalten Progression“ auf die Arbeitsanreize, die Konsequenzen des demografischen Wandels für Wirtschaft und öffentliche Finanzen oder die Bedeutung des Rohölpreisverfalls für die globale Realwirtschaft und Makrostabilität.



Prof. Dr. Henning Klodt

Leiter des Zentrums

henning.klodt@ifw-kiel.de

Dr. Klaus Schrader (stellv. Leiter)

David Benček

Dr. Alfred Boss (bis 06/2015)

Margitta Führmann

Helga Huß

Dr. Claus-Friedrich Laaser

Prof. Dr. Rolf J. Langhammer

Dr. Astrid Rosenschon

Dieter Stribny (f) (bis 07/2015)



**Prof. Dr. Stefan Kooths**

Leiter des Zentrums
stefan.kooths@ifw-kiel.de

Dr. Alfred Boss (bis 06/2015)

Dr. Jens Boysen-Hogrefe

Salomon Fiedler

Margitta Führmann

Dr. Klaus-Jürgen Gern

Dr. Dominik Groll

Philipp Hauber

Dr. Nils Jannsen

Martin Plödt

Galina Potjagailo

Tim Schwarzmüller (bis 07/2015)

Prof. Dr. Stefan Reitz

Björn van Roye (bis 06/2015)

Dr. Ulrich Stolzenburg

Bärbel Walter

Prof. Dr. Maik Wolters

Dr. Birgit Wolfrath

PROGNOSEZENTRUM

Wie entwickelt sich die Konjunktur? In Deutschland? In der Welt?

Mit welchen Steuern kann der Staat in Zukunft rechnen?

Was sind die Grundlagen für eine nachhaltige Entwicklung?

Wie lassen sich gesamtwirtschaftliche Koordinationsdefekte symptomatisch erkennen?

Mit welchen Instrumenten kann und sollte die Konjunktur gesteuert werden?

Finanzkrise, Schuldenkrise, Eurokrise: Wie sind die aktuellen Krisen entstanden, und wie geht es weiter?

Das Prognosezentrum analysiert und prognostiziert regelmäßig die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland, im Euroraum und in der übrigen Welt. Es kooperiert mit anderen führenden Wirtschaftsforschungsinstituten auf europäischer Ebene mit der EUROFRAME-Gruppe sowie der AIECE (Association of European Conjuncture Institutes). Die Ergebnisse der laufenden Konjunkturforschung werden im neuen Format der Kieler Konjunkturberichte dokumentiert und der Öffentlichkeit durch eine intensive Medienarbeit erläutert. Mit den Kieler Konjunkturgesprächen im Frühjahr und Herbst bringt das Zentrum Prognostiker mit wirtschaftspolitischen und unternehmerischen Entscheidungsträgern in einen internationalen Dialog. Das Prognosezentrum betätigt sich darüber hinaus im In- und Ausland an der wirtschaftspolitischen Beratung in Form von Forschungsprojekten und Stellungnahmen zu aktuellen Fragen der Wirtschaftspolitik. In Deutschland ist es an der amtlichen Steuerschätzung beteiligt. Regelmäßig werden Indikatoren in den Bereichen Weltkonjunktur, Konjunktur im Euroraum, Logistik, Export und Finanzmärkte berechnet, kommentiert und veröffentlicht.

Seine Beratungskompetenz hat das Zentrum wieder in verschiedenen wirtschaftspolitisch relevanten Projekten unter Beweis gestellt. So berät das IfW unter Federführung des Prognosezentrums den Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments regelmäßig im monetären Dialog mit der Europäischen Zentralbank. Für das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie organisiert das Prognosezentrum themenspezifische Politikwerkstätten und unterstützt die deutschen Mitglieder der technischen Arbeitsgruppe Produktionslücken des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der Europäischen Union. Im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen erfolgt eine ähnliche wissenschaftliche Unterstützung für die LIME-Arbeitsgruppe (Working Group on the Methodology to assess Lisbon related structural reforms), die die makroökonomische Überwachung in der EU methodisch weiterentwickeln soll. Insgesamt nimmt das Thema der Europäischen Governance großen Raum ein, zu der immer wieder Fragen und Beratungsaufträge von nationalen und europäischen Stellen an das Zentrum herangetragen werden.



IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Institut für Weltwirtschaft

Kiellinie 66 | 24105 Kiel

T +49 431 8814-1

F +49 431 8814-500

REDAKTIONSTEAM

Tobias Danklefsen; Kirsten Lade; Silke Matthiesen-Goss;

Elisabeth Radke; Mathias Rauck; Vanessa Rother

Guido Warlimont (inhaltlich verantwortlich nach § 6 MDStV)

FOTOS

Titel: © IfW / Angela Husfeld

Portraitbilder: © IfW / Studio 23

© Institut für Weltwirtschaft, Kiel, 2016

**INSTITUT FÜR
WELTWIRTSCHAFT**

Kiellinie 66 | 24105 Kiel

www.ifw-kiel.de

info@ifw-kiel.de

T +49 431 8814-1

F +49 431 8585-3